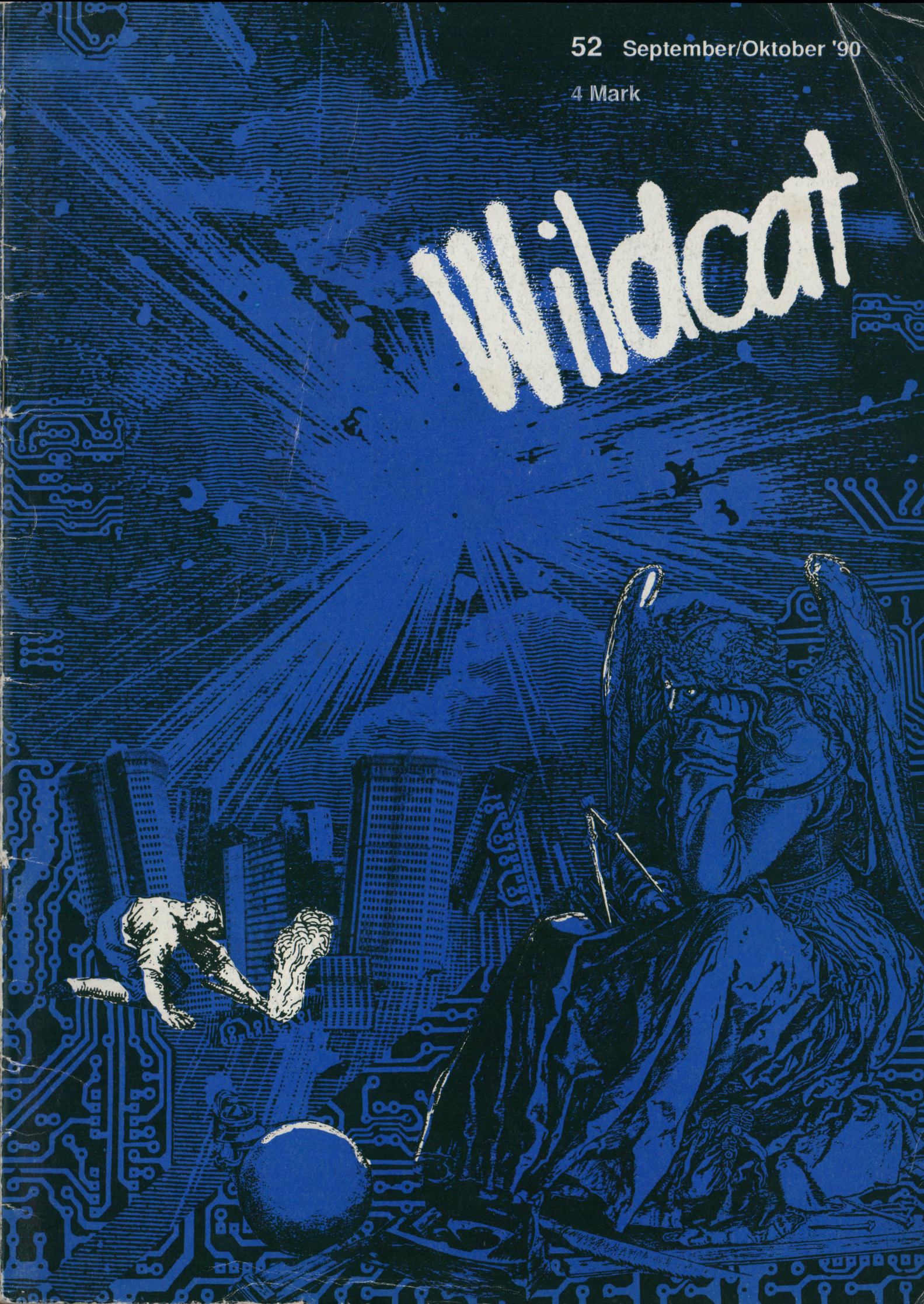
52 September/Oktober '90

4 Mark

Wildcat



Schwerpunkt Dienstleistung

Auch wenn sie alle ihrem eigenen Rhythmus folgen...
Thesen zur Dienstleistung 2

"...weil sie bei den Blaumännern sein wollen"
Interview mit einem Operator 8

Streiklichter 12

Chausson: Zwischen zwei Streiks 19

Bewegung in den Knästen 22

Klassenkämpfe in der DDR 24

Hausbesetzungen in Ostberlin 32

Irak: Rambo an der Golfküste 35

Afrika und die Schuldenkrise 36

Buchbestellungen, Abos usw
Sisina, PF 360527, 1 Berlin 36
Telefon 030-6121848
Überweist den entsprechenden Betrag auf: "Sonderkonto Zeitung", H.Dietrich, Postgiroamt Berlin
Kto.-Nr: 31502-109
Einzelheft 4 Mark,
Abo 6 Hefte 20 Mark

Kontaktadressen
Sisina, PF 300527, 1 Berlin 36
Sisina, PF 301206, 5 Köln 30
Wildcat, PF 306325, 2 HH 36
PLK 172649 E,78 Freiburg
PLK 058852 D,67 Ludwigshafen
V.i.S.d.P. ist P.Müller

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Eine "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes.

Wird die Zeitung nicht oder nur Teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken

EDITORIAL

Der Klassenkampf erscheint uns von unten oft zäh und gespalten. Die Organisationsansätze haben immer kürzere Halbwertszeiten. Und in Deutschland wird Manchen schwindlig bis zur Dummheit: von der Novemberrevolution über den endlosen Sieg des Kapitals bis zum Vierten Reich, Parolen einer Linken, die nur noch beim Tanz des Kapitals um das Goldene Kalb mitswingen kann. Nach den neun Monaten, die nur Schlußpunkt der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts sind, wollen wir deshalb in schwindelerregende Höhen aufsteigen, um einen Blick auf das weltweite Szenario der 80er zu werfen.

Bis in die 70er Jahre funktionierten im Klassenkampf drei Nachkriegsdeals: in den Metropolen das sozialdemokratisch-keynesianistische Modell der Kopplung von steigenden Löhnen und steigender Arbeitshetze; im Trikont die koloniale Befreiung und Teilnahme am kapitalistischen Warentausch; in den sozialistischen Staaten eine niedrige Ausbeutungsrate in festen Jobs mit niedrigen Löhnen. Als die Klasse weltweit die Deals aufkündigte und einen immer grösseren Anteil für sich einforderte, ging das Kapital in einem umfassenden Angriff zum Versuch der vollständigen Neuzusammensetzung über. Eben dies fand in den 80ern statt.

Die grundlegenden Züge, die dieser Angriff trug, sind schnell beschrieben und waren häufig Thema dieser Zeitung: Zunächst Landenteignungen und die Schaffung neuer, mittelloser Arbeitskräfte wie in Brasilien, die Schaffung einer hochmobilen, wandernden Arbeitskraft, die weltweiten Migrationsströme äußerten sich zuallererst in niedrigen Löhnen, Zersplitterung sozialer Strukturen und Wellen von Rassismus; weiter die Zerstörung der alten Bastionen von ArbeiterInnenmacht in den Metropolen, die Kapitalisierung immer neuer Sphären der gesellschaftlichen Reproduktion wie das Sozial- und Gesundheitswesen; dann der Kollaps des Sozialismus, dessen Arbeitskräfte auf den Weltmarkt geworfen und der internationalen Konkurrenz ausgesetzt werden und schließlich im Angriff auf unsere persönliche Reproduktion: Zerstörung unserer Körper und unserer Umwelt durch unsere eigene Arbeit. Sexualität und persönliche und soziale/körperliche Kontakte erschienen uns nach den AIDS-Kampagnen als Feinde. Die Vermarktung jeglicher Lebensäußerung beraubte uns zunehmend unserer Kommunikationsmöglichkeiten.

In der Mitte des zurückliegenden Jahrzehnts mochten wir denken, der Roll-Back hätte uns unseres Terrains beraubt, entwurzelt und der Verwertung verfügbar gemacht.

Der Blick zurück läßt uns nochmal schaudern vor den Niederlagen und apokalyptischen Visionen. Aber mit dem fortschreitenden Angriff lösten sich auch schon die ersten der Mythen in Nichts auf. Tschernobyl machte vor allem deutlich, daß die atomare Verseuchung eine reale Bedrohung, aber nicht die beschworene umfassende Vernichtung allen Lebens ist. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit und Massenarmut erschreckt höchstens diejenigen, die keine Arbeit suchen oder annehmen mußten. Und mit den sozialistischen Staaten

verschwand auch der weltweite Atomkrieg. Äußere Bedingungen und Erfahrungen, vor der sich die neue Klassenzusammensetzung entwickeln wird.

Schaufeln wir die Trümmer beiseite! Und wir sehen ein Kapital, das sich einer weltweiten und umfassenden Klasse gegenübersieht, die jetzt in der Lage ist, nicht nur überall gleichzeitig zu kämpfen, wogegen sich der Angriff richtete, sondern international kombiniert die Kämpfe zu entwikkeln. Ein neues Kapitel der Kämpfe wird sich aus diesen Bedingungen und Möglichkeiten entwickeln müssen. Denn mit der vorangegangenen Zerstörung fast jeglicher außerkapitalistischen Realität sind heute diejenigen, die noch nicht ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, nur noch eine Randerscheinung. Das Kapital muß dem Proletariat überall Auswege verbauen, durch die es dem Angriff ausweichen könnte, denn sonst funktionieren weder Landenteignungen noch "freie Produktionszonen". Nur wo Menschen von ihrem Land vertrieben werden, können die ArbeiterInnen für eine "freie Produktionszone" freigesetzt werden, und nur mit verschärfter Ausbeutung in Südostasien lohnt sich die Auslagerung, um die Arbeiter in Westeuropa unter Druck zu setzen. Und nur solang die Kämpfe in den Metropolen in sich isoliert bleiben, können sie ihre Armeen zur Sicherung des Ölpreises in die Welt schicken. Diese innere Linie werden auch die kämpfenden ArbeiterInnen aufgreifen können. In Westeuropa beginnen die Kämpfe in den neuen Sphären des Kapitals, die KrankenpflegerInnen und Bankangestellten machen sich ganz praktisch Gedanken gegen ihre Vernutzung.

Nach dem Zusammenbruch ganzer Entwicklungsmodelle ist jetzt auch das Ende des Festes hier gekommen. Die ArbeiterInnen der DDR werden uns schon heimleuchten, sie haben am heftigsten gefeiert und sollen als Erste zahlen. Die Szenarien eines amerikanisierten Berlins mit Millionen von MigrantInnen lassen den Alptraum des Kapitals erahnen - das Ende der Zersplitterung und eine weltweite und umfassende Kommunikation über und durch die Kämpfe der mobilisierten ProletarierInnen. Denn sie werden sich um die Niederlagen der Linken genausowenig kümmern wie um die Ideologien des Kapitals.

Damit dieser Alptraum auch unsere Wirklichkeit wird, werden wir uns nicht die Frage der Wiedervereinigung der Linken zu stellen haben, sondern vielmehr die Frage nach den Orten und der Organisierung von Klassenmacht, nach den Charakteristiken der Neuzusammensetzung und des Kampfzyklus und der internationalen Organisierung der Kommunikation und Kämpfe.

Die Zukunft wird nicht Gregor Gysi und seiner gesamtdeutschen PDS, sondern den gregorianischen Chorälen und ihrem kollektiven Rhythmus gehören.

Kiel/Hamburg, 20.8.90

abonniert die wildcat!

Im Buchladen oder als Einzelheft zugeschickt kostet die wildcat 4 Mark. Ein Abo kostet 20 Mark für 6 Hefte (ein Jahr).
Wir rufen auf, die wildcat zu abonnieren. Für uns machen Abos die Auflage kalkulierbar und sind trotz der Porto-Kosten die effektivste Versandart. Und Abos sind die einzige Verbreitungsart, bei der wir die Kohle im Voraus kriegen (wir haben wie wohl jede Zeitung große Außenstände -wo wir nicht von allen wissen, ob wir sie irgendwann auch kriegen). Wer die wildcat unterstützen will, soll abonnieren. (Und als kleines Trostpflaster für die Preiserhöhung: Wer die wildcat zum neuen Preis abonniert, kriegt eine der legendären karlsruher stadtzeitungen - im alten Format - geschenkt; natürlich nur so lange der Vorrat reicht.)
Wir suchen noch massig Weiterverkäuferinnen und Weiterverkäufer! Denn das ist politisch die wirkungsvollste Art, eine Zeitschrift zu vertreiben. So lassen sich gemeinsame Diskussionen über den Inhalt führen, entstehen möglicherweise neue Strukturen, kriegen wir Resonanz, lassen sich praktische Erfahrungen austauschen ....
WeiterverkäuferInnen schicken wir genauso wie Buchläden die Zeitung für 3 Mark pro Stück portofrei zu.
Den Rebind der ersten Hälfte der "kleinen Serie" (wildcat 36-42) gibt es nicht mehr. Dafür gibt es jetzt den Schuber!

Dienstleistungsgesellschaft ist ein Schlagwort, mit dem sowohl die Linke als auch die Propaganda des Kapitals das Ende der Arbeiterklasse begründen. Im folgenden setzen wir uns mit Dienstleistung als Kampfbegriff des Kapitals und der Bedeutung der Kämpfe in diesem Bereich auseinander. Danach folgt ein Interview mit einem Operator, das Einblicke in einen dieser Dienstleistungsbereiche gibt.

In einigen Streiklichtern berichten wir über neue Kämpfe in Spanien von April bis August 90. Die Kämpfe der letzten Jahre haben sich zumindestens im Gesundheitswesen international verbreitet. Eine Wiederholung in anderen Bereichen würden wir heftig begrüßen.

Thesen zur Dienstleistung

AUCH WENN SIE ALLE IHREM EIGENEN RHYTHMUS FOLGEN...

Statistiken

In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Erwerbstätigen in der BRD einen neuen Höchststand erreicht.

Der Zuwachs von etwa 1.8 Mio zwischen 1977 und 1988 ist ausschließlich auf Mehrbeschäftigung in der Dienstleistung zurückzuführen. Die Hälfte dieser "neuen Stellen" sind Teilzeitstellen, die weit überwiegend von Frauen besetzt werden: das Verhältnis von Frauen zu Männern beträgt 4:1.

Die Ausweitung des Dienstleistungssektors ist nicht neu. Schon seit Mitte dieses Jahrhunderts steuert die Kurve nach oben. Entsprechend wird seit den 60ern die Ideologie der Dienstleistungsgesellschaft verbreitet.

Mit fast 36% (550.000 neuen Stellen) findet sich die zweitgrößte Steigerung im produktionsnahen Bereich; den Löwenanteil hiervon bilden die wissensintensiven Dienstleistungen.

Die deutlichste Steigerung hat der soziale Sektor aufzuweisen. Die 780.000 neuen Arbeitsplätze machen 43% der Gesamtsteigerung aus. Rund die Hälfte der (sozialversicherungspflichtig) Beschäftigten dieses Teilsektors ist im Gesundheitswesen tätig, ein Viertel im Bildungswesen, ein weiteres Viertel im Bereich der Betreuung und Pflege.

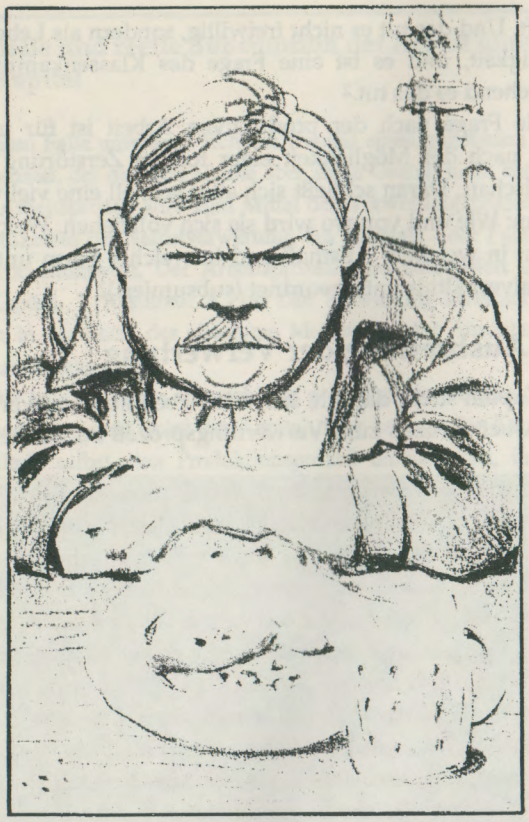
Tertiarisierung als Ideologie

Tertiarisierung kam als Schlagwort in den 50er Jahren auf. Der Begriff ist so was wie die kapitalistische Utopie vom Überflüssigwerden der körperlichen Arbeit - und damit der Arbeiterklasse, dem Unabhängigwerden des Kapitals von der Arbeiterklasse - seiner ständigen Bedrohung.

Tertiarisierung bedeutet, daß die Beschäftigung im landwirtschaftlichen (primären) und industriellen (sekundären) Sektor abnimmt und sich immer mehr auf den tertiären, den "Dienstleistungssektor" verlagert. Dabei sind die Definitionen, was unter Dienstleistung fällt, oft relativ beliebig. Allgemein wird sie bestimmt als "nicht warenproduzierende Tätigkeit".

Ein hoher Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor (dies können Lohnabhängige oder "Selbständige" sein) ist aber Ausdruck verschiedener Entwicklungen :

- Soll in einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft eine hohe Arbeitsproduktivität aufrechterhalten werden, muß genügend Geld aufgebracht werden zur Bezahlung sozialer Dienstleistungen. In der Tat: die sozialen Kosten der Urbanisierung sind hoch: zerstörte Familien- und community-Strukturen, Bedarf an Ausbildung usw.
- In einer vom kapitalistischen Standpunkt rückständigen Ökonomie mit einem geringen Anteil an Industriearbeitern, aber zerstörter selbstversorgender Landwirtschaft (Subsistenz), kommt es typischerweise zur Landflucht. Das städtische Proletariat schlägt sich mit allerhand Gelegenheitsjobs durch (Zwischenhändler, Schuhputzer usw.).
- Das Kapital investiert dort angesichts der Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen nicht in Industrieprojekte, sondern in Dienstleistungsbereiche, z.B. in den Tourismus.
- Die Industrie schafft sich ihren eigenen Dienstleistungsboom: immer mehr Randfunktionen, die früher von den Betrieben selbst übernommen wurden, werden jetzt als Aufträge an Fremdfirmen vergeben (z.B. Gebäudereinigung, Datenverwaltung, Wäschereien). Das allein verändert die Statistik: die Putzfrau, die die Vorstandsetagen bei HDW sauberhält, zählte - da dort beschäftigt - zu den Industriearbeiterinnen. Jetzt fegt sie zwar immer noch denselben Dreck, hat aber einen Vertrag mit einer Reinigungsfirma - und wird statistisch zur Dienstleistungsarbeiterin. Für sie bedeutete die Auslagerung eine spürbare Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch die Arbeiter beim Sklavenhändler, die in der Industrieproduktion arbeiten, zählen so als "Dienstleistungsarbeiter", da hier nur das Verhältnis der Sklavenhändler zu den Betrieben betrachtet wird. Und es ist ein politisches Mittel, denn Auslagerung heißt auch immer Zersplitterung und Erschwerung der Kämpfe.



- Gegen die Macht der FabrikarbeiterInnen hat das Kapital die Bereiche Transport und Kommunikation ausgeweitet. Diese sind unmittelbarer Bestandteil des industriellen Produktionsprozesses; dennoch haftet ihnen das Etikett "Dienstleistung" an.
- Die in den 70er Jahren zunehmende Weigerung der Frauen, stillschweigend und unbezahlt den gesamten Reproduktionsbereich abzudecken, wurde zur Geburtsstunde neuer Industrien. Was früher "Liebesdienst" der Produzentinnen ohne Einkommen war, wird jetzt zur Lohnarbeit: Kinderbetreuung, Altenpflege, Pizzanotdienst und der stets wachsende Psycho-Markt.

Anhand des Umbaus der DDR-Ökonomie läßt sich die ideologische Bedeutung des Begriffs Dienstleistung leicht erkennen. Innerhalb des Industriekombinats wurde alles erfasst: Krankenversorgung, Rentenberechnung, Sozialarbeit, Feriendienst. Diese Bereiche werden jetzt alle gestrichen. Für den Aufbau eines Sozialversicherungssytems sollen 50.000 Leute ausgebildet werden. Die Entlassung von leistungsunfähigen oder -unwilligen ArbeiterInnen in die Arbeitslosigkeit macht die Schaffung von Sozialarbeitern notwendig: bisher wurden die Alkoholiker eben im Betrieb mit durchgeschleppt... Der Umbau der DDR in eine "Dienstleistungsgesellschaft" hat also nichts mit der Utopie einer Befreiung von der Arbeit zu tun. Die Botschaft, die dabei rüberkommt, ist klar: hart arbeiten.

Die Erscheinungsformen der kapitalistischen Umstrukturierung der Gesellschaft werden von Soziologen unterschiedlich interpretiert - und die Linke stürzt sich begierig auf diese bürgerliche Sichtweise, mangels eigener Analysen und Standpunkte. Seien es die Theoretiker des "Post-Fordismus" (Hirsch/Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus) oder andere Visionäre einer Gesellschaft ohne Klassenkampf; denn darauf laufen all diese Modelle hinaus: die Arbeiterklasse verliert an Macht und Bedeutung, die Ausweitung der kapitalistischen Verwertung in neue Bereiche wird nicht mehr als Klassenverhältnis begriffen, sondern - je nach Standpunkt - als Post-Fordismus, Postindustrialismus, Postmoderne, Postkapitalismus usw. Dabei haben sich zwei Richtungen in dieser Diskussion gezeigt: zum einen die These, daß das Kapital durch die "neuen Technologien", durch Roboter und menschenleere Fabriken einen neuen Akkumulationszyklus in Gang setzt und damit endgültig unbesiegbar wird. Zum anderen die gegenteilige These, daß mit der Verringerung der klassischen "produktiven" Industriearbeit und der Zunahme der "unproduktiven" Dienstleistung die Mehrwertproduktion nicht mehr gewährleistet ist und der Kapitalismus seinem endgültigen Untergang entgegen geht. Beiden Richtungen gemeinsam ist das "Vergessen" der Klasse als Subjekt und der Tatsache, daß nur die lebendige Arbeit Kapital schafft, und das Behaupten einer vorherbestimmten Entwicklung der Gesellschaft.

Produktive Arbeit?

Der Kampfzyklus im Dienstleistungsbereich (Eisenbahner, Krankenschwestern, Lehrer) hat uns zur Diskussion der Stellung der DienstleistungsarbeiterInnen im Klassenverhältnis insgesamt veranlaßt. Stellen sie einen wichtigen Teil der Klasse dar? Welche Rolle spielen sie? Was ist mit der klassischen Definition der Arbeiterklasse?

In der klassischen marxistischen Diskussion kommt hier sehr schnell der Gegensatz "produktiver Arbeiter"/ "unproduktiver Arbeiter". Nützen uns überhaupt solche Unterscheidungen?

In der Darstellung der bürgerlichen Ökonomie durch Marx (und nicht nach Marx'scher Definition!!) ist für das Kapital diejenige Arbeit produktiv, die Mehrwert schafft, sich also gegen Kapital austauscht; unproduktiv hingegen ist diejenige

Arbeit, die sich gegen Einkommen austauscht und für den Käufer lediglich einen Gebrauchswert darstellt.[1]

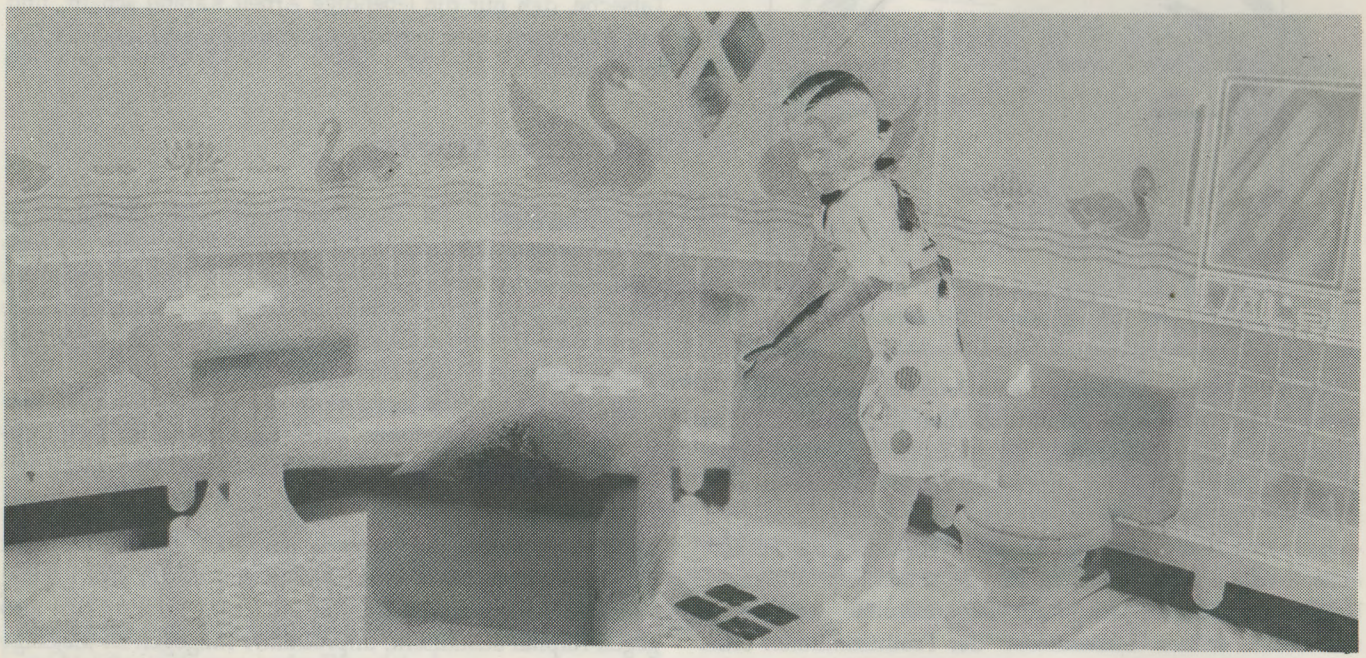
Der Begriff "produktive Arbeit" ist oft dazu benutzt worden, Hierarchien innerhalb der Klasse aufzubauen. Sei es Gramsci, der daraus die "Hegemonie der Arbeiterklasse" über die "anderen Schichten des Volkes" (o Schreck!) ableitete, seien es die ML-Gruppen der 70er Jahre, die damit das "reine Bewußtsein" des "ordentlichen Arbeiters" von den "kleinbürgerlichen Einflüssen" der "unproduktiven Elemente" sauberhalten wollten und deren Idealbild des "produktiven Arbeiters" von Stachanow (Held der Arbeit) verkörpert wurde.

Vom Arbeiterstandpunkt stellt sich das Problem allerdings ganz anders dar: Die produktive Arbeit ist die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise und damit des gesellschaftlichen Verhältnisses, da sie Mehrwert schafft. Doch um diesen Prozeß in Gang zu setzen, muß sich das Kapital in zwei Teile spalten: in das konstante Kapital, also Produktionsanlagen, Maschinen, Gebäude usw. und das variable Kapital, also die Arbeitskraft, die Arbeiterklasse. Damit trägt es seinen Feind in seinem Innern. Diese Spaltung ist notwendige Bedingung der Verwertung - und Grundlage einer möglichen endgültigen Zerstörung des Kapitalverhältnisses. Schon im Inneren des Feindes, kann die Klasse die Verwertung brechen. Dabei ist es das Kapital, das selber die Voraussetzungen dafür schafft. Und das tut es nicht freiwillig, sondern als Lebensnotwendigkeit, und es ist eine Frage des Klassenkampfs, wie weitgehend es das tut.[2]

Die Frage nach der produktiven Arbeit ist für uns die Frage nach der Möglichkeit einer totalen Zerstörung dieser Gesellschaft. Daran schließt sich aber schnell eine viel wichtigere an: Wie und von wo wird sie sich vollziehen. Welche Arbeit ist in welchem Ausmaß und in welcher Form unter das Kapitalverhältnis untergeordnet (subsumiert)?

Die Ausbreitung der Verwertung

Das Kapital strebt danach, sich alle Arbeit zu unterwerfen, jeden Arbeitsprozeß zum Verwertungsprozeß zu machen. Wir



können ohne weiteres sagen, daß im entwickelten Kapitalismus der gesamte Reproduktionsprozeß und damit der gesamte Produktionsprozeß unter das Kapital subsumiert ist, es also keine außerkapitalistische Realität mehr gibt. Allerdings gilt das nicht notwendigerweise in jedem beliebigen Moment für jede beliebige Arbeit. Es gibt durchaus - und das ist ausschließlich eine Funktion des Klassenkampfs, von Kampfgeschichten - Arbeitsverhältnisse, die für sich genommen keine Kapitalverhältnisse sind, zB. Hausarbeit. Und die dann wieder, je nach Kampfgeschichte, auch wieder neu zu Kapitalverhältnissen werden.

Das beste Beispiel ist die Entwicklung der Hausarbeit hin zu McDonalds - und bei Gelegenheit vielleicht auch wieder zurück. Die Tatsache, daß bestimmte Arbeiten, für sich selbst gesehen, nicht mal formell unter das Kapital subsumiert sind, obwohl sie gleichzeitig Teil des kapitalistischen Gesamt(re)-produktionsprozesses sind, führt notwendigerweise zu allerlei Mythen unter den Beteiligten.

Das entscheidende unserer Analyse ist also die Geschichte und Zukunft des Kapitalverhältnisses und das wiederum ist ein Resultat des Klassenkampf und sonst nichts. Und darin besteht auch der Unterschied zwischen "traditionellen" Sektoren der Arbeitermacht und dem Dienstleistungssektor - in der Kampfgeschichte!

Wenn heute der Dienstleistungssektor zunimmt, dann weil sich die bislang nicht bezahlten ("unproduktiven") Haus-

Formelle und reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital

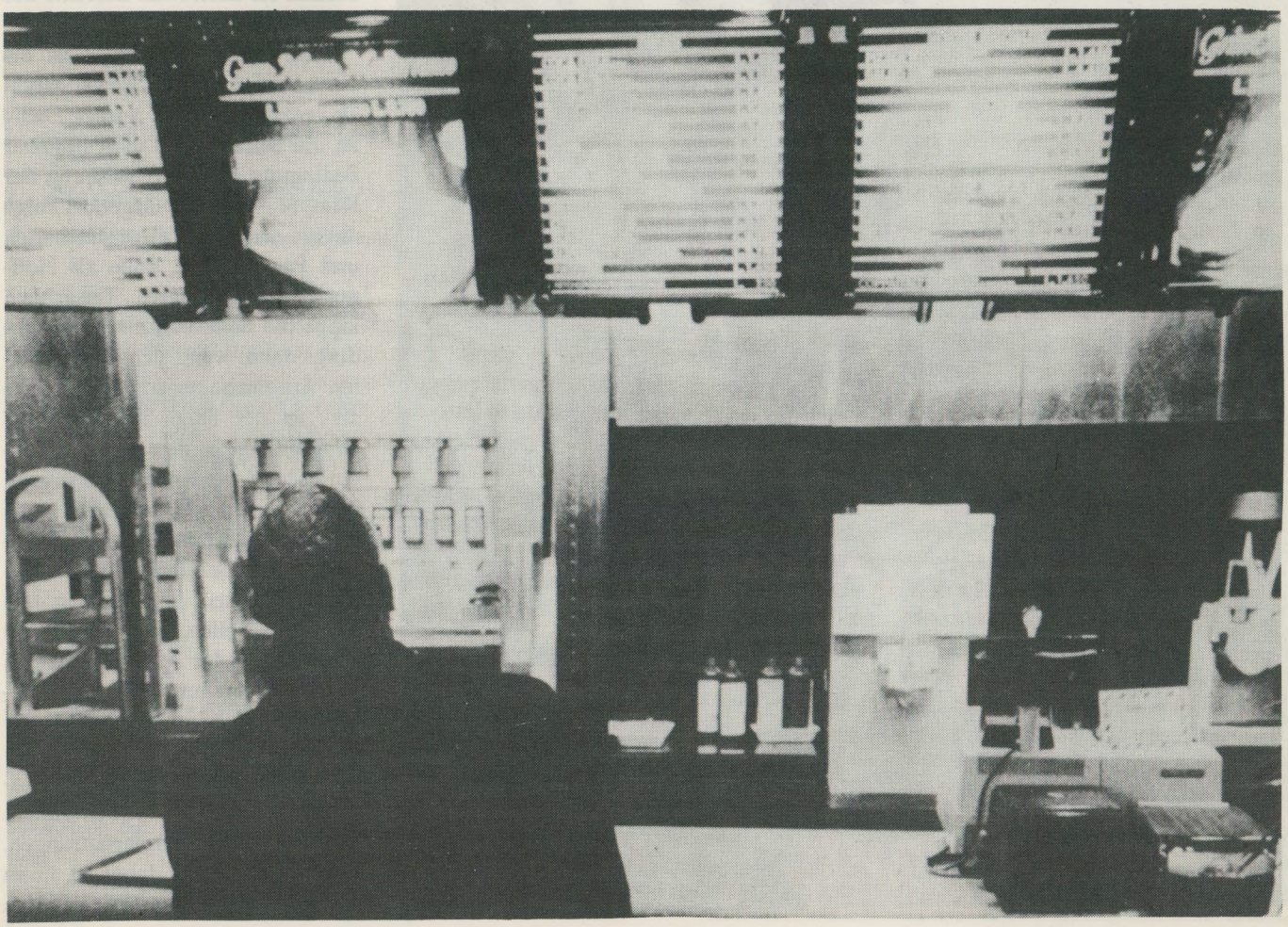
Im ersten Falle unterwirft sich das Kapital einen gegebenen Arbeitsprozeß, der dadurch alleine aber seine Gestalt nicht ändert. "Der Arbeitsprozeß wird zum Mittel des Verwertungsprozesses, des Prozesses der Selbstverwertung des Kapitals - der Fabrikation von Mehrwert. Der Arbeitsprozeß wird subsumiert unter das Kapital..." (Resultate, S.119) Die Verwertung kann nur ablaufen in der Form des absoluten Mehrwerts, der Ausdehnung des Arbeitstags.

Die kapitalistische Entwicklung geht über zur reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Hier beginnt das Kapitalverhältnis selbst, den Produktionsprozeß umzuformen, indem sich "...die ganze reale Gestalt der Produktionsweise ändert und eine spezifisch kapitalistische Produktionsweise (auch technologisch) entspringt, auf deren Basis und mit der sich zugleich auch erst die dem kapitalistischen Produktionsprozesse entsprechenden Produktionsverhältnisse zwischen den verschiedenen Agenten der Produktion, und speziell zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter, entwickeln." (S.125) Erst dann kann sich die Verwertung als relative Mehrwertproduktion durchsetzen. Es geht jetzt nicht mehr um die Ausweitung des Arbeitstags, sondern um die Erhöhung der Produktivität. Dieses Verhältnis pflanzt sich fort und strebt danach, sich alle anderen Produktionszweige zu unterwerfen.

arbeiterinnen weigerten, diese Arbeit weiterhin kostenlos zu verrichten. "Auf das "Hau ab, Junge!" der Frauen antwortet das Kapital mit Jobs im Dienstleistungssektor."[3]

Die Ausdehnung der "Dienstleistung" - ganz abgesehen von den diversen soziologischen Definitionen - ist eine Antwort des Kapitals auf die Krise der Verwertung in Fabrik und Gesellschaft, auf die aktive oder passive Weigerung der Klasse. Daß diese neuen Bereiche auch wieder zum Schauplatz von Kämpfen werden, haben wir ja in den letzten Jahren gesehen. Die Zunahme der Dienstleistung heißt also nicht Ende der kapitalistischen Produktion - der Produktion von Mehrwert. Dies verwechseln die Theoretiker der "Krise des Werts". Für sie läßt sich Mehrwert anscheinend nur als "handfestes Produkt" realisieren. Es kommt aber nicht auf das materielle Ergebnis der Produktion an, sondern auf das gesellschaftliche Verhältnis, dem die Arbeit unterliegt. Kapitalistisch organisierte Dienstleistungen schaffen also sehr wohl Mehrwert. Das Kapital schert sich einen Dreck um den Gebrauchswert; ihm ist es gleich, ob Stahl produziert wird oder "Gesundheit", "Sicherheit" usw., Hauptsache es springt Mehrwert dabei heraus. Das Kapital ist ständig auf der Suche nach "neuer Arbeit", die es der Verwertung zuführen kann. Das beste Beispiel ist die "Alternativ-Branche". Ursprünglich entstanden als Flucht vor der Arbeit, als Weigerung, sich ausbeuten zu lassen, sind diese Bereiche längst in die kapitalistische Ordnung integriert, wobei die "linke" Kreativität prächtig ausgenutzt wird (Werbebranche, Software-Firmen usw.). Das Kapital hat in gewissem Sinne sogar die Verweigerung der Arbeit verwertet.

Und es heißt nicht Ende der Arbeiterklasse. Im Gegenteil: in dem Maße, in dem sogenannte Dienstleistungs- oder Angestelltenverhältnisse industrialisert werden, findet eine "Verar-



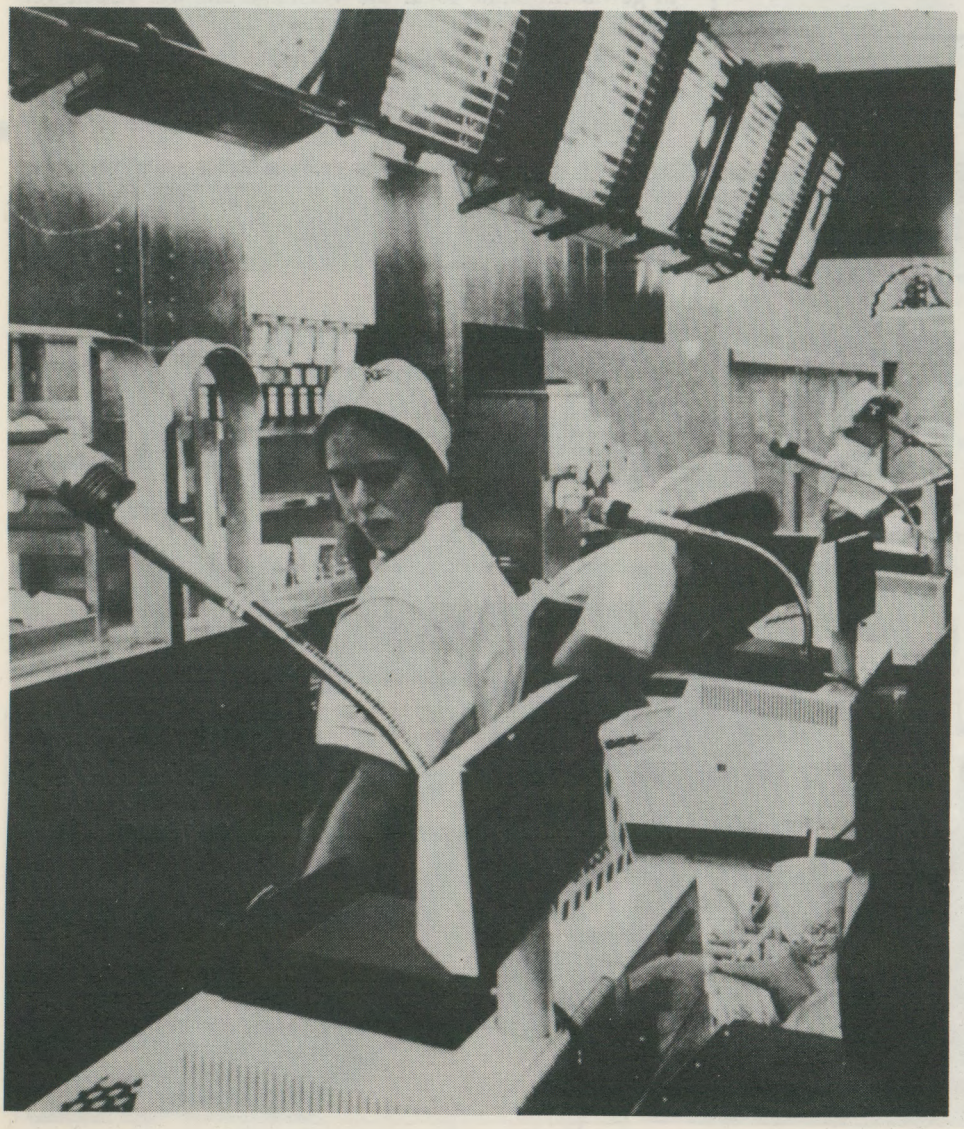
beiterung" der Arbeitsbedingungen und des (Kampf)verhaltens statt. Die These von der Ausbreitung der Fabrik in die Gesellschaft heißt doch nichts anderes, als daß Nicht-Fabrikarbeit (z.B. Dienstleistungen) zunehmend fabrikmäßig organisiert wird. Viele früher nicht-industrielle Tätigkeiten sind heute nach dem Modell der Fabrik organisiert und können wie Waren erworben werden, erlauben die Einführung von Maschinerie. Die Folge davon ist, daß sich in den betroffenen Bereichen die Beschäftigten als ArbeiterInnen verhalten. Die Gleichgültigkeit der Arbeit gegenüber und ihre alltägliche, unterschwellige, wenigstens teilweise Verweigerung sind zum Beispiel in den Kliniken eher mehrheitlich vorhanden als Einzelfälle. In den Kämpfen ist dieses alltägliche Verhalten nicht in der Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. In weiten Teilen ist vielmehr mit Benutzerinteressen argumentiert worden. Diese Zwiespältigkeit ist Ausdruck davon, daß die Entwicklung der Dienstleistung, speziell des sozialen Teilsektors, zur industrieartigen Arbeit eben noch recht jung ist. Dementsprechend greifen die ArbeiterInnen in den Kämpfen auf Argumentationsmuster zurück, die in den jeweiligen Berufen überliefert und zudem taktisch günstig sind. Wenn KrankenhausarbeiterInnen "bessere Pflege" fordern, beinhaltet das einfach auch, sich Arbeit vom Hals schaffen zu wollen. Dies nur als "berufsständische Motivation" zu kritisieren, heißt diesen Anteil zu übersehen. Bislang verhalten sich die DienstleistungsarbeiterInnen in den Kämpfen noch nicht so klar gegen die Arbeit wie im Alltag. Unsere Aufgabe wird sein, diesen Widerspruch aufzugreifen.

Vom Klassenstandpunkt aus kann es nur um die Aufhebung der Trennung in "Fabrik" und "Dienstleistung" gehen; dies sind Spaltungen des Kapitals, um der Klasse zu sagen: "Die Arbeiter sind doch in der Minderheit, die anderen sind Angestellte oder Beschäftigte in der Dienstleistung. Also könnt ihr nicht gewinnen."

Die Verschleierung besteht also darin, den Begriff "Dienstleistung" für einen Sektor zu gebrauchen, der sich innerhalb des Verwertungsprozesses entwickelt und ein entscheidendes Element von ihm darstellt. Der Prozeß, der die Arbeit im Betrieb immer mehr in "Dienstleistungen" verwandelt, zeigt die Homogenität der Gesamtarbeit innerhalb des Systems auf.

Die Kämpfe in den "neuen Sphären" haben diesen Prozeß zur Voraussetzung gehabt. Die ArbeiterInnen haben die Verschleierung entlarvt und die Theorien zurechtgerückt.

Erste Überlegungen zur neuen Klassenzusammensetzung



Die Bewegungen, die wir seit 85 in Westeuropa erlebt haben, lassen sich nicht einfach als Kämpfe im "öffentlichen Sektor" kennzeichnen. Vielmehr haben sich sowohl traditionelle als auch neue Bereiche der Lohnarbeit bewegt.

Gemeinsames Merkmal ist die Versammlung oder Koordination als organisatorischer Ansatz. Dabei ist die Selbstorganisation offenbar Bedingung für die Entstehung der Kämpfe - die naheliegende Folge davon, daß die Gewerkschaften und Parteien ihre Rolle als Hoffnungsträger verlieren. Tatsächlich kippt die Selbstorganisation allerdings dann, wenn sich die konkreten Auseinandersetzungen zuspitzen: an der Frage der Durchsetzung gelingt es den Gewerkschaften bislang wieder, die Initiative in die Hand zu bekommen. Die Macht der Koordinationen blieb noch in der berufsständischen Isolierung stecken. Wir müssen uns die Frage stellen, wie und wo die Kooperation der ArbeiterInnen als Verknüpfungspunkte für die Ausweitung der Kämpfe benutzt werden kann.

In den neuen Sektoren des Kapitals haben die ArbeiterInnen noch wenig Kampferfahrungen. Die Kämpfe sind daher in ihren Formen häufig geprägt von den

Erfahrungen der AktivistInnen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem den "sozialen Bewegungen". Der KiTa-Streik z.B. wäre ohne die Frauenbewegung undenkbar gewesen. Es ist an der Zeit, diesen gesellschaftlichen Reichtum voll zu entfalten - gegen die Arbeit!

Angesichts der dargestellten Entwicklung hat es nostalgische Züge, auf den "Massenarbeiter" (Fabrikarbeiter) als vorherrschende Figur des Klassenkampfs fixiert zu sein. Die Massenarbeiter kämpften als Arbeiter gegen die Arbeit, die DienstleistungsarbeiterInnen kämpfen gegen ihre Verarbeiterung.

Diese Unterschiede werden verschwinden, weil der Prozeß der Verarbeiterung längst vollzogen ist, und der Kampf sich nur noch gegen die Arbeit richten kann. Und es ist falsch, die Macht nur noch in einem Sektor oder einer Arbeiterfigur zu suchen. Die Krankenhaus- und Kita-ArbeiterInnen haben begriffen und klargemacht: es ist möglich, in den 80ern zu kämpfen und es ist möglich, selbstorganisiert zu kämpfen.

Durch ihre Kämpfe haben sie einen Teil der Schranken zwischen sich und den FabrikarbeiterInnen zerbrochen. Es wird immer mehr klar, daß ihre Situation von der der FabrikarbeiterInnen nicht mehr so verschieden ist.

Mit diesen Überlegungen können wir in Zukunft in die Kämpfe eingreifen.

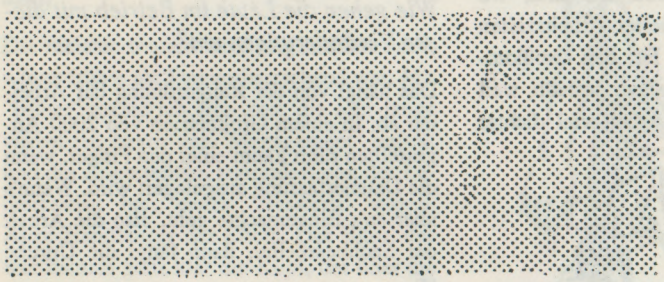
Wenn die Thesen tragfähig sind, dann liegt es auf der Hand, daß der nächste Kampfzyklus ein gemeinsamer sein wird.

Von der Selbstorganisation zur Organisation der Klassenmacht!

1 siehe auch Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S.144 ff.)

2 siehe auch TheKla 9, Tronti: Marx, Arbeitskraft, Arbeiterklasse

3 siehe auch TheKla 12 - Arbeit, Entropie, Apokalypse



Literatur:

Karl Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Dietz-Verlag 1988

Mario Tronti: Marx, Arbeitskraft, Arbeiterklasse (TheKla 9)

Midnight Notes Collective: Arbeit, Entropie, Apokalypse (TheKla 12)

Hirsch/Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus, VSA-Verlag Hamburg 1986

Bischoff/Detje: Massengesellschaft und Individualität, VSA-Verlag Hamburg 1989

Distributionszentren im Hamburger Hafen

Am 1.Januar 1990 unterschrieb die ÖTV einen neuen Tarifvertrag, den sogenannten "Distributionstarif". Hierbei geht es um die formale "Auslagerung" bestimmter Teile der Hafenarbeit.

Ein Hafenarbeiter verrichtet die verschiedensten Tätigkeiten: vom Stauen und Löschen von Stückgut (Kisten), Sackgut (Kaffee, Kakao, Zucker usw.) direkt auf dem Schiff, der Arbeit auf dem Kai und in den Lagerhallen bis zum Containerumschlag. Um diesen geht es hier.

Es sind allerlei Mythen verbreitet worden über die Container, daß sie die Arbeit im Hafen abschaffen, daß nur noch zwei, drei Leute ein Schiff be- und entladen. Dies stimmt allerdings nur für den unmittelbaren Containerumschlag vom Kai aufs Schiff bzw. umgekehrt. Dort sind die Tätigkeiten so rationalisiert worden, daß nur noch wenige Hafenarbeiter notwendig sind.

Doch die Ware muß in den Container rein und auch wieder raus. Das ist der Knackpunkt. In Containerpackstationen und Lagerhallen im Hafen werden die Container von Hand beladen bzw. umgeladen - auf andere Schiffe, LKW oder Bahn. Hamburg dient teilweise als Warenverteilzentrum für Nordeuropa. Nicht alles, was in einem Container per Schiff in Hamburg ankommt, geht an denselben Bestimmungsort weiter. Deshalb ist weiterhin viel Handarbeit nötig.

Ein Teil dieser Tätigkeit wird von Speditionen oder auch den Firmen, die die Waren verkaufen, selbst erledigt. z.B. hat die schwedische Textilkette Hennes & Mauritz im Hamburger Hafen ein Verteilzentrum für Nordeuropa, wo Container umgepackt werden.

Ein anderer Teil dieser Packarbeit wird von Hafenarbeitern gemacht. Nun soll die Hafenarbeit aufgespalten werden in unmittelbare Hafenarbeit, also Stauerei, Kaiarbeit und Containerumschlag einerseits, und die "Containerpacksationen" bzw. "Distributionszentren". Dies ist sowohl ein Angriff auf die Löhne als eine weitere Aufspaltung der Hafenbelegschaft. Der Tarif in den Speditionen ist wesentlich niedriger als der Hafentarif. Jetzt wurde für die Distributionszentren der sogenannte "Distributionstarif" vereinbart, der zwischen dem Speditions- und dem Hafentarif liegt. Diese Regelung ist natürlich nicht von heute auf morgen gegen Hafenarbeiter durchzusetzen. Er gilt ab sofort für die Neueingestellten in den Packstationen. Unseres Wissens arbeitet zur Zeit aber nur ein einziger Kollege nach diesem Tarif. Es soll auch noch Schwierigkeiten geben mit den im Hafen ansässigen Speditionen, da der neue Tarif auch für sie gelten soll und sie dann mehr Kohle an ihre Arbeiter rausrücken müssen.

E wird sicher nicht uninteressant sein, was sich dort in der nächsten Zeit unter den Bedingungen gespaltener Löhne tun wird.

"...weil sie bei den Blaumännern sein wollen."

Interview mit einem Operator in einem Hamburger Großbetrieb

Was ist eigentlich ein Operator? Kannst du mal deine Arbeit beschreiben?

Operator sind so etwas wie "Maschinenführer" in der Datenverarbeitung. Das heißt, du bist zuständig dafür, daß die Programme laufen, mit denen die sogenannten Nutzer, also die Leute an den Bildschirmen, arbeiten. Zum Job gehört also letztlich alles, was zwischen der Arbeit der Programmierer und der Nutzer liegt. Das sieht dann je nach dem System, an dem du arbeitest, sehr verschieden aus - ob das nun nur ein Abteilungssystem ist oder ein Großrechner. Dementsprechend gibt's da auch Rangstufen. In großen Rechenzentren, die fast immer im Drei-Schicht-Betrieb arbeiten, geht das von Leuten "ganz unten", die zum Beispiel nur Drucker und solche Geräte kontrollieren, über die System-Operators bis zu den Systemverwaltern. Bei Abteilungssystemen, wie bei uns, bist du alles in einer Person. Wenn irgendein Kollege Probleme mit der Dateneingabe am Terminal hat, ruft er uns an und wir versuchen, den Fehler rauszufinden und zu beheben. Wenn es was "Tiefes" ist, also richtig im System hakt, dann wenden wir uns an die Systemprogrammierer. Die gehören aber nicht mehr zur Sparte. Das sind Leute, die eine komplette Ausbildung haben, heute fast nur noch Informatiker.

Operator selber ist ein Anlernberuf. In manchen EDV-Abteilungen findest du da die wildesten Mischungen: abgebrochene Studenten, ehemalige Zeitsoldaten, alles mögliche. Die meisten werden an ganz bestimmten Systemen, Rechnern angelernt. Mit der Zeit kriegst du eine Menge Erfahrung; einmal, weil du ziemlich nah an der Maschine bist, und zum anderen, weil du mehr als alle anderen mit Fehlersituationen zu tun hast - die so ein Programmierer eben nicht vorhersehen konnte. Dadurch entsteht eine merkwürdige Mischung zwischen Angelerntsein und halbem Facharbeiter. Die Hierarchien überkreuzen sich dabei: Die Systemprogrammierer sind natürlich fachlich gesehen "ganz oben", als Angestellte in der EDV aber Deine Kollegen mit demselben Oberchef. Umgekehrt bist du für die Sachbearbeiter in irgendeiner Abteilung, die mit dem System arbeiten, ein Mensch mit "Macht" - weil du eben der "Maschinenführer" bist. Das wird natürlich nie so eng gesehen. Aber du kriegst eben den Streß ab, den die Leute haben, wenn sie ihre Aufträge nicht nach Termin abwickeln können. Das ist so eine neue Ebene bei den Angestellten im Büro: Da gibt es plötzlich eine zentrale Maschine, von der sie abhängig sind, sie haben nicht mehr ihre Ablage, die ja früher auch so eine Art kleines Königreich war. Jetzt ist die Ablage im großen Topf, in der Maschine, und nur über Maschinen oder Apparate kommen sie da 'ran.

Was hat sich an der Angestelltenarbeit und an ihrer Stellung verändert?

Früher gab es bei uns ziemlich große Gruppen von Datenerfasserinnen. Bei einem Laden mit 2000 Angestellten und einem großen Rechenzentrum kannst du Dir vorstellen, wieviel da an Erfassungsarbeit anfällt. Davon ist nichts übriggeblieben. Wir haben im Betrieb seit vielen Jahren erlebt, wie ein Arbeitsbereich nach dem anderen dichtgemacht wurde und dann an "Dienstleistungsbetriebe" die früher internen Aufträge weitergegeben wurden.

Der Konzern hier in der Stadt beschäftigt mehrere Klitschen die per Kabel mit dem Rechenzentrum verbunden sind, wo Frauen bei total flexibilisierten Arbeitszeiten die Daten reinhämmern. Für den Großkunden rechnet sich das vor allem deshalb, weil in diesen Klitschen die Arbeit viel dichter ist, die einzelnen Frauen mehr unter Druck und Kontrolle sind als in einem Großbetrieb, wo die Arbeit der Einzelnen tendenziell eher "verschwindet".

Bürgerliche Ideologen rechnen solche Buden zum "neuen Mittelstand". Faktisch stehen sie unter dem Kommando der Großkunden. Und das gilt nicht nur für solche angelernten Arbeiten. Das ist auch bei vielen "Software"-Buden so, wo nur Programmierer angestellt sind und für diverse Betriebe arbeiten. Manchmal hängt dann von einem einzigen Groß-Projekt ab, ob der Laden weiterexistieren kann oder nicht. Es gibt eine ganze Reihe von Programmierern, die ihren früheren Wahn von Silicon-Valley in der BRD haben teuer bezahlen müssen: Statt einer fetten Mittelstandsexistenz sind sie jetzt nur noch hochverschuldete Handlanger von Typen, die sich diesen Wahn noch leisten können. Natürlich gibt's auch einige wenige, die das für sich nützen können. So hat zum Beispiel bei uns ein Programmierer gekündigt, weil er nicht mehr Geld bekam. Jetzt ist nicht nur seine alte Arbeit an eine Software-Firma gegangen, sondern er ist auch dahin gegangen. Fazit: er hängt wieder bei uns drin, macht seine alte Arbeit für mehr Geld, aber als Angestellter einer "Dienstleistungsfirma". Wo ist der Unterschied?

Wie gehen die Leute im Betrieb mit diesen Veränderungen um?

Das hängt von der Rangordnung der Arbeiten ab. In einem Großbetrieb von 2000 Angestellten rührt kaum einer den Finger, wenn die Datenerfassung ausgelagert wird. Wenn's aber an's Eingemachte geht, also die Arbeit der Sachbearbeiter, dann fängt die Unruhe an.

Wie sieht das konkret aus?

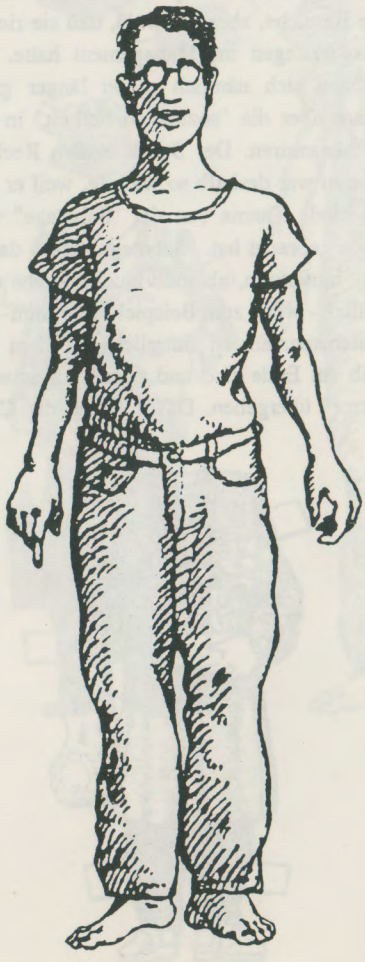
Sachbearbeiter, das ist so etwas wie Facharbeiter im Angestelltenbereich. Die haben eine Menge an Fertigkeit, Wissen und praktischem Können in ihrem Bereich angesammelt. Bei der Einführung der EDV war es in der Regel so, daß viele Sachbearbeiter Angst bekamen, nun durch die Maschine ersetzbar zu sein. Das stimmt natürlich nur zu einem kleinen Teil. Aber die Maschine bringt nun so etwas wie Taktzahl in die Arbeit. Die Ar-

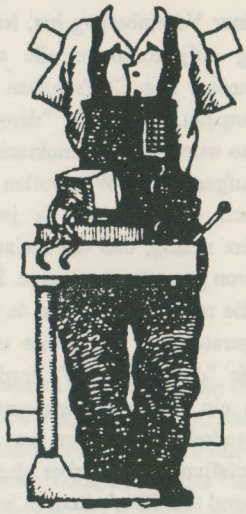
beit wird intensiver. Wenn dann noch technisch die Voraussetzungen dafür da sind, daß diese Arbeit nicht mehr ortsgebunden ist, dann geht natürlich nicht nur der stupide Teil der Arbeit auf die Maschine über, es gibt dann für den Kapitalisten auch die Möglichkeit, die ganze Arbeit wegzugeben. Bei uns gab es zum Beispiel große Rückstände in der Abteilung. Konkret war es bei einem Teil dieser Arbeiten möglich, sie wegzugeben an Leute, die qualifiziert genug waren, um sich relativ schnell das Grundwissen für die Arbeit anzueignen. Der Chef hat solche Kollegen angeheuert, formell wurden sie bei einer der angegliederten Klitschen angestellt - natürlich ohne Tarif, ohne Betriebsrat, also ohne all das, was bei uns im Betrieb manchmal auch Barrieren für die Chefs darstellt. Bei den Sachbearbeitern gab's ziemliche Unruhe.

Hat die Veränderung der Arbeitsbedingungen und des sozialen Status auch das Verhalten der Angestellten verändert?

Die meisten trauern dem Angestellten nach, wie er früher als Typ vorherrschend war. Mit "früher" meine ich eine Zeit, die sehr lange vorbei ist, bevor das "Management" auftrat und die Angestellten, zumindest von der Lebensweise her, etwas "Besseres" waren. Also: Handlanger der Chefs. Das Büro, das war damals ganz klar der Kopf, der über die Handarbeit herrschte. Ich glaube, viele Angestellte, zumindest als Qualifizierte, also Sachbearbeiter, trauern dieser Stellung nach. Widerspruch gegen den Kapitalisten gibt's tendenziell, wenn der Kapitalist diesen Anspruch abstreitet. Der historische Angestellte ist vom Management abgelöst worden. Über den früheren "Kopfarbeitern" tut sich ein neuer "Kopf" auf, teils in Gestalt der Büromaschine, teils in der direkten Hierarchie. Und zwischen Management und Angestellten existiert eine Kluft. Das ist die zwischen Chef und Arbeiter, aber es nicht so, daß die Angestellten sich bereits als Arbeiter begreifen.

Andererseits müssen wir ja auch sehr vorsichtig sein, wenn wir von Arbeitern und Angestellten reden. Da gibt es riesige Umschichtungen. Denk nur mal an die Verkäuferinnen in den Kaufhäusern oder bei uns die Differenz zwischen Datenerfasserinnen und Sachbearbeitern. Ich will da mal nur einen Gedanken beisteuern, über den diskutiert werden könnte: Ganz klar ist nämlich, daß das "kapitalistische Arbeiten", also die Lohnarbeit auch als eine Art des Arbeitens, sich verallgemeinert. Dabei bleibt das Nebeneinander von relativ qualifizierter Arbeit und reiner Maloche bestehen, verschiebt sich aber innerhalb der Berufe. Das ist noch sehr im Fluß. Sicher ist, daß "unten" in der Arbeitshierarchie der Angestelltenwelt so eine Art "Arbeiterverhalten" sich ausprägt. "Oben" ist es der Priviligienverlust, der Unruhe schafft. Diese Unruhe treibt dann nach zwei Seiten: die erste ist, in der Konkurrenz gegen die anderen teilzunehmen an der neuen Hierarchisierung der Arbeit, die zweite ist, neue Verbindungen aufzunehmen - mit den eh schon Nichtprivilegierten. Diese zweite Seite ist das Schwierigste, denn das





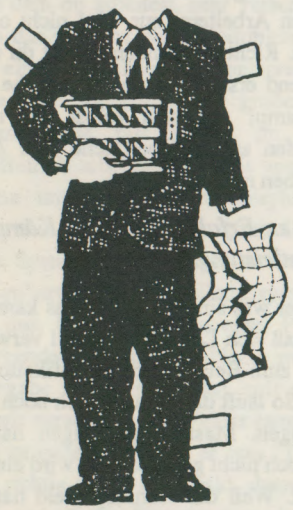
setzt ja auch voraus, daß die Identifizierung mit der Arbeit überwunden wird. Vor der kollektiven Lösung steht da bei den meisten der individuelle Rückzug. Der ist oft selbstzerstörerisch - Alkohol usw. Das findest du in den Angestelltenbereichen genauso wie bei den Arbeitern, nur wird nicht offen gesoffen. Richtig erkennen kannst du das ganze Elend erst, wenn dieser tägliche Überlebenskampf mit sich selbst bei richtigen Kämpfen an die Oberfläche tritt. Aber die sind eben noch selten.

Gibt es Erfahrungen mit Kämpfen im Dienstleistungsbereich?

Ja, aber was sind Kämpfe? Das kann so laufen, daß sich Leute individuell verweigern - wenn zum Beispiel die Identifikation kaputt geht. So läuft das bei uns auch noch bei Entlassungen. Massenentlassungen hat es bei uns noch nicht gegeben, das wird einzeln gemacht. Weil der Konzern Geld hat, ist für Abfindungen noch etwas drin. Da werden dann einzelne richtig fertiggemacht, ihnen die Arbeit weggenommen, die meisten KollegInnen stehen ziemlich abseits, sind selber voller Angst. So ist das bei uns meistens "gelöst" worden. Dadurch schwillt innerlich bei den Leuten aber nicht nur die Angst an, auch Widerwille gegen die Chefs, du kannst auch sagen: Ekel vor der eigenen Ohnmacht. Ich kenne einige Bereiche, ob das nun so Serviceabteilungen sind oder auch im direkt kaufmännischen Bereich, wo die Arbeit dadurch vom kapitalistischen und Facharbeiterstandpunkt immer schlechter wird. Dieses ganze Gelabere vom "Motivationstraining", was diese Jungmanager mitbringen, wird damit ad absurdum geführt.

Ich will das mal an einem Beispiel zeigen: In den letzten Jahren gibt's ja überall PCs in den Büros. Bei uns sollte darüber eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden. Mal ganz abgesehen davon, was man

von so einer Vereinbarung hat, ist dann die Forderung aufgekommen: alle sollen geschult werden. Die Chefs haben ja immer herumtrompetet, daß PCs "demokratisch" seien. Also wurde eine "demokratische" Forderung aufgestellt - "Wir wollen alle alles können auf den Kisten". Es ist nämlich schon ganz richtig, daß die meisten in den Büros davon ganz angetan waren. Zumindest dachten die meisten, wenn sie da nicht mitziehen, geraten sie ins zweite oder dritte Glied. Die "demokratische" Forderung hat das dann ein bißchen aufgenommen, aber auch umgedreht. Die Folge war natürlich, daß es Schulungen gab, aber abgestuft nur entsprechend der Tätigkeiten. In jeder Abteilung oder Gruppe gibt es dann jetzt die "Spezialisten". Und die werden gleich an die Hierarchie angekettet. Also, da ist vielen ein kleines Stückchen klargeworden, worum es eigentlich dabei geht, und daß ihnen wieder



ein kleines Stück "Kompetenz" genommen wird.

Alle diese Kleinigkeiten, Frustrationen, usw., die brechen dann erst so richtig auf, wenn mal die Möglichkeit besteht, "auf die Kacke zu hauen". Das ist selten, und vor allem erst dann, wenn diese Möglichkeiten "geboten" werden. Bei uns wird ja immer gesagt, "Angestellte streiken nicht". Ich bin mir aber nicht so sicher, was eigentlich passiert, wenn die Gewerkschaften zu so einem offiziellen Streik aufrufen. Wir haben damit im Betrieb gar keine Erfahrung.

Aber es gab ja den Bankenstreik!

Ich bin hingegangen zu den Streikposten vor dem Rechenzentrum der "Deutschen Bank", weil ich auch über politische und gewerkschaftliche Kanäle Kontakte bei Banken hatte. Bei den Streikposten unterstützen sich ja Aktive aus den verschiedenen Bereichen und Branchen. Da standen dann so EDV-

Bankenangestellte mit Kamelhaarmantel und Popperfrisur: Wenn du die in der S-Bahn gesehen hättest, hättest du dir erstmal alles andere gedacht, nur nicht, daß die jetzt da auf der Straße stehen. Die haben es immerhin geschafft, daß ganze Schichten nur noch sehr angeschlagen arbeiten konnten. Und das ist in so einem Rechenzentrum nicht einfach, selbst wenn - wie bei dem Streik - die meisten vom Operating herausgehen. Nachher sind sie ja letztlich auch wieder von der Tarifpolitik beschissen worden, aber die Aktion selber war wichtig. Ich kann nicht behaupten, daß sie sehr ausgestrahlt hat auf ähnliche Bereiche, aber ich weiß, daß sie riesige Auswirkungen im Management hatte. Die machen sich nämlich schon länger graue Haare über die "soziale Sicherheit" in den Rechenzentren. Der Streik in den Rechenzentren war deshalb so wichtig, weil er dieses blöde Thema von der "Sabotage" vom Tisch gebracht hat. "Sabotage" gibt's da genug, hintenrum, als individuelle Rache oder ähnlich - wenn zum Beispiel Programm- und Systemspezialisten innerlich mit dem Betrieb am Ende sind und zum "individuellen Terror" übergehen. Davor haben die Chefs

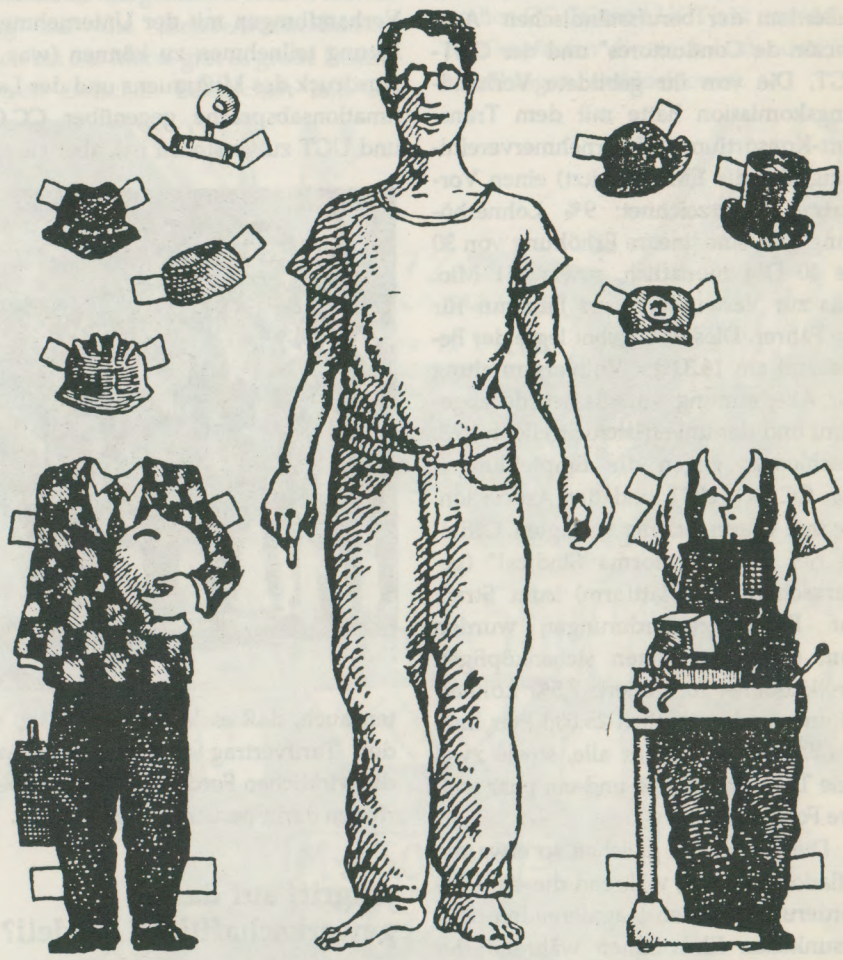
schon länger gezittert. Aber politisch ist das der einsame Kampf des Spezialisten mit der Maschine. Ich habe das immer als schädlich angesehen, weil es dieses Robin Hood-Image der "Hackerei" verstärkt, die nur auf eins rausläuft - auf die Vergötterung der Spezialisten. Die "Hacker" werden mal so etwas in der "Informations-Technologie", was Green-Peace in der Ökoszene ist. So etwas wie der Banken-Streik, gerade in den Rechenzentren, bringt was anderes: nämlich als Streik, also als gemeinsamer Kampf.

Bei den Gesprächen mit den Kollegen von der Bank habe ich mitbekommen, daß da viele Prozesse ablaufen, die ähnlich der Entwicklung bei uns sind. Wenn also so ein Renomierladen mal dicht machen muß wegen Streik, dann eben nicht einfach, weil es um diese oder jene unmittelbaren Forderungen geht, sondern viel eher, weil all das gemeinsam ausgedrückt werden kann, was sich vorher individuell aufgestaut hat.

Die Frage ist also: Wie kämpfen?

Da muß du unterscheiden zwischen der Situation, die ja absolut vorherrschend ist, wo es solche offenen kollektiven Auseinandersetzungen nicht gibt, und eben Kämpfen wie bei den Banken oder gegen Firmenschliessungen. Ganz allgemein hat die Gewerkschaft als "Interessenvertretung" in den grösseren Angestelltenbereichen an Bedeutung zugenommen. Der Organisationsgrad wächst aber viel geringer als die Stimmenzahl bei BR-Wahlen für DGB-Listen (gegen DAG oder andere). Es gibt ja auch bei dem ganzen Tarifsystem keinen Grund, in die Gewerk-

schaft einzutreten. Tariferhöhungen werden im Arbeiterbereich erstreikt und/oder ausgehandelt und dann auf uns ausgedehnt. Der Beitrag, den du zahlst, wandelt sich dann - wenn du es ganz gutmütig siehst - in eine Mitfinanzierung der Gewerkschaftskasse um. Wenn du eh die Knete kriegst, brauchst du also auch nicht für die Gewerkschaft zahlen. Darum treten KollegInnen auch aus anderen Gründen ein. Das ist eher so eine Art "Bekenntnis". Wenn du so willst, im Kleinen ein "politischer Akt", also Partei ergreifen. Weil das ganze in der Passivität bleibt, ist es auch noch nicht auf die Probe gestellt; vor allem die Gewerkschaft ist nicht auf die Probe gestellt. Die ganzen Illusionen, die in dieser Passivität möglich sind, geraten erst durcheinander, wenn es Konflikte gibt. Und dann sind die Erfahrungen viel intensiver, die Sprünge größer, als in Bereichen, wo die Gewerkschaft traditionell und selbstverständlich vorhanden ist - mit all den schon bekannten Schweinereien. Bei den Banken war die Kritik am Abschluß sehr stark. Insgesamt ist das so, daß man vielleicht sagen kann, daß in wirklichen Konflikten die Erfahrungen mit der Gewerkschaft sehr schnell "nachgeholt" werden - wenn es kollektive Auseinandersetzungen gibt. Die Gewerkschaften machen sich heute große Gedanken, wie sie mehr Angestellte organisieren können. Das läuft dann darauf hinaus, daß man ihre Illusionen noch unterstützt - sozusagen "Sonderangebote" für "Bessergestellte". Das Ganze zieht aber nicht. Die Gewerkschaften wollen vom "Blaumann-Image" runter, aber in Wirklichkeit machst du die Erfahrung, daß Angestellte eher eintreten, weil sie bei den "Blaumännern" sein wollen.



Streik

...der Busfahrer in Madrid

Vom 16.März. bis zum 6.April dieses Jahres streikten in Madrid die Beschäftigten des städtischen Busunternehmens EMT für mehr Lohn. Sie griffen damit in die laufenden Tarifverhandlungen ein und nahmen durch unabhängige Versammlungen den Gewerkschaften das Heft aus der Hand; eine wichtige Erfahrung, die zur Zeit immer mehr ArbeiterInnen - nicht nur in Spanien - machen.

EMT ist das stadteigene Busunternehmen, das für den Nahverkehr in Madrid und den Vorstädten zuständig ist. Von 7000 Beschäftigten und einer Flotte von 1800 Bussen werden täglich 1,9 Mio Passagiere befördert. Der Brutto-Monatslohn betrug durchschnittlich 85.000 Pesetas (ca.1360 DM).

Der Betriebsrat besteht aus den offiziellen Gewerkschaften (Arbeiterkommissionen - CC.OO - und der UGT), außerdem der berufsständischen "Asociación de Conductores" und der CNT-CGT. Die von ihr gebildete Verhandlungskomission hatte mit dem Transport-Konsortium (Unternehmervereinigung, der die EMT vorsitzt) einen Vorvertrag unterzeichnet: 9% Lohnerhöhung und eine lineare Erhöhung von 30 bis 40 DM monatlich, sowie 111 Mio. Ptas zur Verteilung übers Jahr nur für die Fahrer. Dieses Angebot legte der Betriebsrat am 14.3. der Vollversammlung zur Abstimmung vor. Es wurde abgelehnt und der unbefristete Streik ab 16.3. beschlossen gegen die Empfehlungen von CC.OO, UGT und der Asociación, die ihre Unterstützung versagten. Offiziell rief die "Plataforma Sindical" (gewerkschaftliche Plattform) zum Streik auf. Die Gegenforderungen wurden vom sofort gebildeten siebenköpfigen Streikkomitee formuliert: 7,5% Lohnerhöhung und monatlich 25.000 Ptas linear (400 DM) mehr für alle, sowie zwei freie Tage pro Woche und ein paar weitere Forderungen.

Die 7,5 bis 9% gleichen so etwa die Inflationsrate aus, während die 400 DM-Forderung mit den stagnierenden oder gesunkenen Einkommen während der letzten Jahre begründet wurden.

Die Gewerkschaft "Plataforma Sindical" (PS) ist nicht im Betriebsrat vertreten, weil sie erst nach den letzten Betriebsratswahlen von 1986 entstand. Das war auch der Grund für die Weigerung der Mehrheitsgewerkschaften und der Unternehmensleitung überhaupt mit den PS-Leuten zu verhandeln. Der Chef des Verkehrsministeriums und EMT-Vizechef, Larraz, sagte ganz treffend, daß sonst das "gewerkschaftliche Modell" zerstört würde. Der von der PS ausgerufene Streik wurde fast zu 100% befolgt, bis nach drei Wochen der Abbruch vorgeschlagen wurde. Auf den Demonstrationen waren immer wieder die Bekenntnisse der Arbeiter zur PS zu hören. Die PS-Vertreter forderten zwar, an den Verhandlungen mit der Unternehmensleitung teilnehmen zu können (was als Ausdruck des Mißtrauens und der Legitimationsabsprache gegenüber CC.OO und UGT zu verstehen ist), aber sie sagten auch, daß es letztlich egal sei, wer den Tarifvertrag unterzeichnet, wenn die wirklichen Forderungen der ArbeiterInnen darin berücksichtigt würden.

Angriff auf das gewerkschaftliche Modell?

Die PS besteht aus Gewerkschaftern, die früher v.a. in CC.OO und UGT Mitglieder waren, diese aber wegen ihrer bürokratischen Praktiken verlassen haben, und sich nach einiger Zeit angesichts der Verschlechterung von Lebens- und Arbeitsbedingungen entschieden haben, die Initiative zu ergreifen. Die Beteiligten sind z.T. Leute, die schon in der 1976er Bewegung aktiv waren und den damaligen, mit 16 Tagen bisher längsten, Streik bei EMT mitorganisiert hatten. Sie trieben damals einen Klassensyndikalismus gegen die vertikalen Gewerkschaften voran. Jetzt hätten sie sich entschieden, da wieder anzuknüpfen. Der Generalsekretär der PS Rodríguez spricht von einer neuen syndikalistischen Bewegung, die sich wie ein Lauffeuer ausbreitet, weil das Modell der Mehrheitsgewerkschaften hinfällig und nutzlos ist. Die neuen Gewerkschaften dagegen seien Instrumente zur Verteidigung der Arbeiter; sie richten sich direkt an die ArbeiterInnen, fordern zu selb ständigem Denken, Beteiligung und Meinungsbildung auf.

Ihre Kritik und Praxis beinhaltet zwei wesentliche Elemente: Vollversammlungen statt den Geheimverhandlungen der "Mehrheitsgewerkschaften" und Durchsetzung der Arbeiterinteressen statt deren Ausverkauf im sozialpartnerschaftlichen Gekungel von Gewerkschaftsbonzen, Regierung und Unternehmern, die zum Wohle der Wettbewerbsfähigkeit Lohnleitlinien festlegen. Rodríguez sagt: "Wenn das Jahr 76 das Ende der vertikalen Gewerkschaften

war, wird das Jahr 90 der Anfang vom Ende der Gewerkschaften der aktuellen Regierungsform sein".

Kurze Entstehungsgeschichte der PS

Ein Streik 1988 wurde nach dem Abschluß des Tarifvertrages über Nacht durchs Radio abgeblasen. Der Abbruch führte zu enormer Empörung und wurde teilweise nicht befolgt. Sechs Arbeiter, die gegen die Notdienste Streikposten gestanden hatten, wurden entlassen. In dieser Situation gründeten einige ältere Kollegen zusammen mit jungen Neueingestellten die PS. 1989 traten sie bei den Tarifauseinandersetzungen als organisierte Opposition auf, und zwangen den Betriebsrat zu Streikaufrufen und höheren Forderungen. Auch dieser Streik wurde nach drei Tagen auf die gleiche Weise beendet, obwohl die Anhörung der Belegschaft zugesichert worden war. Im Streik wurden die Notdienste reduziert, Depots blockiert und die Reifen der Busse plattgestochen. Auf Demos wurde mit den Bullen gerangelt. Als im Juli sieben Arbeiter entlassen wurden, reagierte nur die PS darauf. Vier wurden daraufhin wieder eingestellt. Am 21.1.90 beriefen sie eine Versammlung mit dem Ziel ein, für die Tarifverhandlungen Vollversammlungen durchzusetzen. CC.OO reagierten mit der Einberufung von ausschließlichen Mitgliederversammlungen und einer Verleumdungskampagne gegen die PS, so daß diese sich entscheiden mußte, die Initiative in der Offensive zu suchen oder als ungehörte Kritiker hinter der Ungeduld der Belegschaft zurück zu bleiben.

Der Streik beginnt...

...am 16.3. und zum ersten Mal werden die vom Unternehmer geforderten Notdienste nicht erfüllt.

Am 19.3. demonstrieren 8-10.000 EMTArbeiterInnen mit Familienangehörigen durch die Innenstadt. In einer Pressekonferenz beschuldigen CC.OO und UGT-Vertreter die PS, die Privatisierung der EMT zu provozieren und "dunkle politische Interessen" zu verteidigen.

Die ArbeiterInnen halten während des ganzen Streiks täglich um 11 Uhr Versammlungen mit ca. 3000 Beteiligten im zentralen Busdepot Fuencarral ab. Außer den 2000 Fahrern streiken auch die Mechaniker, die Inspektoren, Schalterpersonal und Reinigungskräfte. Vom Streikkomitee wird täglich eine Streikzeitung (Titel etwa: `Beweg Dich oder ruinier Dich') herausgebracht, in der die Lage genau beurteilt wird, die Aktionen angekündigt, sowie Solikundgebungen und Streikbrecher genannt werden. In dieser Arbeit unterhält das Komitee starke Unterstützung durch die trotzkistische `Sozialistische Arbeiterpartei'.

Auf der Versammlung am 21.3. berichten Busfahrer der Firma FOCSA aus Zaragoza von ihrem 60-tägigen Streik. Es wird eine Streikkasse eingerichtet.

Die Bewegung der Madrider MetroarbeiterInnen/Versuche der Ausweitung

Die Brisanz des Streiks bei der Busgesellschaft bestand zeitweise in der unmittelbaren Möglichkeit einer Ausweitung auf die Metro-ArbeiterInnnen. Auch bei der Metro gibt es große Diskrepanzen zwischen Belegschaft und Betriebsrat. Die Metrofahrer streikten am 6. und 8.3. für einen eigenen Forderungskatalog, weil sie mit der bevorstehenden Unterzeichnung des Tarifvertrags unzufrieden waren. Aus Legalitätsgründen riefen sie über die CGT zum Streik auf. Dennoch verfügt diese nicht über die Fähigkeit, die Unruhe in der gesamten Belegschaft aktiv zu repräsentieren, wie sich noch zeigen wird.

Ein Besuch einer Abordnung des Busstreikkomitees am 22.3. auf der Versammlung der Metro-ArbeiterInnen wird von der Firmenleitung verhindert. Die CNT-CGT hatte dazu aufgefordert, ab 27.3. eine Woche zu streiken. Am 23.3. demonstrieren wiederum 10.000 durch Madrid. Die PS kündigt Demos an verschiedenen Orten an, sowie Fabrik- und Metrobesuche.

27.3.: Die Durchschnittslohnerhöhungen in den bisher für 2 Mio. ArbeiterInnen abgeschlossenen Tarifverträgen betragen 8,5%. In der folgenden Woche wollen CC.OO und UGT mit verstärkten Streikaufrufen die noch laufenden Verhandlungen "entblockieren".

Der CNT-CGT-Streikaufruf bei der Metro wird kaum befolgt. Es zeigt sich die offene Ablehnung der Belegschaft gegenüber dem Betriebsrat, allen Gewerkschaften und den Tarifabschlüssen, die in den Referendums jeweils abgelehnt werden. Andererseits bleibt die Belegschaft teils korporativ gespalten und findet kein einheitliches Vorgehen. Das entstandene Machtvakuum belegen auch die verschiedenen gleichzeitig stattfindenden Versammlungen. CC.OO und UGT können so die "Annahme" des leicht verbesserten Tarifabkommen für die Metrobeschäftigten auf einer seperaten Mitgliederversammlung durchsetzen.

Auf der Versammlung der BusarbeiterInnen werden CC.OO und UGT-Leute beim Verteilen von Flugblättern rausgeschmissen. Der Sprecher der PS droht die kollektive Kündigung der Belegschaft für den Fall einer Niederlage an. Das Streikkomitee sagte, daß sich die ArbeiterInnen mit Banküberziehungskrediten und Lohnvorschüssen finanzieren werden.

Die Forderungen

In Verhandlungen mit dem Betriebsrat EMT unterbreitete der zuständige Gemeinderat am 28.3. ein neues Angebot: 1500 Mio. Ptas für lineare Lohnerhöhungen (davon 900 Mio. 1991 und 600 Mio. 1992). In der Streikversammlung am 1.4. wirft die PS dem Betriebsrat vor, mal wieder nichtautorisiert verhandelt und wichtige Aspekte wie Wiedereinstellungen und Rentenerhöhungen nicht berücksichtigt zu haben. Außerdem fordern sie 2000 Mio. Ptas und die erste Rate von 900 Mio. schon für 1990. CC.OO und UGT-Leute werden erneut rausgeschmissen. Der Betriebsrat will das neue Angebot am 4.4. in einem Referendum abstimmen lassen. In diesem sollen die ArbeiterInnen dem Angebot zustimmen oder aber für eine "legale Fortführung" des Streiks (mit Notdiensten) stimmen können. Die PS fordert eine Abstimmung ihrer Forderungen gegen das neue Angebot. Die Streikenden stimmen diesem Vorschlag zu.

Für den nächsten Tag kündigt der Verkehrsminister und EMT-Vizechef die Einrichtung kostenloser Fahrdienste mit Hilfe von Privatfirmen an. Außerdem tritt eine allgemeine Fahrpreiserhöhung in Kraft: einfach Fahrten plus 40%.

Am 2.4. lehnen CC.OO und UGT den Alternativvorschlag der PS für das Referendum als nichtlegal ab. Die Streikenden beschließen für die nächsten Tage kleinere Demos und die Besetzung eines öffentlichen Kulturzentrums. Unterdessen hat die nationale Transportunternehmervereinigung nur 20 Busse für den Streikbruch bereitgestellt, mit der Begründung, daß sich die Firmen selbst in Tarifverhandlungen und Streiksituationen befänden. Die Busse werden unter Bullenschutz eingesetzt. Der Universitätsdirektor hat für 25-30.000 Studenten die Vorlesungen gestrichen wegen militanter Streikposten gegen den Uni-Fahrdienst. Am 3.4. werden die Fahrdienste trotz Streikposten aufrechterhalten. Allerdings werden ein paar Busse beschädigt und unbrauchbar gemacht. Außerdem gibt es Hausbesuche bei einzelnen Gewerkschaftern, sowie kleinere Sabotage-Aktionen.

Das Referendum ist am 4.4. von CC.OO und UGT abgesagt worden, nachdem die PS zum aktiven Boykott aufgerufen hatte. Die Nationalpolizei verhindert unterdessen die Abhaltung der Streikversammlung in dem Depot Fuencarral, so daß diese draußen abgehalten wird. Die PS ruft zu Treffen vor internationalen Einrichtungen auf. Die Fortsetzung des Streiks wird beschlossen. Der Verwaltungsrat des Transportkonsortiums (EMT, politische Vertreter, Unternehmer und Gewerkschaften) trifft sich zum ersten Mal wegen des Streiks in einer Dringlichkeitssitzung. Die Ergebnisse des Treffens: 1. Ein neuer Plan für die Notdienste, der die Verbindung der Außenbezirke mit den Metrostationen vorsieht (352 Busse vorgesehen).

Sollten die EMT-Beschäftigten die Dienste nicht erfüllen, werden Privatbusse unter Polizeischutz eingesetzt. Die EMT kündigt scharfe Maßnahmen gegen diejenigen an, die die Dienste nicht erfüllen. 3. Die 63 zwischenstädtischen Buslinien stehen mit Extra-Haltestellen in Madrid zur Verfügung. CC.OO und

UGT befürworten sofort den neuen Dienstplan.

Das Ergebnis

Auf einer Versammlung am 6.4. wird der Streikabbruch beschlossen. Bei strömendem Regen stimmten zunächst nur wenige hundert mit ihrem Regenschirm dem Abbruchvorschlag der PS zu; nach einigen Diskussionen war jedoch die Mehrheit dafür. Die PS begründete ihren Vorschlag damit, daß sich die politische Situation verschlechtert habe. Die Widersprüche zwischen Regierung, Stadtverwaltung und Konsortium sind gewichen; sie bilden nun einen Block. Bei der EMT-Direktion lagen schon 100 Entlassungsschreiben bereit. Verzicht auf Sanktionen und Entlassungnen wurden bei Streikabbruch zugesagt. Der Streikabbruch sei keine Niederlage. Sie haben den längsten Streik in Madrid in der Nachkriegsgeschichte geführt, das Gewerkschaftsmodell in der EMT in Frage gestellt und ein Beispiel für andere Belegschaften gegeben.

Der Tarifabschluß: zwei Jahre Laufzeit; zwei freie Tage pro Woche; 25 Stunden kürzere Jahresarbeitszeit; Rentenprämie um mindestens 15.000 Ptas monatlich erhöht; Lohnerhöhungen: 1990 12,5% , 1991 Konsumpreissteigerung plus 2% und lineare Verteilung von 900 Mio. Ptas, 1992 Erhöhung nach Tarifverhandlung und lineare Verteilung von 600 Mio. Ptas. Außerdem wurde die Wiedereinstellung der im Jahr 1989 Entlassenen erreicht.

...der Reinigungs-arbeiterInnen in Madrid

Im April streikte in Madrid das Reinigungspersonal 12 Tage lang.

Dort arbeiten 20.000 Beschäftigte, davon 80% Frauen, in 800 Unternehmen. 40% der ArbeiterInnen haben eine tägliche Arbeitszeit von 3-5 Stunden, was sie oft zu Zweit- oder Drittjobs zwingt. Es gibt keine Zuschläge für Sonntagsarbeit. Im Krankheitsfall werden nur 60 % des Lohns bezahlt; das Wegegeld wird hier genausowenig mit einberechnet wie bei der Rente.

Die beim Streik aufgestellten Forderungen waren:
- 5000 Peseten (90 DM) mehr für alle!
- 30 Tage bezahlten Urlaub (bisher 18 Tage)
- die Einberechnung des Wegegelds in den Grundlohn
- 100% Überstundenzuschlag bei Sonntagsarbeit
- volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- 38-Stunden- und 5-Tage-Woche
- Verbot in mehr als zwei Firmen zu arbeiten
- Abschaffung der prekären Arbeit

Die von den Arbeiterkommissionen (CC.OO) geführten Verhandlungen scheiterten, da die Unternehmer nur über Lohnforderungen reden wollten

Am 3.April begann der Streik. Die Beteiligung war fast vollständig. Die Zentren des Streiks waren am Flughafen, in den öffentlichen Schulen, Krankenhäusern, Metro, Fernsehen. Den ArbeiterInnen wurden sogenannte "Notdienste" auferlegt, die teilweise bis zu 25% der Beschäftigten zur Arbeit zwingen und im Laufe des Streiks auf 40% erhöht werden sollten. Am 9.April fand eine Demo von 5000 PutzarbeiterInnen statt.

Nach 9 Tagen Streik schickte die Stadtregierung 300 Mitglieder des Roten Kreuzes und des Zivilschutzes an den Flughafen, um den Streik zu brechen. 200 ArbeiterInnen bildeten sofort Streikposten, um die Eingänge zu blokkieren. Polizeiketten versuchten, die Streikbrecher über das Rollfeld hineinzuschleusen. Den ArbeiterInnen gelang es jedoch ebenfalls, in den Flughafen hineinzukommen, wo sie den Streikbrechern das Arbeitsmaterial klauten und den bisher eingesammelten Müll wieder auskippten. Nach dreistündigen Scharmützeln mußten die Streikbrecher wieder abgezogen werden. Nach dieser Pleite versuchte das Flughafenunternehmen, einen Separatvertrag mit den dort besschäftigten Putzkolonnen abzuschließen, um wieder "geordnete Zustände" herzustellen. Dies lehnten die ArbeiterInnen jedoch ab und nach 12 Tagen wurde für den ganzen Sektor ein Vertrag abgeschlossen, der fast alle Forderungen erfüllte:
- 4600 Ptas mehr für alle
- Einberechnung des Wegegelds in den Grundlohn
- 30 Tage bezahlten Urlaub
- bei Sonntagsarbeit 1600 Ptas Zuschlag
- 39-Stunden- und 5-Tage-Woche ab 1991

Obwohl sich dieser Streik in den geordneten Bahnen der gewerkschaftlichen Verhandllungen bewegte, stellte er doch ein wichtiges Signal für die Beschäftigten in solchen prekären Sektoren dar.

Streik

...im Gesundheitswesen in Euskadi

Vom 9. bis 29. April 1990 wurde im baskischen Gesundheitswesen gestreikt . Ein Streik, der so breit und kämpferisch war, daß der baskische Gesundheitsminister erklärte , es hätte seit den 40er Jahren keinen solchen Konflikt mehr gegeben , und er würde alle Mittel ergreifen, um eine Wiederholung zu verhindern. Getragen wurde der Streik von der Koordination der Eventuales, der prekär Beschäftigten, im staatlichen Gesundheitssektor.

Wie in anderen Ländern hat es auch in Euskadi in den letzten Jahren einige Kämpfe im Gesundheitswesen gegeben, das größtenteils unter Trägerschaft der baskischen Gesundheitsbehörde Osakidetza steht. Die verschiedensten Berufsgruppen haben gestreikt, von den Krankenhausärzten bis zu den Putzfrauen. Die härtesten Auseinandersetzungen haben die Ambulanten Pflegerinnen der Provinz Bizkaia und die über eine Fremdfirma beschäftigten Krankenhaus-Putzfrauen in Vitoria geführt.

Im März 1989 traten die 150 Putzfrauen einer Krankenhaus-Putzfirma in den Streik, um die Gleichstellung mit den direkt bei Osakidetza angestellten Putzfrauen zu erreichen. Trotz einem brutalen Bullenangriff auf ihre Streikposten, bei dem fast alle der 30 anwesenden Arbeiterinnen verletzt wurden, und trotz Notverordnungen der baskischen Regierung hielten sie ihren Streik drei Wochen lang durch. Die 900 Ambulanten Pflegerinnen, die ohne Vertrag und Sozialversicherung arbeiten, bauten bereits 1985 ihre Koordination auf, um feste Areitsverträge durchzusetzen (siehe *Wildcat* 48).

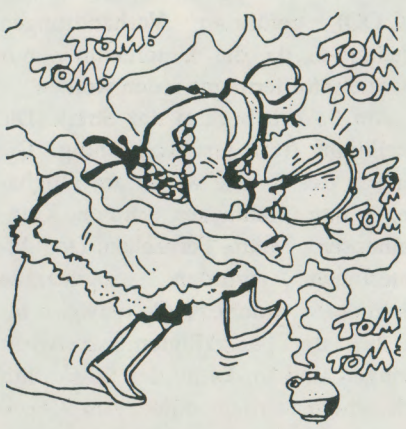
Die Vorgeschichte des Streiks

Der Konflikt um die prekäre Arbeit in den von Osakidetza verwalteten Krankenhäusern und Einrichtungen schwelt schon lange. Jahrelang wurden keine festen Stellen mehr ausgeschrieben. 8000 GesundheitsarbeiterInnen malochen als *Eventuales*. In den Sommermonaten stellen sie 80% der Belegschaft.

Von den Gewerkschaften CCOO, UGT und ELA[1] werden die *Eventuales* nicht vertreten. Nur die kleinen radikalen Gewerkschaften LAB[2] und ESK-CUIS[3] versuchen, ihre Probleme in den Verhandlungen zur Sprache zu bringen, bzw. sie zu organisieren. LAB hat 1988 den Tarifvertrag nicht mit unterschrieben und ist 1989 aus den Verhandlungen ausgestiegen, weil Osakidetza und die anderen Gewerkschaften sich weigern, die Situation der *Eventuales* zum Thema zu machen.

Im März unterschreiben UGT und ELA eine Vereinbarung über neue Arbeitsplätze. Die Vereinbarung wird in den Medien mit großem Getöse gefeiert - und bringt bei den *Eventuales* das Faß zum Überlaufen: Sie selbst wurden überhaupt nicht gefragt. Statt der 2581 Arbeitsplätze fordern sie mindestens 4000. Und vor allem sind sie empört über das vorgesehene Einstellungsverfahren: obwohl sie zum Teil seit über 10 Jahren als *Eventuales* für Osakidetza schuften, sollen sie bei Bewerbungen für diese neuen Arbeitsplätze nicht anders behandelt werden als Erstbewerber.

LAB und ESK- CUIS rufen in allen Einrichtungen der drei Provinzen zu Versammlungen auf, um über die Vereinbarung zu informieren und zu diskutieren. Auf diesen Versammlungen beschließen die *Eventuales*, sich zu organisieren. Die Koordination entsteht.



Aktionen und Streik

Am 20. März beginnt eine Gruppe von *Eventuales* in einem Krankenhaus in Vitoria mit einer unbefristeten Besetzung. Zwei Tage später schließt sich eine Gruppe in einem anderen Krankenhaus an. Am 29. März versammeln sich 500 *Eventuales* in Vitoria. Am 2. April werden die Verwaltungen in den drei Provinzen besetzt.

Osakidetza weigert sich, direkt mit den *Eventuales* zu verhandeln. Im Auftrag der Koordination rufen LAB und ESK- CUIS für den 9. April zum unbefristeten Streik auf.

Am 10. April ruft die Verwaltung die Gewerkschaften zu einer Sitzung in Vitoria. LAB erscheint mit VertreterInnen der Koordination, um ihre Forderungen vorzubringen. 1000 ArbeiterInnen aus den drei Provinzen warten in Vitoria drei Stunden lang auf Informationen über den Gang der Verhandlung. Dann unterbrechen sie die Sitzung, um für ihre Forderungen Druck zu machen. Die Verwaltung ruft die *Beltzas*, eine Spezialeinheit der baskischen Polizei, die die ArbeiterInnen samt den LAB-Delegierten brutal aus dem Saal räumt.

In den folgenden Tagen greift die Polizei die Streikenden auch in drei Krankenhäusern an. Eines hält sie bis zum Ende des Streiks besetzt.

Am 11. April, gibt die Verwaltung ihre Taktik auf, die Streikbeteiligung herunterzuspielen und lächerlich zu machen. Sie erläßt eine Notdienst-Verordnung und versucht mit einer totalen Urlaubssperre, die Festangestellten gegen die *Eventuales* auszuspielen. Der Versuch schlägt fehl: Die Wut gegen die Geschäftsleitung ist riesig.

Streikabbruch

Unter dem Druck des Streiks traf sich die Verwaltung am 19. April wieder mit den Gewerkschaften, begleitet von vielen demonstrierenden ArbeiterInnen. Am nächsten Tag unterschrieben ELA, UGT und CCOO eine neue Vereinbarung, die in den Versammlungen ein-

stimmig abgelehnt wurde. Trotzdem wurde der Streik am 26. April abgebrochen.

Nach Einschätzung von ESK- CUIS hat das Verhalten der kommunistischen Gewerkschaft CCOO hierbei eine große Rolle gespielt. Sie hat bei Streikbeginn sofort ihre Unterstützung verlautbart, verschwand dann aber von der Bildfläche, bis sie wieder ihre Rolle am Verhandlungstisch spielen konnte.

"Ihre Unterschrift war für den Konflikt bedeutend, denn sie erzeugte Enttäuschung und die Angst, daß die Verwaltung, die auf eine Mehrheit der Vertreter am Verhandlungstisch zählen konnte, ihr Ziel erreicht hätte. Die *Eventuales* dachten, daß die Vereinbarung jetzt nur noch schwer verändert werden könnte. Die CCOO wird die große Verliererin sein, obwohl sie weniger agressiv und kontinuierlich gehandelt hat als ELA; aus dem einfachen Grund, daß Teile im Gesundheitswesen von dieser Gewerkschaft eine Haltung forderten, die sie von ELA gar nicht erwarten.

Die Fähigkeit der offiziellen Gewerkschaften in Euskadi, sich den Spielregeln der Macht zu unterwerfen, kennen wir zur Genüge, und sie beschränkt sich nicht auf das Gesundheitswesen. Die Diskussion ist schon zu abgegriffen: Die Kunst, die Interessen von Verwaltung und Unternehmern umzudeuten in Erfolge der verantwortlichen Gewerkschaften.

Wer die Sache von außen betrachtet, und das Ergebnis nach 18 Tagen Streik im Verhältnis zum Aufwand sieht, kann leicht zu einem vernichtenden Schluß kommen. Aber wenn wir genauer hingucken, werden wir sehen, daß die Verbindungen nicht abgerissen sind, zwischen denen, die nicht mehr konnten und beschlossen, den aufgedrückten Notdienst zu akzeptieren, und der Versammlung, sowie zwischen Festangestellten und *Eventuales*; daß der Aufruf zum Streikabbruch von einem Kollektiv gemacht wird, das weitermachen will; und daß nach der ersten Bestürzung die Idee fest bei den Leuten verankert ist, daß etwas getan werden muß."[4]

Gegen die Prekarisierung

Die Situation der *Eventuales* und Entlassungen sind immer wieder Thema von ArbeiterInnenkämpfen in Euskadi, auch in Industriebetrieben. Die Arbeitslosigkeit liegt bei mehr als 20%. Die spanischen Arbeitsgesetze lassen eine Vielzahl von prekären Beschäftigungsformen zu. Der feste Arbeitsvertrag ist zur Ausnahme geworden.

30% der Beschäftigten in Euskadi arbeiten als *Eventuales*, sind also zur ständigen Rotation auf dem Arbeitsmarkt gezwungen. Nur noch 5,6% der letztes Jahr in Euskadi abgeschlossenen Arbeitsverträge (insgesamt über 300 000) waren Festeinstellungen; in der industrialisiertesten Provinz Bizkaia sogar nur 3,3%. Eine Fortführung der derzeitigen Tendenz würde bedeuten, daß in zwei Jahren jedeR Zweite unter prekären Bedingungen arbeitet.[5]

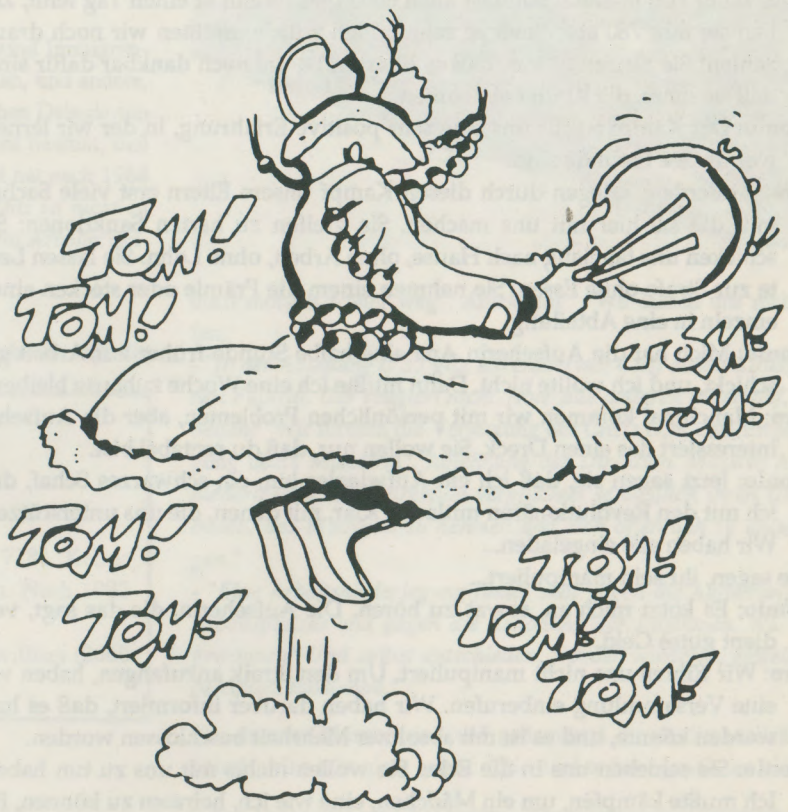
1 der bürgerlich-nationalistischen Partei PNV nahestehende Gewerkschaft

2 links-nationalistische Gewerkschaft, Herri Batasuna nahe, Mitglied in KAS

3 steht EMK, der "Kommunistischen Bewegung Euskadi" nahe

4 Zer Egin, Nr.284, Mai 90

5 Zahlen nach INEM, Bundesanstalt für Arbeit, Mai 1990



Streik

... gegen die Behindertenwerkstatt

Die Behindertenwerkstatt Tasubinsa im baskischen Tudela produziert für Multis wie SKF und Sanyo. 126 sogenannte Psychisch Behinderte arbeiten dort für minimale Löhne. Davon wird ihnen noch ein Teil für Essen und Transport abgezogen. Als dieses Jahr der Verpflegungssatz mehr steigt, als die Löhne, fangen die ArbeiterInnen an, sich zu wehren.

Sie boykottieren die Kantine und den firmeneigenen Transport, sammeln tausende von Unterschriften, organisieren Demonstrationen und eine Protestaktion in Pamplona, wo die Provinzregierung einen Preis für soziale Integration von Behinderten verleiht.

Am 7. Mai 90 treten sie in den Streik. Sie organisieren eine eigene Streikkasse, Streikposten, und halten sich hauptsächlich auf einem Platz in der Stadt auf, wo sie täglich den Verkehr blockieren. Sie müssen nicht nur die Auseinandersetzungen mit ihren Chefs aushalten, sondern auch die Skepsis vieler Leute gegenüber Behinderten.

Die Zeitschrift *Zer Egin?* hat StreikaktivistInnen und Angehörige interviewt.

D.: Mein Sohn verdient 6000 Peseten (ca. 90 Mark). Zieh davon noch 3000 für Transport und Essen ab, dann weißt du Bescheid.

C.: Der Lohn von meinem Sohn ist auch 6000 ptas. Wenn er einen Tag fehlt, ziehen sie ihm 780 ab. Wenn er zehn fehlen würde, müßten wir noch draufzahlen! Sie nutzen es aus, daß es Eltern gibt, die noch dankbar dafür sind, daß sie ihnen die Kinder abnehmen.

Antonio: Der Kampf ist für uns eine sehr positive Erfahrung, in der wir lernen, wer unsere Freunde sind.

Pedro: Außerdem kriegen durch diesen Kampf unsere Eltern erst viele Sachen mit, die sie hier mit uns machen. Sie greifen zu harten Sanktionen: Sie schicken uns tagelang nach Hause, ohne Arbeit, ohne Lohn. Sie lassen Leute zur Strafe ohne Essen. Sie nehmen einem die Prämie oder stecken einen einzeln in eine Abteilung.

Antonio: Mich hat die Aufseherin Ana eine halbe Stunde früher zur Arbeit geschickt, und ich wollte nicht. Dann mußte ich eine Woche zuhause bleiben.

Pedro: Manchmal kommen wir mit persönlichen Problemen, aber die Aufseher interessiert das einen Dreck. Sie wollen nur, daß du rentabel bist.

Antonio: Jetzt sagen sie, daß ich ein Aufwiegler bin, ein schwarzes Schaf, daß ich mit den Revolutionären mitlaufe. Klar, mit denen, die uns unterstützen. Wir haben alle eingeladen...

F: Sie sagen, ihr seid manipuliert...

Antonio: Es kotzt mich an, sowas zu hören. Die Aufseherin, die das sagt, verdient gutes Geld.

Pedro: Wir fühlen uns nicht manipuliert. Um den Streik anzufangen, haben wir eine Versammlung einberufen. Wir haben darüber informiert, daß es hart werden könnte, und es ist mit absoluter Mehrheit beschlossen worden.

Antonio: Sie schieben uns in die Ecke. Sie wollen nichts mit uns zu tun haben. Ich mußte kämpfen, um ein Mädchen, eine wie ich, heiraten zu können, für alles.

Pedro: Es gibt mehr Verrückte draußen als drinnen.

Chausson Gennevilliers

ZWISCHEN ZWEI STREIKS

Folgenden Artikel haben wir aus der französischen Zeitung 'Rouge'. Es geht um die Automobilfabrik Chausson in Gennevilliers bei Paris, die mehrmals Schauplatz von Streiks gewesen ist. 'Zwischen zwei Streiks' erzählt, wie sich die Arbeiter im alltäglichen Kampf die Macht erobern, die in den Streiks ihren spektakulären Ausdruck findet. Er zeigt allerdings auch die Grenzen dieser Arbeitermacht.

Seit 1968 haben drei große Streiks mit nationaler Auswirkung die Chausson-Fabriken von Gennevilliers[1] lahmgelegt: 1975, 1983 und 1988. Die Mehrheit der Arbeiter in der Fabrik hat mindestens zwei davon, oft alle drei erlebt. Jeder dieser Streiks hat ein bißchen eine zündende Rolle im sozialen Klima gespielt. 1983 war es der Streikzyklus der angelernten Arbeiter[2] im Automobilsektor; 1988 ist es im privaten Sektor das Signal einer Reihe von harten Streiks mit hohen Lohnforderungen.

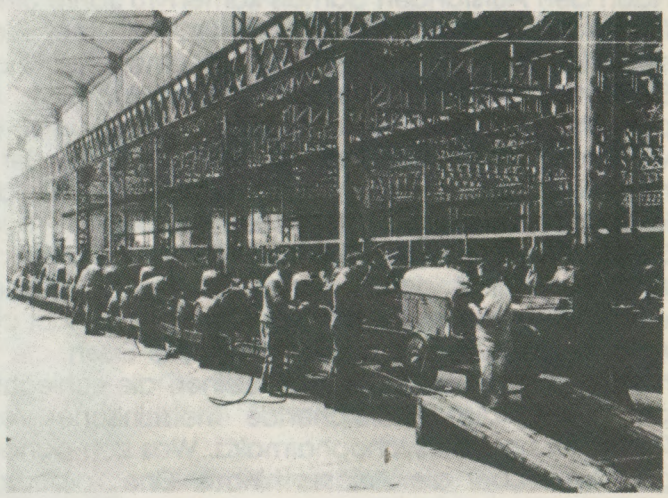
Aber was nicht bekannt ist, ist das Gefühl der Chausson-Arbeiter von ihrer kollektiven Macht - zwischen zwei Streiks: was in der Fabrik passiert, bevor man den Tag in Angriff nimmt, oder in der Freizeit. Das ist die Arbeiterbewegung, die sich jeden Tag bildet und sich von tausend Akten des Widerstands, des Ungehorsams und der Solidarität nährt.

Ein einmaliges Beispiel im Automobilsektor

Zwei Drittel der Produktionsarbeiter von Chausson sind Immigranten. Die, die wir getroffen haben, Rachid, Abdel, Salah, und andere, französische Gewerkschafter, sind zuerst die natürlichen Delegierten der "kleinen Kämpfe" der Fabrik. Ihnen ist sehr wohl bewußt, daß sie ein "Sonderfall" im Automobilsektor sind. Rachid hat nach 1968 in Billancourt[3] malocht. Er bestätigt es ganz klar: "*Das ist nicht zu vergleichen. Hier ist ein Klima der Freiheit*". Eroberte Arbeiterfreiheit, versteht sich...

Einige Beispiele:

- "*In der Lackiererei erhöht ein neuer Chef den Takt. Er ruft die Kollegen an, die sich krankgemeldet haben. Alle 70 Arbeiter legen sofort für eine Stunde die Arbeit nieder. Sie verfassen eine Petition, in der sie den Stopp dieser Praktiken oder die Versetzung des Chefs fordern. Der Chef ist bereit, ihnen den Arbeitsausfall zu bezahlen, wenn die Rhythmen eingehalten werden. Kollektive Ablehnung. Die Geschäftsleitung gibt nach.*"
- "*Wieder in der Lackiererei: ein hoher Direktor soll gegen 15.15 Uhr die Abteilung besichtigen. Die normale Schicht endet um 16 Uhr, aber eine Stunde vorher arbeitet niemand mehr. Der Chef fleht sie an:* "Macht es wenigstens heute". *Kommt nicht in Frage!* "Ihr dürft morgen früher weg". *Ablehnung:* "Wir lassen uns nicht kaufen."



- "*In der Abteilung C 35 gibt ein entnervter Chef einem Kollegen einen Fußtritt. Der reagiert nicht. Aber alle anderen hören auf, zu arbeiten:* "Wir fordern die Versetzung des Chefs oder eine Entschuldigung übers Mikrofon". *Ablehnung der Direktion. Massive Arbeitsniederlegung. Die Direktion verpflichtet schließlich ihren Untergebenen, das Mikrofon zu nehmen und sich öffentlich zu entschuldigen.*"
- "*Eine Arbeitsniederlegung findet statt gegen die Aufhebung eines Arbeitsplatzes und gegen die Erhöhung der Rhythmen. Wir haben gewonnen! Und selbst entschieden, wo der wiederhergestellte Arbeitsplatz hinkommt.*"

Die unteren Meister sind tief gedemütigt durch dieses Kräfteverhältnis. Man hört nicht selten: "*Die Araber kommandieren hier*".

Eines Tages tönt ein Chef herum: "*Man sollte alle Ausländer auf ein Schiff sperren.*" Demo zur Direktion: "*Mit diesem Chef da arbeiten wir nicht.*" Die Direktion sucht Ausflüchte. Die Demo geht durch

Chausson in Zahlen

* Produktion: Nutzfahrzeuge
* Aktionäre: 49% Renault, 49% PSA
* 1973: 16183 Beschäftigte in 16 Fabriken; 1988 7781. Keiner der beiden Aktionäre hat einen Ent-wicklungsplan. Nach 1992 ist kein Fahrzeug mehr vorgesehen.
* Heute gibt es noch zwei wichtige Werke: Gennevilliers (2660 Beschäftigte), Creil (weniger als 3000)

---

1 *siehe auch WC 45, den Artikel über SNECMA*

2 *siehe Peugeot-Artikel WC 48/49*

3 *Renault-Werk bei Paris*

Wer hat sie nicht gesehen, diese Bilder in der Glotze: die Gefangenen auf dem Dach, auf diesem Knast in England, den sie schon halb zerstört hatten. Sie oben, mit Gitarre, in Decken gehüllt, und unten dies unbewegliche, starre Bullenheer, das in Deckung gegangen ist vor den Steinwürfen von oben.
Das war vor einem halben Jahr, und es war nicht die erste Knastrevolte in diesen Zeiten. Und vor allem nicht die letzte. Jetzt vergeht keine Woche ohne die Meldungen von neuen Aufständen in den Gefängnissen, von Dachbesteigungen, Meutereien, von Hungerstreiks und Bambule. Manchmal werden Beobachtungsstationen entglast, manchmal das ganze Mobiliar zerschlagen, und neulich in England gabs zerstörte, durchbrochene Mauern in den Knästen.
Ohne Übertreibung kann man sagen, daß nach 15 Jahren Stillstand die größte Gefangenenbewegung seit Beginn des sogenannten Reformstrafvollzugs begonnen hat. Anfang der 70er ging schon mal ein solcher Ruck durch die Knäste, der die Mauern erschütterte. Ob in Paris oder New York, in Attica oder in Santa Fu: in den Knästen tobte es gewaltig. Die Herrschenden, die Bullen, die Politiker und das Kapital hatten damals draußen auf der Straße, in den Betrieben und eben auch in den Knästen schlicht die Kontrolle verloren. Das war ein Aufbruch ohnegleichen, "Reißt die Mauern ein" und "Keine Macht für Niemand".
Nach den Aufständen damals kamen 15 Jahre Stillstand, mit Reformen und Hochsicherheitstrakten, mit mehr oder weniger schweigender Anpassung an das erneuerte Knastsystem. Die Schikanen waren nicht weg, der Einschluß blieb, es kamen ein paar Psychologen und Sozialarbeiter hinzu - und: es blieb ruhig, verdammt ruhig die ganze Zeit. Und diese Zeit der langen Friedhofsruhe ist nun vorbei. Ständig gab es neue Meldungen in den letzten Wochen, so von der neuen Bambule in Preungesheim und Straubing in den letzten Tagen. In Frankreich und Spanien kam es zu neuen Aufständen, in Jugoslawien und Polen ebenfalls, und wer weiß, wo noch, die Zeitungen bringen ja nicht alles.
Anlässe gibt es haufenweise: das miese Essen, die ungleiche Behandlung, die Bestrafungen Einzelner, die schlechte Entlohnung der Arbeit, die unzureichende medizinische Versorgung, die Ruhigstellung mit Psychopharmaka. Was sich danach entwickelt, geht weit über die Anlässe hinaus. Eine Forderung kommt zur nächsten, und in der Bambule entstehen neue, lebendige Beziehungen unter vielen Gefangenen. Durch Verhandlungen oder durch die Bulleneinsätze wird das ganze dann abgebrochen - aber nur vorerst, bis es wieder losgeht, siehe Straubing, siehe Knäste in Frankreich und und und... .
Das ist eine ganz bestimmte Erfahrung: wie in den letzten Monaten das Verhältnis Gefangene-Schließer kippt. Mit einem Mal haben die Schließer, die Gefängnisdirektiren, die Betreuer Angst bekommen. Mit ihrer eigenen Sicherheit ist es vorbei. Und für die Gefangenen wird das Unvorstellbare machbar, die Ordnung der Schließer und Bewacher entpuppt sich schon bei den ersten kleinen Aktionen als wackelig.
Es wäre sicher verfrüht, von einer neuen Gefangenenbewegung zu sprechen, die sich durch alle Länder zieht. Denn wo sind die Organisationen, die Kommitees, die geplanten Attacken? Das gibts ja nicht, nicht mal ansatzweise. Ihre Stärke beziehen diese Aufstände gerade daraus, daß sie keine Rädelsführer haben, keine Parteiveranstaltungen sind, daß die Gefangenen auf ihre eigene Macht bauen müssen. Und die entwickelt sich, die Macht von unten, gegen die Schließer und Verwalter des Knast-Unwesens, es entsteht ein Bewußtsein von der eigenen Stärke und von

der Brüchigkeit der Knastmauern. Eine solche Gefangenenbewegung ist dann tausendmal stärker als eine angezettelte, von Parteien und Verhandlern kontrollierte Bewegung. Da muß nichts von außen gesteuert werden.
Merkwürdig bleibt nur eines: die Linke draußen, die sich in den letzten Monaten sowieso nur mit Katzenjammer und Selbstmitleid beschäftigt, hat ihr Wahrnehmungsvermögen verloren. Da laufen seit 15 Jahren die ersten großen Aufstände wieder, sogar im eigenen Land, vor der Haustür sozusagen, aber nur die wenigsten bemerken das. Eine Linke, die sich verbarrikadiert, ihren Besitzstand wahrt und gar nicht mehr Ausschau hält nach Signalen des Umbruchs und neuen Hoffnungsträgern, ist sowieso keine Linke mehr.
Wir brauchen was anderes: denn wenn es drinnen diese Aufstände gibt, und die häufig unsichtbaren verschwiegenen Kämpfe, die jetzt ihre deutlichen Zeichen setzen, dann gibt es mit Sicherheit Ähnliches auch draussen. Wenn auch die Mauern trennen - die Kämpfe verbinden, stoßen an, deuten hin auf großen Krach auch draußen. Auch wenn die Regierung und das Kapital jetzt so tun, als hätten sie allein die Initiative und das Sagen gepachtet und könnten mit Verlegungen die Knastrevolten in den Griff kriegen - es ist Wind aufgekommen, und die Funken, die es gibt, die können einen Steppenbrand entfachen.

(Radio Bambule Westberlin, 13.8.90)

Die nächste Knastsendung ist am 10.9. Wer die Manuskripte zugeschickt haben möchte, wende sich bitte an SISINA Berlin.

die ganze Fabrik. "*Aber die verängstigte Direktion kommt zu uns auf den Hof. Der Chef war versetzt. Wir hatten gewonnen.*"

Salah faßt die Situation so zusammen: "*Die Arbeiter haben die Gewerkschaftsorganisationen gewissermaßen überholt. Wenn irgendetwas nicht läuft, hören sie auf, bevor auch nur die Delegierten intervenieren. Manchmal wendet sich selbst der Chef der Abteilung an den Delegierten:* "Hören Sie mal, versuchen Sie doch, dieses Problem zu regeln!"

Wie läßt sich dieses recht außergewöhnliche Klima erklären, vor allem, wenn man es mit dem Klima in anderen Automobilfabriken wie Peugeot, Sochaux oder Mulhouse vergleicht?

Es handelt sich um das Ergebnis einer langen Geschichte, in der sich die berühmte Vergangenheit der Fabrik (einer sehr alten KP-Bastion), und dann die offene Krise der Vorherrschaft der KPF im Jahr 1984 miteinander verflechten. Dazu kommt das besondere Verhältnis der Immigranten zum Fabrikleben und ein Kapital angehäufter Erfahrungen: ein Arbeiter bei Chausson ist oft länger als 20 Jahre im Betrieb. Diese lange Betriebszugehörigkeit, die oft ein Handicap in den Betrieben ist (keine Einstellung von Jungen mehr), kann manchmal zu einem Trumpf werden beim langsamen Heranreifen einer solidarischen Arbeitermacht.

Ihr Leben ist in der Fabrik

Wie Bernard Massera, Aktivist der sozialistischen Gewerkschaft CFDT, sagt,"*haben die Immigranten einen wirklichen Kollektivsinn. Sie haben eine Lebensweise in der Fabrik und um die Fabrik herum geschaffen. Manche sind 20, 25, 30 Jahre auf Maloche. Sie sind in den 60ern oder Anfang der 70er angekommen. Die meisten sind unverheiratet. Sie leben in Wohnheimen in der Nähe der Fabrik, wo sie sich zu zweit in 9 qm-Zimmern zusammendrängen. Das Wohnheim ist ihr Bett, aber ihr Leben ist in der Fabrik. Sie ist ein bißchen ihr Zuhause. Sie gehen zu Fuß hin. Oft sind sie schon eine dreiviertel Stunde vor Beginn der Nachtschicht im Pausenraum oder auf den Bänken, trinken Tee, spielen Dame. Vieles wird da diskutiert und reift heran. Zum Beipiel während des 88er Streiks war die Nachtschicht sehr schlaff. Sie haben daher beschlossen, sie zu ersetzen, um die Kampfstärke wiederherzustellen, selbst wenn sie 3 Schichten durcharbeiten mußten.*"

In den Abteilungen der Facharbeiter, wo die Franzosen dominieren, findet das Fabrikleben Verlängerung nach draußen. Salah erklärt, daß "*in der zentralen Instandhaltung die Mechaniker die Macht über die Meister haben. Aber sie kennen sich gut. Die Brüderlichkeit geht außerhalb der Fabrik weiter. Die Kumpel treffen sich in der gemeinsamen Freizeit, in der Theatergruppe des Betriebsrats (ein Dutzend), bei Ausflügen in die Berge oder im Videoclub.*"

Die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft gipfelt Ende 83 bei Talbot. Abdel erzählt: "*Ich war zum Weihnachtsessen bei Talbot. Wir waren bei der CGT und riefen die Kollegen von Talbot dazu auf, Streikkomitees zu bilden, wie wir es Anfang des Jahres bei Chausson gemacht hatten.*" Der Gewerkschaftsapparat vor Ort reagierte sofort heftig: "*Was haben die Kollegen von Chausson hier zu suchen?*"

Nach dem Streik wird die Hexenjagd eröffnet. Francois erzählt: "*Wir waren in der Abteilung in der Mehrheit. Die Stalinisten wollen Namen bei den Delegiertenwahlen durchstreichen. In der Walzerei wird eine Abteilungsversammlung einberufen. 10 Minuten vorher trommeln wir die ganze Belegschaft zusammen und machen eine Demo. Gegen die CGT-Führung! Wir waren 150, die riefen:* "Wir wollen unsere Delegierten!" *Die Stalinisten antworteten, daß sie lieber eine kleine CGT ohne uns, als eine große CGT mit uns wollten. Sie hatten nicht einmal 1983 gestreikt. Ende 1984 treten wir in die CFDT über, die bei den Wahlen an die Spitze klettert.*"

Keine Perspektiven mehr

Man darf sich jedoch nicht darüber hinwegtäuschen: Die permanente Kampfbereitschaft wird nicht durch irgendein Projekt oder irgendeine Hoffnung auf radikale Veränderung der Gesellschaft aufrechterhalten. Rachid bestätigt dies ohne Umschweife: "*Es gibt keine Perspektive mehr. Ganz klar, die Kumpels sind links, aber sie sind weder für Mitterand, noch für sonst jemand.*

47 Arbeitsniederlegungen in 15 Monaten!

Eine Untersuchung im Blatt der Gewerkschaft CFDT beschreibt nicht weniger als 47 Arbeitsniederlegungen zwischen Januar 89 und April 90! Diese Streiks beziehen einige Dutzend bis zu 700, 800 Personen ein: Abteilungsstreiks wegen der Arbeitsrhythmen und der Arbeitsbedingungen, Antworten auf Beleidigungen durch den Chef, Löhne, Einstufungen, Unterstützung für die Befristeten. Während des Streiks bei Peugeot haben gemeinsame Arbeitsniederlegungen von CFDT und CGT wegen des Lohns ein weiteres getan. Bei den Facharbeitern der Instandsetzung gab es Ende 89 eine quasi selbstorganisierte Bewegung. Im April 90 zählt man eine Arbeitsniederlegung in der Lackierei, eine in der RoboterAbteilung, eine im Unterbau, eine allgemeine gewerkschaftliche Arbeitsniederlegung, eine Bewegung bei den Staplerfahrern, eine andere in der Walzerei H, und schließlich bei den Pressen.

Sie sehen das Alltägliche, das Fließband. Sie sehen, was sie vor Augen haben. Das ist alles." Und er fügt hinzu: "*Die Ideologie hat einen Horror vor der Leere.*" Das ist der Grund, warum 98% der Immigranten den Ramadan praktizieren. Dem Unternehmer ist ein spezieller Schichtplan für den Ramadan abverlangt worden. Aber selbst diejenigen, die sich vorher von jeder Religion gelöst hatten, kehren zu ihr ohne Erklärung zurück. Zum großen Erstaunen der Franzosen, die sie kennen. "*Aber dieser kulturelle Rückzug*", versichert B.Massera, "*hat keinerlei Nachlassen der Kampfbereitschaft zur Folge.*"

Die Arbeiter wissen, daß die Fabrik geopfert worden ist. Ein ausserordentliches Unternehmenskomitee wird am 30.Mai zusammengerufen und soll Maßnahmen ankündigen, die für die Beschäftigung katastrophal sind. Bis dahin "hat die klassische Erpressung mit der Produktivität, um die Beschäftigung zu retten, nie funktioniert. Die Arbeiter sagen sich: "*Im Moment brauchen sie ihr Auto. Also kämpfen wir.*"

Kritik am Artikel "Neue Organisationsformen des Kapitals" in Nr. 51

Mensch kann über diesen Artikel ruhig sagen: das Thema ist gut gewählt, aber die Ausführung ist schwach. Mit anderen Worten: gute Jagd, schlechter Schuß. Erstens: die Überschrift "Nicht jammern, untersuchen" ist nicht gerade revolutionär. Richtiger wäre: "Untersuchen und Kampfmöglichkeiten finden". Zweitens: Im Artikel fehlt die Geschichte des Klassenkampfs, also gerade das, was das Kapital zu seinen Maßnahmen zwingt.

Zu 1): Sollen wir unsere Artikel (oder auch die ganze Wildcat) an die ArbeiterInnen richten, oder sind sie nur Diskussionsmaterial für die Revolutionäre? Sollen wir unsere Thesen, Untersuchungen usw. schreiben - und die ArbeiterInnen dann die Kampfmöglichkeiten finden?

Also wenn die ArbeiterInnen immer gemeinsame Kampfmöglichkeiten finden könnten, würden wir schon längst im Kommunismus leben. Klassenkampf gibt es jeden Tag und in jedem Betrieb. Aber dieser spontane Kampf ist zur Zeit sehr schwach. Und in der Gesellschaft gibt es wenig Möglichkeiten: die Mieten, die Kredite, den Sprit fürs Auto - alles mußt du bezahlen. Das Arbeitsamt zwingt dir wieder eine andere Arbeit auf, dort mußt du wieder von vorne beginnen.

Obwohl die Gesetze der Herrschenden ganz scharf die Arbeitsverweigerung im Betrieb verbieten (sie ist Grund zur fristlosen Kündigung), kommt es in letzter Zeit in den Betrieben manchmal auch zu kollektiver Arbeitsverweigerung. Dann versuchen beide, UnternehmervertreterInnen und Betriebsrat, davon abzulenken: "Wir wissen, daß das keine Arbeitsverweigerung war, ihr habt viele Probleme und wolltet euch gerade beschweren...". Der Protest geht oft ins Leere.

Deshalb haben die ArbeiterInnen eine schwache Methode der individuellen Verweigerung gefunden: sie melden sich krank. Das hat allmählich das kollektive Bewußtsein abgebaut. Ich glaube, zur Zeit versuchen in vielen Betrieben die ArbeiterInnen, Widerstand zu leisten. Sie wissen im Moment nicht, was die Zukunft bringt und wie sie kämpfen können. In diesem Sinne sollten wir auch vor allem alle kollektiven Kampfmöglichkeiten untersuchen.

Wir müssen uns also fragen: warum will das Kapital in Deutschland zur Zeit eine neue Organisationsform der Arbeit (Gruppenarbeit und Just-in-time) durchsetzen? Das Kapital versucht immer dann neue Formen einzuführen, wenn die alten die ArbeiterInnen nicht mehr unter Kontrolle halten können. Also gibt es in Deutschland einen Kampf gegen die Arbeit, der das Kapital stört. Die Leute wollen nicht arbeiten, sondern mehr Geld; das heißt, mehr Lebensqualität, Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Lage. Die entscheidende Frage im Klassenkampf ist, ob dieses Bedürfnis der ArbeiterInnen nach einem besseren Leben sich in noch mehr Überstunden und noch mehr Schichtarbeit übersetzt - oder in offenen, gemeinsamen Kampf gegen die Arbeit umschlägt.

Zu 2): Der Artikel nimmt für die Gruppenarbeit nur Beispiele aus amerikanischen Betrieben. Aber in jedem Land gibt es andere Voraussetzungen für die Gruppenarbeit. Die japanischen Kapitalisten z. B. führten die Gruppenarbeit im Rahmen einer kaiserlichen Kultur ein. Die amerikanischen Kapitalisten vereinzeln die ArbeiterInnen: jedeR arbeitet nur für sich und schert sich nicht um das Produkt. Allein der gesellschaftliche Druck (Arbeitslosigkeit) zwingt die ArbeiterInnen zur Zusammenarbeit und dazu, Verantwortung für das Produkt zu übernehmen.

Die Gesellschaft in der BRD ist wieder anders aufgebaut: Der Sozialstaat gibt nicht nur die Peitsche, sondern auch Zuckerbrot. Die Kapitalisten in Deutschland versuchen, das amerikanische Gesellschaftsmodell der Vereinzelung einzuführen: Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz haben sie unsere Bedingungen verschärft. Aber das bringt nicht mehr Produktivität in der Produktion. Im Gegenteil fliehen immer mehr ArbeiterInnen aus der Produktion. Die Unternehmer haben die individuelle Arbeitsverweigerung nicht lösen können. Und es gibt auch immer wieder ArbeiterInnenwiderstand.

Unter diesen Bedingungen wollen sie in der BRD Teamarbeit einführen. D.h. das ganze Team bekommt für eine bestimmte Arbeit insgesamt eine bestimmte Lohnsumme, die um 6% höher liegt als der bisherige Lohn. Die ArbeiterInnen teilen die Arbeit selbst unter sich auf. Wenn eineR fehlt und esetzt werden muß, wird die Lohnsumme auf eine Person mehr verteilt. Ebenso hat die Qualität Einfluß auf den Lohn: notwendige Nacharbeit bringt Lohnabzüge. Jedes Team hat bestimmte Möglichkeiten: die Vormontage kann einen Verbesserungsvorschlag z.B. für die Endmontage als Team machen. Wird er angenommen, bekommt das Team einen höheren Anteil an der gesamten Lohnsumme. Es gibt einen Krieg des einen Teams gegen das andere Team und innerhalb des Teams unter den einzelnen ArbeiterInnen: der krankgeschriebene Kollege ist ein schlechter Kollege, weil wegen ihm das ganze Team weniger Geld verdient. Das gilt auch für langsamarbeitende Kollegen. Das Kapital erwartet, damit die Flucht aus der Arbeit zu stoppen. Aber ein paar Fragen sind ungelöst: 1) das ganze Team könnte menschliche Beziehungen aufbauen und enger zusammenhalten; 2) ein Team könnte für einen höheren Anteil streiken; 3) die persönliche Verweigerung könnte sich auf das ganze Team ausdehnen. Dies sind Überlegungen der Kapitalisten, aber gleichzeitig Kampfmöglichkeiten.

Auf Just-in-time-Produktion möchte ich nicht eingehen, die ist im Artikel gut dargestellt.

Ich wollte nur den FabrikarbeiterInnen vorschlagen, Kontakt zu den TransportarbeiterInnen aufzunehmen. Im richtigen Moment könnte ein einziger Transportarbeiter eine große Störung auslösen - und durch eine kleine Verzögerung einen kollektiven Protest wirksam unterstützen.

ein Fabrikarbeiter aus Berlin

Der folgende Artikel zu den Klassenkämpfen in der DDR entspricht eigentlich noch nicht unseren Vorstellungen. Viel zu sehr bleibt er noch gefangen im Nachzeichnen der Kapitalstrategie, und viel zu wenig kann er die Geschichte von den ArbeiterInnen ausgehend entwickeln. Wir wollen diese ersten, mehr grundlegenden Überlegungen zur DDR trotzdem veröffentlichen, weil sie schon deutlich machen, daß jenseits des Gejammers über Wiedervereinigung und Einverleibung, die Grundlage aller Schritte zur Vereinigung der Klassenkampf war. Die Politiker und die Wirtschaft mußten ständig ihre Vorstellungen korrigieren, und bei diesem Hinterherlaufen werden die politischen Aktionen immer gefährlicher. Die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und zwischen den Managern spiegeln die Gefahren dieses Vabanque-Spiels indirekt aber deutlich wider.
Wir denken, dieses Papier kann trotz seiner Unreife eine Basis für die weiteren Diskussionen sein. Trotz aller Mängel eines Papiers aus dem Sommerloch, wer diskutiert schon daran mit, wenn alle die heiße Stadt verlassen, sind es keine Spekulationen, es bewegt sich ausschließlich und dicht an den Fakten.

Klassenkämpfe in der DDR

und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse im vereinigten Deutschland

Was in der DDR gerade passiert, sieht auf den ersten Blick recht widersprüchlich aus. Da wird einerseits von einem Wirtschaftswachstum von seit Jahrzehnten nicht mehr erlebten Ausmaßen gesprochen, andererseits standen Ende Juli so ziemlich sämtliche DDR-Betriebe vor dem Bankrott. Da wird etwas von "Wohlstandsschub" erzählt, und auf der anderen Seite stellen Arbeiter und Arbeiterinnen fest, daß die von ihnen durchgesetzten Lohnerhöhungen von den Preiserhöhungen innerhalb eines Monats mehr als aufgesogen wurden.
Die scheinbare Widersprüchlichkeit rührt daher, daß das Westdeutsche Kapital in der DDR auf beträchtliche Schwierigkeiten stößt, die Arbeiterkämpfe in ein neues "Entwicklungsmodell Deutschland" einzubauen. Mehrmals zwangen die Kämpfe auf der Straße wie in den Betrieben das Kapital dazu, seine taktischen Linien zu ändern.

Was von der sogenannten "Linken" an Analyse kam, lief häufig Gefahr, die Propaganda des Kapitals wiederzukäuen. Vieles blieb da zwischen "neuer Massenarmut" und "lebensbedrohendem Faschismus", der nur noch "militärisch zu lösen ist" stecken. Der folgende Text geht von der These aus, daß das "Kapitalprojekt DDR" in erster Linie einen Neuzusammensetzungsprozeß breiter Teile der Arbeiterklasse in riesiger Dimension bedeuten wird. Die beiden Zentren dieser Neuzusammensetzung werden der Großraum Berlin und das Zonenrandgebiet sein. Deutschland wird zu einem "Einwanderungsland" vergleichbar mit der USA ...

I.Teil

Als im November Millionen in der DDR klarmachten, daß ihnen das Leben, das sie bislang geführt hatten, nicht mehr paßt, war da zunächst nicht vielmehr als ein riesiger Berg von Ansprüchen: das und das muß jetzt her, diese und jene Bedingungen laufen nicht mehr. Die gesamte Bewegung richtete sich hauptsächlich gegen Repression, Gängelung, ferner gegen Umweltbedingungen und ganz allumfassend: für mehr Anteil und Genuß an und von dem, was überall auf der Welt, und vor allem im Westen, so produziert wird.
Sofort gingen die Kapitalisten daran sich auszurechnen, in wieviel Profit dieser Unmut umgesetzt werden könnte, wenn alle Montagsdemonstranten erstmal in Ablegern von BRD-Fabriken für den "großen Wohlstand" ackern. Für "hochmotivierte Ranklotzer" "den Mund wässrig von der Glotzenreklame" wären die Unternehmer auch bereit, einen höheren Lohn zu zahlen, mehr Geld also für wesentlich mehr Arbeit. Die Kapitalistenträume waren schnell ausgeträumt.

Im Dezember '89 waren sich Politiker wie Unternehmer noch weitgehend einig gewesen, daß es bei der Umstrukturierung der DDR Wirtschaft "keine Friktionen geben soll" (Kohl). Es wurde von einem Entwicklungskonzept ausgegangen, das nach und nach gegen die Arbeiterklasse in der DDR mehr Produktivität durchsetzen sollte: Umschichtungen der Arbeiter und Arbeiterinnen auf "rentable Sektoren", geringe Arbeitslosigkeit, langsames Anlernen an neuen Maschinen und damit langsame Intensivierung der Arbeit. Politiker gingen von einem "friedlichen Übergang in die Marktwirtschaft" aus. Sie unterstellten damit die Bereitschaft der MalocherInnen in der DDR, für ein Mehr an Konsum auch

beträchtlich mehr zu arbeiten und vor allem, in der Phase des Übergangs die Ansprüche auf diesen Konsum erstmal zurückzuschrauben. Das hätte bedeutet, daß die Löhne zunächst langsamer steigen sollten, als die Intensität der Arbeit und daß die Löhne wesentlich niedriger lägen als die in der BRD.

In dieser Phase dachten die Kapitalstrategen erstmal noch gar nicht an "Wiedervereinigung" und "einig Vaterland". Der ganze Nationalismus sollte erst später, bei dem im Januar beträchtlich geänderten Vorgehen des Kapitals eine Rolle spielen.
Eine langsame Kapitalisierung der DDR hätte das BRD-Kapital auch unter einer sozialistischen Regierung durchgezogen, wenn diese in der Lage gewesen wäre, "eine breite Akzeptanz" innerhalb der Arbeiterklasse für diesen kapitalistischen Umbau der DDR zu schaffen.
Genau aber das gelang weder der SED noch den Bürgerbewegungen in der DDR. Sie konnten bei Arbeitern und Arbeiterinnen weder Verständnis für den Abbau der Subventionen von Lebensmitteln und Mieten bei niedrig gehaltenen Löhnen wecken, noch für eine Intensivierung der Arbeit in den Betrieben. Das aber wären die zentralen ersten Schritte in der Umstrukturierung gewesen, erstens eine Umlenkung von Kapital weg vom Konsum der Arbeiterklasse in die Produktion und zweitens Mehrarbeit in der Produktion zunächst hauptsächlich durch Verbesserung des Materialflusses und einen Feldzug gegen die "Bummelei".

Aber anstatt mehr, arbeiteten die MalocherInnen in der DDR seit Dezember immer weniger. Die "Krise" der DDR-Ökonomie kam mit dem 9.11. erst so richtig in Schwung. Ab November drückten das Arbeitsverhalten in Produktion und Versorgung zusammen mit den weiterhin starken Übersiedlerströmen die niedrige Produktivität vollends in den Keller. "Durch Streiks und langsames Arbeiten wurde allein im Januar die Produktion um 5% gesenkt", so ein Regierungsbeamter am Runden Tisch.
Anfang Januar richtete sich der Haß der Bevölkerung zunächst noch gegen den Repressionsapparat. Hier durfte sie sich ungestört austoben, zumindest solange sich das Ganze im Rahmen des "Protestes" bewegte. Über die Mobilisierung derartiger Proteste versuchten sich die Bürgerbewegungen am Runden Tisch mehr Einfluß zu verschaffen. Auch der Modrow-Regierung kam die Protestiererei ganz gelegen, kanalisierte sie doch vortrefflich den Haß in Bahnen, wo er nicht viel anrichten konnte, und lenkte so von den eigentlichen Problemen ab.
Mit Anwachsen der Militanz im Januar wurde die Opposition gezwungen, die Aufgaben der mehr und mehr zerfallenden und unter Autoritätsverlust leidenden Bullen zu übernehmen. Mit dem Sturm auf die Stasizentrale zwang die Klasse die Oppositionsgruppen in die Staatsraison und die Regierungsverantwortung. Die Mobilisierung breiter Massenproteste erschien den Bürgerbewegungen fortan nur noch in Gestalt von Wahlkampfveranstaltungen opportun.
Die Bewegung hatte jedoch mittlerweile den Charakter von Protesten verlassen und lief allen Oppositionsgruppen, Parteien und Institutionen aus dem Ruder. Die Arbeiterklasse hörte auf, gegen den Schatten der Stasi zu protestieren und begann mit Kämpfen für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen.
Anfang Januar streikten in Ostberlin die Taxifahrer für mehr Geld und die Abschaffung des Leistungslohnsystems. Ähnliche Forderungen stellten auch die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe sowie Transportarbeiter in Suhl auf. Auch die Ostberliner Müllwerker kämpften für die Abschaffung des Leistungslohnsystemes. Mit ihrem Streik setzten sie (zunächst) Lohnerhöhungen zwischen 400 und 600 Mark durch. 400 Mark mehr setzten auch die Arbeiter im Kalibergwerk in Bischofswerder durch. In den Krankenhäusern in Ostberlin wurden 250 Mark mehr durchgesetzt. Vereinzelt streikten auch Arbeiter und Arbeiterinnen in Maschinenbaubetrieben in Gera und Dresden für mehr Lohn.

Die Ereignisse im Januar hatten Signalwirkung für das Kapital in der BRD, sie machten folgendes deutlich:
- Die DDR-Opposition ist in den Bewegungen der Arbeiterklasse nicht verankert, sie hat keinen entscheidenden Einfluß darauf und damit keine Kontrolle über die Arbeiterklasse.
- Bei einer Stagnation der Produktivität im vergangenen Jahr stiegen die Löhne bereits '89 um drei Prozent. Mit den Streiks im Januar '90 waren in einigen Sektoren Forderungen artikuliert worden, die der DDR-Staat schlichtweg nicht mehr zahlen konnte. Laut DDR-Berechnungen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Viertel der DDR-Industriebetriebe die Löhne in die Höhe gedrückt, ohne daß gleichzeitig die Produktivität gesteigert wurde. Eine Gesetzmäßigkeit kapitalistischer Verwertung, wonach Lohnerhöhungen von den Arbeitern und Arbeiterinnen mit mindestens ebenso hoher Steigerung der Arbeitsintensität an neuen Maschinen oder über zusätzliche Arbeitszeit abgeackert werden sollen, war damit erstmal ausgehöhlt.
- Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben nur vereinzelt in einigen Sektoren Initiativen ergriffen, im Gegenzug zu ihren Forderungen mehr Effizienz einzubringen (Zum Teil geschah dies in den Krankenhäusern). Gegen den großen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen aber war eine Durchsetzung höherer Leistung "auf Schwierigkeiten gestoßen", auch bei denen, die ihre Ansprüche nicht in Streiks artikulierten.
- Es gab in den Betrieben keine Institutionen wie Gewerkschaften oder Betriebsräte, die über die Autorität verfügt hätten, Arbeitern und Arbeiterinnen eine Koppelung ihrer Forderungen an eine Produktivitätssteigerung im Sinne von Staat und Kapital "zu vermitteln".

Die ursprüngliche Kapitalkonzeption von der "behutsamen Entwicklung der DDR" machte keinen Sinn mehr, denn die "Friktionen", die damit vermieden werden sollten, waren bereits da. Bei einer derartigen "Explosion der Ansprüche" war "ein langsamer Übergang in die Marktwirtschaft" nicht mehr möglich. Dieser hätte einerseits eine Regierung in de DDR erfordert, die Maßnahmen wie Preiserhöhungen und Einkommenskürzungen breit vermitteln und ohne Druck durchsetzen kann. Diese Regierung war nicht in Sicht, und es war bereits im Februar klar, daß auch die Wahlen im März keine "Akzeptanz" für Umstrukturierungsmaßnahmen bringen würden. Keine Regierung würde die Ansprüche der Arbeiterklasse in der DDR erfüllen können. Jede Regierung wäre also in kürzester Zeit diskreditiert.
Anstatt den Angriff auf die Arbeiterklasse häppchenweise zu führen und mit jeder Teiloffensive Massendemos und Streiks zu riskieren, wurde von den Kapitalstrategen nun der Frontalangriff, alles auf einmal und in voller Härte, anvisiert.

II. Teil

Kapital und Staat der BRD hatten drei Möglichkeiten, die DDR-Ökonomie zu übernehmen:

1. Die Arbeiterklasse in der DDR langsam zu einer Erhöhung der Produktivität zu zwingen, viele Investitionen aus der BRD, vom Bund mit Billigkrediten und Investitionszulagen bezuschußt.
2. Die Einführung fester Wechselkurse zwischen BRD und DDR. Die DDR-Regierung hätte so die Möglichkeit gehabt, den DDR Markt über Manipulationen mit der Währung nach außen abzuschotten. Das hätte für die DDR-Unternehmer einen gewissen Spielraum bedeutet, auf Lohnforderungen der Arbeiterklasse in der DDR einzugehen, ohne auf einem "freien Markt" von Unternehmen, die billiger produzieren, gleich in die Pleite getrieben zu werden.
3. Die Einführung der DM als sofortige Öffnung der DDR für den Weltmarkt, was die DDR-Betriebe vor die Wahl stellt, Kosten zu senken oder pleite zu gehen.

Während die ersten beiden "Wege" darauf abgezielt hätten, die Arbeiterklasse in der DDR langsam innerhalb der Produktion umzuschichten, sorgt die "harte Linie" des gemeinsamen DM-Währungsraumes dafür, daß Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen erstmal aus den Betrieben rausfliegen. Die festen Wechselkurse könnten aber nur einen Rahmen für eine langsame "Entwicklung" der DDR Wirtschaft abgeben, wenn die Lohn- und Einkommensforderungen der Arbeiterklasse in der DDR niedrig gehalten werden könnten. Bei der offensichtlichen Unberechenbarkeit des Klassendrucks in der DDR nahmen Kapitalisten und Politiker in der BRD von der "Entwicklung der DDR" Abschied, da es eher so aussah, daß außer Konsum von der Arbeiterklasse in der DDR in nächster Zeit nicht viel "entwickelt" werden würde.

Unter diesen Bedingungen war das Kapital nicht bereit, die DDR Arbeiterklasse zu verwerten. Stattdessen sollte ihr die Bereitschaft zu einer gesteigerten Produktivität nicht mehr in den Betrieben, sondern über das niedrige Einkommen aus Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld aufgezwungen werden.

Unmittelbar waren die Betriebe seit dem gemeinsamen Währungsraum von einem Tag auf den anderen mit niedrigeren Produktionskosten der BRD-Industrie konfrontiert, was sie zu einer Reduzierung der "Kosten für die Ware Arbeitskraft" zwingen sollte. Die immensen Preissteigerungen, zu denen es nach dem 1.7. kam, lagen nicht so sehr an den Kürzungen der Subventionen. Im Gegenteil, die Preise für verschiedene Konsumgüter wie Textilien und Schuhe waren im Juni nach Streiks in diesen Sektoren noch drastisch gesenkt worden. Der Subventionsabbau wurde so abgefedert.

Die Preissteigerungen rührten vielmehr daher, daß gerade die Konsumgüterindustrie ihre, gemessen an der Kapitallogik der Produktivität, "hohen Löhne" auf die Arbeiterklasse als Konsumenten dieser Waren abzuwälzen versuchte. Die Konsumenten wichen auf die billigeren Einzelhandelsgeschäfte im Westen aus, was die Liquiditätsengpässe der Betriebe vorantrieb und die Steuereinnahmen für den DDR-Staat in die BRD abfließen ließ. Mit verschiedenen Klauseln im Staatsvertrag sollten die DDR-Betriebe finanziell gezielt torpediert werden.

- Die Löhne mußten 1 zu 1 bezahlt werden, während die Betriebsrücklagen über einen Umtausch 1 zu 2 halbiert wurden.
- Die immensen "Schulden" der DDR-Betriebe, die eigentlich nur daher rührten, daß alle Profite der Betriebe vormals an die Staatsbank abgeführt werden mußten und sich umgekehrt die Betriebe bei der Staatsbank für Löhne und Investitionen verschulden mußten, wurden zwar halbiert, waren aber immer noch so hoch, daß das Gros der DDR-Betriebe nach einer DM-Bilanz bankrott ist. Kein westlicher Konzern würde in derart verschuldete Betriebe investieren.
- Die Investitionszulagen des BRD-Wirtschaftsministeriums lagen weit unter denen für BRD Regionen.
- Die DDR-Währungs- und Finanzpolitik wurde auf die BRD übertragen. Die DDR-Regierung hat keine Möglichkeit mehr, Lohn- und Einkommensforderungen der Arbeiterklasse in der DDR ohne Zustimmung des BRD-Staates nachzugeben. Jede höhere Kreditaufnahme wie Vergabe (beispielsweise an Betriebe) muß vom Bonner Finanzministerium genehmigt werden.
- Die Geld- und Kapitalmärkte reagierten prompt, die Zinsen gingen nach oben. Die Verteuerung des Geldes sollte BRD-Staat wie Unternehmen daran hindern, allzu viel Geld aufzunehmen und in die DDR zu pumpen. Sowohl Ausgaben für das DDR Sozialsystem wurden so verteuert, als auch Investitionen in Fabriken in der DDR.

Das ganze zeigte Wirkung. Die meisten der von der BRD-Industrie angekündigten Investitionen in der DDR wurden erstmal fallen gelassen. Auch Daimler und Opel zogen sich erstmal wieder zurück. Opel-Chef Hughes will erstmal die weitere Lohnentwicklung abwarten. Und wenn doch von Westfirmen investiert wird, wie von VW, dann heißt das zunächst, daß die Hälfte bis zwei Drittel der Arbeiter und Arbeiterinnen rausfliegen. Nur Kooperationen zwischen BRD- und DDR-Betrieben, die schon länger laufen oder geplant sind wie im Maschinenbau, werden fortgeführt und ausgebaut.

Anders als bei "herkömmlichen Krisen", bei denen sich das Kapital ein Stück weit aus der Verwertung der Klasse zurückzieht, hat das BRD-Kapital diesen Rückzug bis jetzt anscheinend noch nicht nötig. Der Angriff des Kapitals läuft gegen breite Teile der Arbeiterklasse in der BRD wie der DDR. Die "Krise" in der DDR soll in den Fabriken der BRD als Überstunden und Wochenendarbeit zur "Auslastung der Kapazitäten" abgeackert werden. Der Arbeitskräftebedarf dieses Booms wird mehr über Pendler aus der DDR gedeckt werden. Dafür gibt es dann aber auch spätestens nach der Wahl im Dezember Lohnsenkungen über Steuererhöhungen und weitere Preissteigerungen.

Eine "Angleichung der Lebensstandards" von DDR und BRD stand für das Kapital nicht zur Diskussion. Gerade auf das sogenannte "Wohlstandsgefälle" legt es in nächster Zeit großen Wert, ist es doch ein Hebel, die Arbeiterklasse in Deutschland mobiler zu machen (in diese Richtung funktioniert auch der gleichzeitig auf Hochtouren laufende Boom zur "Versorgung" der DDR).

III. Teil

Zunächst unabhängig von den Gewerkschaften begannen im Juni und Juli erneut verschiedene Streiks, teilweise von denselben Arbeitern und ArbeiterInnen geführt wie fünf Monate vorher. In der Textil- und Bekleidungsindustrie wie in der Schuhindustrie streikten die ArbeiterInnen gegen die Schließung der Betriebe. Mehr als 120 000 MetallarbeiterInnen beteiligten sich an Streiks und Straßenblockaden für höhere Löhne und gegen Betriebsschließungen. Auch diese Aktionen wurden in den Betrieben von ArbeiterInnengruppen organisiert und nicht von gewerkschaftstreuen Betriebsräten die "alles im Griff haben".
Am öffentlichkeitswirksamsten schlugen immer wieder die Bauern zu. Die Währungsunion bedeutet für sie ganz unmittelbar wesentlich mehr Arbeit, da sie das Vieh nicht mehr an den Handel loswerden, weil sie für die BRD-Handelskonzerne "zu teuer" produzieren. Dreimal soviel Bestand wie vor einem Jahr steht in den Ställen und soll versorgt werden. Die Betriebe auf dem Land wiederum getrauen sich bislang nicht, zu Entlassungen überzugehen. Mit ihren Kämpfen setzten die Bauern mehrere Milliarden an Subventionen zur Abnahme ihrer Produkte durch. Das Geld kommt aber nicht an, was wohl hauptsächlich daran liegt, daß der DDR-Staat es nicht hat. Langsam gehen die Bauern dazu über, das Vieh verrecken zu lassen, und sich damit die Arbeit vom Hals zu schaffen.

Die Streiks im Sommer unterscheiden sich aber häufig in ihrem Verlauf und Ergebnis von den Kämpfen im Januar. Am 26.6. traten in Ostberlin erneut die Müllwerker in den Streik. Nach der Öffnung der Mauer hatte sich der Müll in der Stadt verdoppelt. Gleichzeitig sorgten Preiserhöhungen dafür, daß der Lohn immer weniger wurde. Die mit der Regierung Modrow ausgehandelten Lohnerhöhungen wurden vom Magistrat abgelehnt. Dazu kam, daß ab dem 1.7. durch die Einführung von Steuern und Sozialabgaben jeder Müllwerker insgesamt 350 DM weniger in der Tasche haben sollte. Bei einer unabhängig einberufenen Betriebsversammlung wurde der Streik beschlossen. Die hauptsächlichen Forderungen waren eine Anhebung der Löhne auf 70 bis 80% des Lohnes von Westberliner Müllarbeitern und die Erhöhung der Mülltarife für die Industrie. Die Verhandlungen wurden von Leuten aus den Reihen der Arbeiter geführt, "ne Jewerkschaft ham wa keene" so ein Müllwerker, die ÖTV würde den Streik "unterstützen". Am 1.7. sollten die Müllwerker jedoch der ÖTV beitreten. Zwei Tage vor dem Beitritt hat die den Streik für die Kollegen vollkommen unerwartet abgebrochen. Ergebnis: die Erhöhung der Tarife für die Industrie, von denen die Malocher allerdings keinen Pfennig sehen sollten, zumindest nicht als pauschale Lohnerhöhung. Erhöht wurde der Leistungszuschlag, den die Müllwerker in ihrem Streik im Januar noch abschaffen wollten.
Die ÖTV sagte zu, daß erneut über den Lohn verhandelt werden sollte. Aber sie hatte wohl kein Interesse, am 1.7. streikende Müllwerker in ihren Reihen zu begrüßen, denen sie dann, gleichsam als Begrüßungsgeld auch noch Streikgeld hätte zahlen müssen. Sieben Wochen nach Abbruch des Streiks begann die ÖTV mit Tarifverhandlungen, bislang mit markigen Sprüchen und ergebnislos. Die Verhandlungspartner der ÖTV sind jetzt allerdings "die Arbeitgeber aus dem Westen".
Zwar saßen die BRD-Gewerkschaften während des Streiks (noch) nicht direkt mit am Verhandlungstisch, aber das Ergebnis, die Kopplung von mehr Geld an eine Intensivierung der Arbeit, trägt deutlich ihre Handschrift.
Die Gewerkschaften sind jedoch alles andere als in den DDR-Betrieben "verankert", oft existieren sie in den Betrieben überhaupt nicht. In den Textilbetrieben in Thüringen beispielsweise sind die GewerkschaftssekretärInnen gerade dabei, von Betrieb zu Betrieb zu fahren, um zu sehen, wie viele MalocherInnen es denn überhaupt noch gibt. Bei der Informationsbeschaffung sind sie auf alte FDGB-Strukturen angewiesen. Aber auch diese haben keine Basis. Viele Kollegen warten ab, was "der Beitritt" zu BRD bringt, und "irgendwann muß es ja besser werden."

Auch die Kämpfe im Sommer sind von unabhängigen ArbeiterInnengruppen ausgegangen. Die Scheiße fängt da an, wo sich die ArbeiterInnen an Verhandlungstische setzten, wahrscheinlich oft zum ersten Mal in ihrem Leben. Hier dürften sie dann meistens regelrecht über den Tisch gezogen worden zu sein.
Ein weiteres Beispiel hierfür ist der Streik der Kalibergarbeiter im Juli. Ende Juli begannen sie in Bleicherode mit einem Streik gegen die Schließung der Zechen in der Region. Sie besetzten die Zeche und drohten, mit der Blockade zentraler Verkehrsverbindungen die Industrie in der Region lahmzulegen. Bei einer Großdemonstration in Bleicherode wurde dann das "Ergebnis" des Kampfes verkündet, ein vager "Sozialplan für die Region" und Beschäftigung bis Weihnachten.
Die zum großen Teil recht schnellen und nicht gerade sonderlich erfolgreichen Streikabbrüche drücken eher Unerfahrenheit im Verhandlungspoker aus und nicht Resignation. So wie die Arbeiter und Arbeiterinnen die Kämpfe vom Januar wiederaufgenommen hatten, weil sich Löhne und Arbeitsbedingungen noch weiter verschlechterten, werden sie mit den Erfahrungen vom Sommer im Herbst erneut zuschlagen. Die hohe Kampfbereitschaft, die sie im Sommer zeigten, wird sich mit den "Ergebnissen" der Streiks auf längere Sicht nicht zersetzen lassen, zumal Arbeitsbedingungen wie Löhne sich in den nächsten Monaten noch weiter verschlechtern werden.

IV.Teil

Die Preise für Lebensmittel sind im Juli wesentlich schneller gestiegen als die Löhne. Viele MalocherInnen haben sich aber vor der Währungsunion noch einiges aufs Bankkonto getrickst, womit jetzt die Löhne ausgeglichen werden. Eine ganze Reihe läßt sich auf die Kredite der Westbanken zu horrenden Zinsen ein (Deutsche Bank 14%, und es gibt noch teurere). Zu einer weiteren Reallohnsenkung trug auch die Einführung der BRD-Steuern und die Erhöhung der Tarife der Kranken- und Sozialversicherung bei.
In den Betrieben sollten eigentlich, geht es nach dem Willen des BRD-Kapitals, zwei Angriffslinien laufen: einerseits soll in den nächsten Monaten, so BRD-Arbeitgeberpräsident Murmann, die Produktivität über eine Verbesserung des Materialflusses um bis zu 30% gesteigert werden, was eine immense Intensivierung der Arbeit zur Folge hätte. Parallel dazu laufen die kalten Entlassungen über das Kurzarbeitergeld auf Hochtouren. Offiziell sind noch keine 300 000 Leute arbeitslos, zählt man die in Kurzarbeit nach Hause geschickten dazu, sind es aber bereits 1,2 Millionen (bei etwa 8 Millionen Beschäftigten).
Aber offene Massenentlassungen trauen sich die Unternehmer anscheinend nicht, zumindest nicht bei der augenblicklichen Höhe des Arbeitslosengeldes. Die Arbeitgeber in der Metall- und Elektroindustrie stockten zumindest bis zum 30.6. nächsten Jahres das Kurzarbeitsgeld von 63 bzw. 68%, das die Bundesanstalt zahlt, auf 85 bzw. 90% auf. Es geht ihnen darum, die Leute "in Ruhe" aus dem Betrieb rauszukriegen. Bei einem derartigen Einkommen, aufgebessert durch einen Handwerksschwarzjob, läßt sich's erst mal nicht so schlecht leben.
Grundsätzlich scheint es dem Kapital nicht so sehr um die "materielle Peitsche" Arbeitslosigkeit zu gehen. Das erste Ziel ist das Zerreißen der Kampfbereitschaft in den Betrieben, "die Leute aus den Betrieben rausschaffen, auch wenn's mehr Geld kostet".

Die "knallharte Linie", die das BRD-Kapital gegenüber der Arbeiterklasse in der DDR angekündigt hatte, trauen sich Betriebe und Staat in der DDR nicht umzusetzen. Das zeigt sich exemplarisch am Schicksal der sog. *Treuhandanstalt*. Sie wurde zur Auflösung und Privatisierung der Betriebe und Kombinate der DDR gegründet - und wurde in kurzer Zeit zur keynesianischen Pufferungsinstitution, um die Löhne der DDR-Werktätigen weiterzuzahlen:

Der Staat wollte einige "rentable Betriebe" wie die Versorgungsunternehmen veräußern und die anderen Betriebe selbst "sanieren". Eine solchermaßen staatlich gelenkte Industrie- und Regionalpolitik muß viel Wert auf "soziale Verträglichkeit" legen. Außerdem trauten sich die Treuhandverwalter an die "Saniererei" überhaupt nicht ran. Der *Treuhandanstalt* wurden 10 Mrd. DM über den Staatsvertrag zugestanden; mit diesem Geld sollten Kredite an "rentable DDR-Betriebe zu deren Sanierung" vergeben werden. Stattdessen verbürgte die *Treuhandanstalt* allen Betrieben, die darum ersuchten, die Lohnzahlungen und wurde zum Garanten und Bürgen für die Löhne der Arbeiterklasse umfunktioniert.
Tatsächlich hatte der Staatsvertrag, was auch einer seiner Ziele war, die DDR-Betriebe von einem Tag auf den anderen in den Bankrott getrieben. Das bedeutete, daß praktisch kein Unternehmen in der DDR im Juli hätte Löhne zahlen können. Kreditwünsche in Höhe von 23 Mrd. DM waren an die *Treuhandanstalt* herangetragen worden. Diese stellte ihr gesamtes Kreditvolumen, das ihr vom Bonner Finanzministerium für ein halbes Jahr zugedacht worden war, zur Verfügung, und zahlte an jeden DDR-Betrieb pauschal 41% seines Kreditwunsches. Die Betriebe ihrerseits gaben das ganze Geld nur für Löhne aus, Verbindlichkeiten anderen Unternehmen gegenüber wurden kaum gezahlt. Die DDR-Betriebe versuchen sich gegenseitig die Krise zuzuschieben, keiner aber wagt es, die Löhne nicht auszuzahlen. So wird es denn zunächst auch weitergehen. Das ganze folgt einem Konzept der Deutschen Bank, die vorschlug, zumindest für die nächsten drei Monate weiterhin die Löhne zu garantieren, da sonst die Situation in der DDR möglicherweise nicht mehr kontrollierbar sei.

Auch der Subventionsabbau scheint zumindest in einigen Kommunen vom Druck der Arbeiterklasse erstmal gebremst zu werden. In Leipzig beispielsweise fanden seit Ende Juni immer wieder Demonstrationen gegen Preiserhöhungen statt. Beinahe täglich zogen Hunderte von Leuten vor das Rathaus, und forderten, ihre Wohnungen für Niedrigpreise aufkaufen zu können. Die Stadtverwaltung getraute sich bis jetzt wohl noch nicht, die Subventionen für den Nahverkehr oder die Schulspeisungen zu streichen.

V.Teil

Die politische Funktion der Arbeitslosigkeit hat sich in den 80er Jahren gewandelt. "Disziplinierend" im Sinne, daß ArbeiterInnen auch die letzten Drecksjobs nehmen und das für immer weniger Geld, wirkte sie in der BRD nicht mehr. Im Gegenteil, wenn die Jobs mies waren, sorgte ArbeiterIn dafür, daß er/sie rausflog, zog eine Zeitlang Arbeitslosenkohle und suchte sich was anderes, was allerdings seit Mitte der 80er nicht mehr immer besser war. Die Arbeitslosigkeit wurde in Verbindung mit der Ausdehnung von befristeten Jobs und Leiharbeit zu einer Drehscheibe in die verschiedensten Jobs. Sie trug zu einer höheren Mobilität großer Teile der Arbeiterklasse bei.

Die niedrigen Arbeitslosengeldzahlungen in der DDR scheinen bereits jetzt von einer ganzen Reihe von Leuten über Schwarzarbeit aufgebessert zu werden. Allein nach Westberlin pendeln täglich ca. 105 000 Menschen aus der DDR, um dort schwarz zu arbeiten (vor allem in Sektoren wie Bau, Gastronomie, Putzjobs und im Einzelhandel); dazu kommen 45 000, die über Ersatzlohnsteuerkarten legal hier arbeiten. Die Zahl der legalen Pendler aus der DDR wird im nächsten Jahr bereits auf 250 000 steigen, so eine Studie des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung*. (Zum Vergleich: in der gesamten Westberliner Verarbeitenden Industrie arbeiten im Augenblick zwischen 180 000 und 190 000 Menschen.)
Für Berlin West plus Ost wird innerhalb des nächsten halben Jahres eine Arbeitslosenrate zwischen 15 und 20% erwartet. Entlassungen sollen vor allem in der Elektronikindustrie, dem Öffentlichen Dienst und der Nahrungsmittelindustrie in Ostberlin laufen. Auf der anderen Seite wird bereits in den nächsten Jahren damit gerechnet, daß dieser "Arbeitsplatzabbau" durch eine Masse von neuen Jobs mehr als ausgeglichen sein wird. Mehr Menschen denn je werden dann hier ackern.

Die Arbeitslosigkeit soll eine zentrale Funktion bei dieser Entwicklung einnehmen, nicht nur als einmaliger Hebel für den "Umbau" des neuen Großraumes Berlin, sondern als Dreh- und Angelpunkt der permanenten Umwälzung riesiger Pendlerströme aus ehemaligen DDRlerInnen, ehemaligen WestberlinerInnen, MigrantInnen, die bereits vor dem Mauerloch in der Stadt lebten, MigrantInnen, die aus dem ehemaligen RGW in die Stadt zuwandern werden, und denen, die bereits jetzt in der DDR arbeiten und sich hier niederlassen werden. (Eine wichtige Funktion in diesem Prozeß werden auch die mehr und mehr boomenden Sklavenhändler spielen.)
Für die "Entwicklung" der vereinigten BRD/DDR-Wirtschaft werden Berlin wie das sogenannte "Zonenrandgebiet" eine besondere Rolle spielen. Beide Regionen werden zu Polen, von denen ein riesiger Neuzusammensetzungsprozeß der Arbeiterklasse auf lange Sicht ausgehen wird. Was die Kapitalisten für den "Großraum" Berlin (Frankfurt/Oder bis Brandenburg mit etwa 5 Millionen Menschen) planen, wird etwa am neuen DDR-Ausländergesetz deutlich, das unter Mitwirkung von "BRD-Experten" in einigen Punkten anders als das der BRD formuliert wurde. Es sieht ausdrücklich die Zuwanderung von Menschen aus dem RGW in das Gebiet der (ehemaligen) DDR vor. Ähnlich unterschiedliche Regelungen gibt es bereits bei der Visumpflicht für Polen, diese gilt nur für Westdeutschland, aber nicht für Westberlin. Wie derartige Migrationsströme "gezielt angesiedelt werden können", hatte das Innenministerium bei den Diskussionen um die "Ansiedlung von Aus- und Übersiedlern" Anfang des Jahres klar geäußert. Diesen sollte auf unbestimmte Zeit ein fester Wohnsitz zugewiesen werden, wo sie einzig wohnen und arbeiten dürften. Mit solchen Regelungen könnten die Ströme aus dem Osten an bestimmten Polen konzentriert werden. Kapitalstrategen mutmaßen bereits, daß sich um den Kern Berlin ein Slumgürtel bilden wird, in dem weitere 2 Millionen Menschen, hauptsächlich aus dem Osten leben werden (*Wirtschaftswoche*). Berlin wird eben langsam zu einer normalen europäischen Metropole.

Daß die Investitionen des produktiven Kapitals nicht in die falsche Richtung fließen, dafür sorgen verschiedene staatliche Förderungen. So werden zwar Investitionen in der DDR über verschiedene Kredite und Zuschüsse vom Bund gefördert. Die Mittel der Berlinförderung wie der Zonenrandförderung, die den Investoren vom Bund für Investitionen in diesen Regionen gezahlt werden, liegen nach wie vor wesentlich höher. Zwar sollen beide Förderungssysteme in den nächsten Jahren langsam abgebaut werden, die Berlinförderung in sieben bis zehn Jahren. Aber gerade das Wissen um den geplanten Abbau wird einen Investitionsschub auslösen.
Mittels der Berlinförderung erhielt Westberlin in den letzten 20 Jahren eine ganz spezifische Industriestruktur. Über ein aufeinander abgestimmtes System von Umsatzsteuervergünstigungen, Vergünstigungen bei Abschreibungen, Investitionszulagen und Bezuschussung bei den Transportkosten für Lieferungen von Waren von und nach Berlin, wurden fast ausschließlich Fertigungslinien, Montagehallen, Abfüll- und Verpackungsklitschen hochgezogen, in denen außer den Vorarbeitern und Betriebsschlossern nur "an- und ungelernte Hilfskräfte", so der Kapitaljargon, ackerten. Von der Berlinförderung "angeregt"

verlagerten viele westdeutsche Fabriken ihre widerspenstigen "Hilfsarbeiterabteilungen" nach Westberlin. Die Insel Westberlin, deren IndustriearbeiterInnenanteil an der Gesamtbeschäftigung zwar unter dem BRD-Metropolendurchschnitt liegt, hatte bald den höchsten Anteil von sogenannten "Hilfskräften" in der Industrie.
Diese vom Berlinförderungsgesetz forcierten Produktionsstrukturen wiederum trugen zu einer ganz besonderen Klassenzusammensetzung in den Berliner Fabriken und Klitschen bei. Im Vergleich zu anderen westdeutschen Industriemetropolen arbeiten hier wesentlich mehr Arbeitsimmigranten in der Verarbeitenden Industrie, auch der Anteil der Frauen in der Industrie ist deutlich höher als in Westdeutschland. Zwar liegt die Arbeitslosenrate in Berlin wesentlich höher als die im Bundesdurchschnitt, es gibt aber andererseits sehr viel weniger Langzeitarbeitslose. Als "Hiwi" oder "Angelernte" bist du hier nicht lange arbeitslos, dafür aber öfter. Die Berliner IndustriearbeiterInnen scheinen noch ein wenig mehr "in Bewegung" zu sein, als die in Westdeutschland.
Um das alles im Großraum noch etwas zu beschleunigen, hat der rot/grüne Senat jetzt ein Beschäftigungsprogramm mit dem vielversprechenden Namen "Arbeit 90" aufgelegt. In den nächsten 5 Jahren sollen pro Jahr 6000 Leute zusätzlich in ABM-Jobs gesteckt werden und 19 500 in sogenannte "Qualifizierungsmaßnahmen". Du feilst dann für Arbeitslosenkohle 8 Stunden an einem Eisenteil rum, bis du die Schnauze voll hast und dir selbst nen Job suchst. Das Arbeitsprogramm zielt hauptsächlich auf Frauen, auch und gerade auf solche mit Kindern, für deren Unterbringung "während der Maßnahme gesorgt wird". Zu den von der Bundesanstalt regulär finanzierten ABM- und anderen Maßnahmen kommen also bis 1994 weitere 104 000 "Maßnahmen". Mitfinanziert wird das ganze über den Sozialfonds der EG.
Auf wen sich die Arbeitsmarktstrategen mit derartigen "Maßnahmen", die sie auch als "Motivationsprogramme" bezeichnen, stürzen wollen, liegt auf der Hand. 52% der neuerlich in der DDR arbeitslos gewordenen Menschen sind Frauen, und ihr Anteil wird noch steigen.
Aber auch wofür sie motiviert werden sollen, ist abzusehen. Über das Berlinförderungsgesetz werden in den nächsten Jahren große Teile der Berliner Industrie aus den Kernbezirken in das Umland verlagert und dort ausgebaut. Im Raum Potsdam und Frankfurt/Oder hat der Run auf Gewerbeflächen bereits eingesetzt. Ein Interessent ist unter anderen der weltgrößte Chip-Produzent, Sony. Der Konzern will in Berlin seine elektronische Bauelementefertigung konzentrieren. Hauptsächlich dürfte es sich bei den Ansiedlungen wie bisher um kleine und mittlere Betriebe handeln, Nahrungsmittelindustrie, Chemie und Zulieferer im Metallbereich.

Ein zusätzlicher Reiz am Großraum Berlin sind die bislang niedrigen Löhne im BRD-Vergleich - und das in einer hochmodernen arbeitsintensiven Produktion, in der soviel Schicht gearbeitet wird, wie nirgendwo sonst in der BRD. Nixdorf hatte schon vor Jahren festgestellt, in Berlin ließe sich billiger produzieren als in Singapur. Dazu kommt, daß die Berliner Unternehmer 8% des Bruttolohnes vom Staat in Gestalt der sogenannten "Berlinzulage" spendiert bekommen, einem Teil des Berlinförderungsgesetzes. Mit der Abschaffung des Berlinförderungsgesetzes wird auch diese Zulage gestrichen werden. In ganz Deutschland boomt die Wirtschaft wie seit Jahren nicht mehr, und in Berlin "werden die Löhne sinken", so das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.*

Das sind die Überlegungen des Kapitals. Dem werden wir praktische Schritte entgegensetzen müssen:

1) Die internationalen proletarischen Wanderungsbewegungen nehmen sprunghaft zu. Jede revolutionäre Initiative muß das ins Zentrum ihrer Überlegungen stellen.
2) "Der (imperialistische Sozial-)Staat agiert und reagiert präzise abgestuft auf die potentielle Drohung eines vereint kämpfenden Weltproletariats. Soziale Absicherungen sollen der in diesem Proletariat liegenden revolutionären Drohung die Spitze nehmen. Aber wie in der gesamten Geschichte des Kapitals ist die eigentliche, politische Antwort auf diese Drohung und auf die proletarischen Forderungen nach Einkommen die Verwertung ihrer Arbeitskraft. Revolutionäre Strategie muß hier(gegen) ansetzen." (These 7 "Prolet. Wanderungsbewegung und Klassenkampf" / Wildcat 44)
3) Zum ersten Mal in der Geschichte der proletarischen Wanderungsbewegungen tauchen hier "fremde ArbeiterInnen" auf dem Arbeitsmarkt auf, die nicht "alles verloren" haben, sondern von Erfahrungen und gewissen Standards ausgehen. Die beispielsweise Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld sicher haben, und deshalb nicht bereit sind, sich "um jeden Preis" zu verkaufen. Die Löhne sind bisher auch in West-Berlin nicht gesunken, sondern im letzten halben Jahr gestiegen.
4) In den letzten Monaten gibt es eine ganze Reihe von positiven Erfahrungen, "frischem Wind", Forderungsverhalten usw., das die DDR-Malocher in die Betriebe im Westen reintragen. Es ist keineswegs ausgemacht, daß sie die ihnen zugedachte Rolle von Lohndrückern spielen werden. Es liegt auch an uns, solche Erfahrungen breiter bekannt zu machen, die ArbeiterInnen aus der DDR möglichst schnell mit dem Gelände des hiesigen Klassenkampfs bekannt zu machen usw.
5) Genauso wenig ist es schon ausgemacht, daß es den DGB-Gewerkschaften bruchlos gelingen wird, ihren Massenzulauf in der DDR in politisch effektive Kontrolle über die dortige Arbeiterklasse umzumünzen ...

Berlin, Ferragosto '90

Hausbesetzungen in Ostberlin - Ein Brief

Hey, Wessis!
Eure Bitte um einen Artikel über die Ostberliner Hausbesetzerbewegung kann ich nicht erfüllen. Wir wohnen jetzt grad mal vier Wochen da, haben heute unseren ersten E-Herd vom Sperrmüll gezogen. Er funktioniert: Endlich was Warmes im Bauch!

- Es ist schwer, durchzublicken, was hier eigentlich vor sich geht, täglich neue Gesichter, neue Gerüchte... niemand ist in der Lage, großartig Einschätzungen abzugeben. Ich schreib Euch einfach mal paar Infos und Eindrücke auf und leg einen Kurzartikel aus dem telegraf von Anfang August bei:

In Gesprächen zwischen Ostberliner ArbeiterInnen taucht immer wieder die Unsicherheit des Einkommens auf, die Frage, wie das mit den Löhnen, den Mieten und den Preisen für Lebensmittel wohl werden wird, erste deutliche Unzufriedenheit mit dem jetzigen Zustand und Vergleiche mit dem früheren. "Das wird schon noch", "Trotz allem besser als die Bürokratenwirtschaft", hören wir. In einer besetzten Friedrichshainer Szenekneipe erzählt uns ein junger Ostberliner Schlosser, daß er seit Anfang Juli arbeitslos ist. Mit Jobs im Westen sei es nicht so leicht, er müsse einen Schweißerschein machen. Zum Sklavenhändler will er nicht: "Die zahlen zwölf Mark. Ich verkauf mich doch nicht unter Wert!"

Das Straßenbild hat sich geändert, PKW mit Ost- und Westberliner Kennzeichen mischen sich, es ist nicht mehr so leicht, "Wessis" und "Ossis" an ihrem Äußeren zu unterscheiden. Ansonsten weniger Leben auf den Straßen, als ich's gewöhnt bin. Seit den 70ern ist es in der DDR üblich geworden, sich eine leerstehende Wohnung zu nehmen, wenn es mit der Zuweisung zu lange dauert, und dann Miete zu überweisen. Erst seit 89 gibt Hausbesetzungen zunächst von Leuten aus der DDR, dann nach der Maueröffnung zunehmend von Wessis. Inzwischen sind über einhundert Häuser besetzt, die genaue Zahl weiß niemand. Nebenbei werden immer noch Wohnungen besetzt, es sollen in ganz Ostberlin mehrere tausend sein.

Die Zusammensetzung der HausbesetzerInnen ist bunt gemischt: viele junge Leute, StudentInnen, die bei der

Wohnungssuche im Westen gescheitert sind, KünstlerInnen, die neue Lebensformen suchen, AbenteurerInnen, ArbeiterInnen, Arbeitslose, denen es um billigen Wohnraum geht, wenige West-Autonome, die ein neues politisches Betätigungsfeld suchen.

Aus den Häusern tönen Janis Joplin, Jimi Hendrix, The Can, Melanie, Steppenwolf, New Model Army, Jazz, Ton Steine Scherben, Sex Pistols... Es gibt keine Kleiderordnung unter den BesetzerInnen. Grundsätzlich ist alles erlaubt: Kleidung, Musik, Haarschnitt, Styling... es gibt keine gemeinsamen Symbole. Du siehst einem nicht mehr an, was sie denkt. Aber trotz der Unterschiedlichkeit ist es eine Szene, ein Ghetto. Nicht nur die Exotik von offenen Besetzungen (im Unterschied zu den "stillen" der DDRlerInnen) und Kollektivverhandlungen, auch die Exotik der BesetzerInnen selbst veranlaßt die meisten OstberlinerInnen dazu, erstmal mißtrauisch Abstand zu halten. Das merkst du aber erst auf den zweiten Blick, auf den ersten kommen dir alle viel offener vor als bei Euch drüben.

Ich denk mal, den meisten HausbesetzerInnen geht's um Wohnraum, um die Möglichkeit, selbst darüber zu bestimmen, mit wem sie zusammenwohnen, auf der Etage wie im Haus; um Raum für Initiativen aller Art: Ateliers, Werkstätten, Cafés, Food-Coop, Kneipen, Frauenhaus, Hausgemeinschaften, Nachbarschaftsinitiativen, Infoläden... Positiv ist mir aufgefallen, daß viele offen auf NachbarInnen zugehen, ein freundschaftliches Verhältnis anstreben.

Naja, was alle irgendwie zusammenhält, ist die Notwendigkeit, sich zu organisieren, um überhaupt eine Chance zu haben, die Häuser zu halten und zu legalisieren. Seit Februar gibt's immer wieder mal faschistische Überfälle auf ein paar Häuser; die permante Bedrohung wird mit dem Aufbau militanter Selbstverteidigung beantwortet. Trotzdem gibt es keine breite Tendenz zur Militarisierung. Auch "Politische", die Hausbesetzungen in erster Linie als Strategie zur Revolution begreifen und die eigene Bewegung zur "Avantgarde" erklären, sind in der Minderheit.

Nachdem bis zum Sommer alle Häuser einzeln ihr Glück mit Verhandlungen mit Magistrat und der Kommunalen Wohnungsver waltung KWV versucht hatten und dabei ständig hingehalten wurden, haben die BesetzerInnen eine neue Taktik eingeschlagen.

Das Vertragsgremium entstand und begann mit Kollektivverhandlungen um einen Rahmenvertrag, Nichträumungsgarantie und Leistungen zur Winterfestmachung für alle Häuser, die das erklärtermaßen wollten und sich zu diesem Zweck auf eine Verhandlungsliste gesetzt haben.

Die Organisierung hat drei Ebenen:

Haus, Block-, Bezirks- und Gesamt(ost)berliner Versammlungen organisieren praktische Dinge wie ge genseitige Hilfe, Informationsfluß und Sicherheit und diskutieren über politische Fragen bezüglich der Verhandlungen. Ein Delegiertensystem soll den Informationsfluß zwischen den Häusern und dem Vertragsgremium gewährleisten. Das klappt mehr schlecht als recht, schwer zu sagen, wer oder was daran Schuld hat. Gleichgültigkeit der Basis: "Irgendwer wird's schon machen", Abgehobenheit des Vertragsgremiums: "Was machen die da eigentlich, und was hat das noch mit uns zu tun?", schlichte Überarbeitung einiger weniger, Bürokratie... es kursieren 1000Erklärungen dafür. So hat denn auch die dritte Ebene, das Verhandlungsgremium, zur Vollversammlung und Diskussion aufgerufen. Daneben und ergänzend gibts noch allerhand Arbeitsgruppen, Veranstaltungen, Infoläden - wer mag, kann voll im Ghetto aufgehen.

Wat nu?

Der Magistrat will keine Neubesetzungen mehr dulden - Sollen wir eine neue Welle von massenhaften Besetzungen organisieren zum Schutz der Häuser, die abgeräumt werden? Mit wem? (Tausende WestberlinerInnen kriegen keine Wohnungen (mehr); aus Westberliner Fabriken wissen wir, daß viele ArbeiterInnen, vor allem türkische Familien, eine (größere) Wohnung suchen; täglich kommen MigrantInnen aus Osteuropa nach Berlin, landen in Lagern, Zelten, Bahnhöfen...) Oder die Linie des Magistrats akzeptieren, daß nur über die bis Ende Juni besetzen Häuser verhandelt wird? Wie verhindern wir dann eine Räumung von Neubesetzungen? Für Hunderttausende MieterInnen in der Hauptstadt sind für Januar einschneidende Mieterhöhungen angekündigt. Zur Zeit herrscht Unsicherheit, Abwarten. Aber auch wenn die Mietsteigerungen dann nur scheibchenweise vor sich gehen, treffen sie auf MieterInnen, die es gewohnt sind, Wohnraum und billige Mieten als ein Grundrecht zu sehen. Das könnte ne spannende Angelegenheit werden, wenn die MalocherInnen und inzwischen arbeitslos Gewordenen, auch noch von dieser Seite um die Früchte des November geprellt, weitere Kämpfe entwickeln.

Und die HausbesetzerInnen? Naja, da werden wir ein Stückchen mitzumischen versuchen. Leute, ich muß jetzt schließen, das Fußballtraining fängt gleich an - wie sagt doch immer unser Mittelstürmer:

Hasta la victoria siempre!

Und du weißt, es wird passieren, wenn wir uns organisieren

Zwischenspiel im Ost-Berliner Häuserrat

Im siebten Monat befindet er sich, der Ost-Berliner Häuserrat. Zeit für ein Zwischenresüme. Im Januar waren es erst wenige besetzte Häuser, hauptsächlich im Prenzlauer Berg, denen klar war, daß nur ein Zusammenhalt untereinander die nötige starke Position gegenüber KWV und Magistrat schafft. Allwöchentlich traf Mann/Frau sich, tauschte Informationen aus, überlegte gemeinsame Aktionen, diskutierte Positionen. Es war hauptsächlich als informelles Gremium gedacht, ohne Entscheidungsbefugnis, ohne Weisungsrecht gegenüber den Häusern.

Das hatte zwar den Haken, daß Aktions- und Verhaltensvorschläge immer erst in die Häuser getragen wurden und nach dortiger Diskussion zurück zum Besetzerrat kamen, also ein kurzfristiges Handeln sehr schwer war, aber so konnten Zentralrat-Allüren und eine Verselbständigung des BesetzerInnenrates ausgeschlossen werden.

Schon in den Anfängen der Besetzungen stießen Leute aus West-Berlin hinzu, besetzten als Ost-West-Projekte {mehrere Häuser}. Sie paßten sich schnell den Verhältnissen des Ostens an und versuchten, in diesen Besonderheiten klar zu kommen. Dann kamen die ersten reinen Westbesetzungen... Auch hier erfolgte eine Annäherungen an die Ost-BerlinerInnen vorsichtig und weitgehend solidarisch. In dieser Zeit wurde immer klarer, daß die meisten Häuser mit ihren individuellen Verhandlungen nicht vorankamen...

Ende Februar/Anfang März kam dann als Problem die immer stärker werdende Bedrohung der Häuser durch Faschos und Fußball-Hooligans dazu. An diesem Punkt übernahm der Häuserrat erstmals koordinierenden Charakter: Häuserschutz, Fahrwachen etc. Am 17.März kam es dann nach einem Fußballspiel zum ersten massiven Angriff mehrerer hundert Nazi-Skins und Fußball-Hools auf das besetzte Haus Schönhauser Allee 20/21. Erstmals stießen sie aber auch auf organisierte Gegenwehr...

In dieser Zeit bekamen die Hausbesetzungen dann eine völlig neue Dimension. In der Kreutziger Straße besetzte eine Gruppe Ost-Berliner die Nr.22 in der fast vollständig leeren Häuserzeile der Straße. Dies war die Reaktion auf Aktivitäten westlicher Spekulanten, Zu-

griff auf DDR-Bausubstanz zu kriegen.

Da diesem Beispiel erst einmal keine weiteren Besetzungen folgten, kam es zu einem Aufruf von Ost- und West-Berliner Autonomen und den Besetzern der Kreutziger 22 für massive Besetzungen in diesem Gebiet. In den nächsten Wochen erfolgten Massenbesetzungen in der Kreutziger und der Mainzer Straße {die aber bis auf ein zweites Haus in der Kreutziger nur von West-Berlinern getragen wurden}.

Das leitete auch eine neue Phase im Besetzerrat ein. Die informellen Strukturen veränderten sich immer mehr in organisatorische. Der Anteil West-Berliner VertreterInnen im BesetzerInnenrat nahm sprunghaft zu. Im April kam es zu organisierten Aktionen gegen die Kommunalen Wohnungsverwaltungen, Stadtbezirksräte, zu Gesamtforderungen und -verhandlungen, Kurzbesetzung der Stadtbezirksräte. Der Initiator war der BesetzerInnenrat. Der Druck war groß, und die Behörden mußten einlenken.

Als aber die Behörden bald darauf wieder zu Verschleppungen übergingen, schlugen die BesetzerInnen eine neue Taktik ein. Das Vertragsgremium entstand. Zusammen mit Rechtsanwälten wurden ein Rahmenvertragsentwurf der Häuser verfaßt und an den Kommunen vorbei zentrale Verhandlungen mit dem neuen Magistrat begonnen. Der BesetzerInnenrat nahm neue Gestalt an. Immer mehr Menschen kamen aus dem Westteil der Stadt und besetzten Häuser im Ostteil. Das blieb im Häuserrat nicht ohne Auswirkungen. Das Verhältnis Ost-West kippte um. Viele Ost-BerlinerInnen zogen sich entnervt zurück und gingen zu Einzelverhandlungen und -verträgen über. Dazu zählten auch Erstaktivisten... Die Dominanz der West-BerlinerInnen nahm zu. Das Vertragsgremium koppelte sich auf Betreiben vieler West-BerlinerInnen vom Besetzerrat ab. Sein Einfluß auf dieses Gremium war damit Null.

Es besteht mittlerweile die Gefahr, daß sich der Häuserrat instrumentalisiert und bürokratisiert. Grund für diese Befürchtungen sind Forderungen vieler neu hinzugekommener BesetzerInnen nach Strukturen, weiteren "festen" Arbeitsgruppen, Delegiertenprinzip, Besetzerrat als entscheidungsbefugtes übergeordnetes Ratsgremium, Schaffung von SprecherInnen und SchriftführerInnen. Für neu hinzukommende Häuser soll Bedingung für Teilnahme am Besetzerrat bzw. Vertragsgremium eine volle diskussionslose Akzeptanz des bisher Beschlossenen sein. Erstaunlich ist nur, daß diese Forderungen hauptsächlich von West-BerlinerInnen kommen, obwohl doch gerade diese aus autonomen Positionen heraus, also dezentralen, selbstbestimmten, selbstorganisierten Lebens- und Kampfformen und Ablehnung zentraler und hierarchischer Strukturen, derartige Dinge ablehnen. Bei vielen Ost-BerlinerInnen stoßen diese Töne auf Grausen und lassen dunkelste Erinnerungen von 40 Jahren DDR wach werden. Noch ist hierbei das letzte Wort nicht gesprochen. Eins ist jedoch gewiß. Genau das wird der Knackpunkt sein, an dem sich festmacht, ob die West-BerlinerInnen in nächster Zukunft im BesetzerInnenrat ganz alleine sind. Ost-Berliner VertreterInnen sind im Häuserrat schon jetzt mit der Lupe zu suchen.

TheKla 13 erschienen! Klassenkämpfe im Sozialismus

In diesem Thekla haben wir wieder eigene Texte veröffentlicht, die Themen der letzten Nummern der wildcat aufgreifen.

In der wildcat 49 haben wir mit dem Editorial, den Thesen zum Sozialismus und dem Artikel zur DDR die Diskussion über den Zusammenbruch des Sozialismus begonnen. In diesem TheKla stellen wir ausführliches Material und einige Thesen zur Verfügung, die den alten Sozialismus- Konzepten die Aktualität der internationalen Klassenkämpfe entgegenstellen.

Anhand von zwei verschiedenen Realitäten - Polen und China - wollen wir zeigen, daß die sozialistischen Modelle nur andere Formen der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft beinhalten und daher die Klasse in den sozialistischen Ländern genauso wie im Westen in verschiedenen Kampfzyklen versucht hat, das "sozialistische Kommando" anzugreifen und mit der Ausbeutung Schluß zu machen.

Dabei scheint die Klasse im Osten zunächst nur die alten Regime abgeschüttelt zu haben, um nun unter das Kommando der "freien Marktwirtschaft" zu geraten.

Autonome Arbeiterkämpfe gegen sozialistische Verwertung - Gewerkschaften gegen autonome Klassenkämpfe. Polen 1988/89
China: Massaker für die Reformen
Der lange Marsch des Kapitals in China

In den letzten Jahren breiteten sich immer mehr Kämpfe im Dienstleistungssektor aus: von den französischen Eisenbahnern zu den italienischen Lehrern, den Krankenschwestern , den U-Bahn-Fahrern Londons und Paris, den PostarbeiterInnen von Barcelona bis Hamburg. Viele dieser Kämpfe fanden zudem unabhängig von den Gewerkschaften statt.

`Finis Terrae' ist ein Versuch eines italienischen Genossen, eine umfassende Einschätzung dieser Kämpfe zu liefern.

Finis Terrae
Kritik der Koordinationen
Die Generation der Krankenschwestern
England

TheKla 13: 152 Seiten, 7 Mark

Rambo an der Golfküste

Die Zuspitzung am Golf ist ein Szenario, in dem scheinbar nur ein Teil der Akteure ausgetauscht zu sein scheint. Haben vor 10 Jahren noch die USA den Irak zum Krieg gegen den Iran angestiftet, so ist der Freund selbst zum Feind Nr.1 geworden. Noch vor einigen Jahren traf der Bannfluch Ghaddafi, jetzt ist Saddam Hussein der Böse. Was ist der Grund?

In der US-amerikanischen Zeitschrift `Midnight Notes' erschien vor mehr als 2 Jahren ein Artikel über die Hintergründe des Lybien-Bombardements: `Rambo an der Berberküste' von George Caffentzis*, in dem er die Drohung Ghaddafis, den Ölpreis zu erhöhen, als eigentlichen Grund für den US-Überfall ausmacht. Heute wohnen die Barbaren an der Golfküste und der Aufmarsch nicht nur der USA, sondern der gesamten "zivilisierten Welt" einschließlich des Neu-Mitglieds UdSSR dient mehr oder weniger der Stabilisierung des Ölpreises. Genaus wie Ghaddafi hat sich Saddam Hussein bemüht, einen höheren Ölpreis durchzusetzen. Da Erdöl zu den fürs westliche Kapital "strategischen Rohstoffen gehört, kann sich vor allem die hochverschuldete US-Ökonomie einen solchen Coup nicht leisten. Also wird die Kriegsflotte losgeschickt. Eine Besonderheit hierbei ist die Tatsache, daß Kuwait und Saudi-Arabien inzwischen mehr an ihren in West-Konzerne gesteckten Petro-Dollars verdienen als am Ölexport. Dies stellt sie, rein von den ökonomischen Interessen her, auf die Seite des westlichen Kapitals.

Doch dies ist nur die Oberfläche. In Wirklichkeit geht es allen beteiligten Staaten um die Gefahr sozialer Revolution in der Region: Der langanhaltende Aufstand in Palästina und seit kurzem auch in Kurdistan, die unter der Oberfäche brodelnden sozialen Auseinandersetzungen im Iran, Saudi-Arabien und dem Irak selbst. Es gibt in der gesamten Region Millionen von Wanderarbeitern, die überall den Regierungen als Bedrohung erscheinen, wenn auch oft unter der ideologischen Fassade des islamischen Fundamentalismus. Diese weinen dem Sturz der kuweitischen Herrscherdynastie bestimmt keine Träne nach.

Nur um diese proletarische Bedrohung abzulenken, ruft Sadam Hussein jetzt zum "Heiligen Krieg" auf; sonst ist er eher ein "Ungläubiger".

Solange das arabische Proletariat sich noch von den diversen "Revolutionsführern" Saddam Hussein, Ghaddafi usw. gegen den äußeren Feind lenken läßt, wie es im iranisch-irakischen Krieg mit aller Brutalität vorgeführt wurde, werden die sozialen Auseinandersetzungen nicht wirklich an die Oberfläche gelangen. Doch das Eis ist dünn. Und darin sind sich sowohl Saddam Hussein als auch George Bush einig: daß es darum geht, zu verhindern, daß die Konflikte zur Bedrohung für die Kapitalverwertung werden. Die derzeitige Konfrontation zeigt, daß sie sich über die Art und Weise, wie das Proletariat in Schach gehalten werden kann, nicht einig sind. Dies mindert in keiner Weise die Schärfe des Interessenskonflikts zwischen den USA (mitsamt seiner Verbündeten) und dem Irak und die Gefahr eines Krieges.

Die Flugzeugträger sind also eher eine Warnung an die proletarischen Massen, es nicht zu weit zu treiben.

---

* Wer Interesse an dem - sehr langen - Artikel hat, kann ihn gegen 3 Mark in Briefmarken bei der Hamburger Adresse bestellen.

Afrika und die "Schuldenkrise"

Die internationale Schuldenkrise - das sind Kredite im Wert von mehr als einer Billion Dollar mit ziemlich hohen Zinsen, geschuldet von Dritte WeltLändern, die möglicherweise nicht einmal die Zinsen, geschweige denn die Kredite selbst zahlen können. Nicht auf der Grundlage des gegenwärtigen Zusammenbruchs der Preise für Rohstoffe und des intensiven internationalen Wettbewerbs bei wenig veredelten Waren. Zwei Hauptrichtungen bestimmten die Diskussion über diese Krise. Die Einen halten die Krise angesichts des Zahlungsverzugs der größten Schuldnerländer für eine Bedrohung des internationalen Banksystems und des "stabilen Wachstums" der Gläubigerländer, die anderen für das Haupthindernis bei der Entwicklung der Dritten Welt. Folgerichtig werden die "Lösungen" auf der Grundlage der "Probleme" gerechtfertigt, die diese Krise voraussichtlich macht. Die beiden gegensätzlichen Ansichten gehen von einem gemeinsamen Punkt aus: die Schuldenkrise ist ein Hindernis für die kapitalistische Entwicklung in den 90er Jahren.

Wir sind mit dieser gemeinsamen Voraussetzung nicht einverstanden. Hinter der Schuldenkrise versteckt sich eine Krise der Produktivität, die die kapitalistische Klasse sowohl in den Gläubiger-, als auch in den Schuldnerländern betrifft. Die Schuldenkrise war eines der wesentlichen Instrumente, die das Kapital benutzte, um die Balance der Klassenverhältnisse zu seinen Gunsten zu verschieben - auf beiden Polen der Schuldenbeziehung. Das heißt, die Schuldenkrise wurde benutzt, um die Produktivitätskrise des Kapitals zu lösen.

Daß die Schuldenkrise eine Krise der kapitalistischen Produktivität darstellt, ist nirgendwo deutlicher zu sehen als in Afrika. Das Hauptziel der von der Schuldenkrise hervorgebrachten Politik ist, die Klassenbeziehungen "zu rationalisieren", beginnend mit dem ärgerlichsten Problem der kapitalistischen Entwicklung in Afrika: wem gehört Grund und Boden? Kapitalistische Industrie kann nicht entstehen ohne rationalisierte Landwirtschaft. Aber Rationalisierung hat nicht nur etwas mit Düngemittel und Traktoren zu tun; die Klärung der privatrechtlichen Eigentumsverhältnisse des Landes ist unendlich wichtiger. Die Schuldenkrise war notwendig, um diese "Rationalisierung" ein Stück vorwärts zu bringen.

Die Klärung der Landfrage

In den meisten Teilen Afrikas gibt es immer noch das Gemeineigentum an Land, weil den Kolonialmächten die Zerstörung traditioneller Gemeinschaftsbeziehungen (wie sonst überall auf der Welt), auf denen das Verhältnis zu Grund und Boden beruht nicht gelang. Dies ist für die Befürworter der Entwicklung der Hauptgrund für die wirtschaftliche "Rückständigkeit" Afrikas. "The Economist" betonte in "Ein Überblick über Nigeria" (3.5.86), daß die Landfrage entscheidend sei. Im Abschnitt "Der Mangel des Kapitalismus", lesen wir:

"Mit zwei Ausnahmen, Kenia und Simbabwe, die beide von Weißen unter dem europäischen Recht von Eigentum und Erbschaft bewirtschaftet werden, ist praktisch überall sonst auf dem afrikanischen Kontinent das Gewohnheitsrecht verbreitet, das althergebrachte Gemeinderechte an Grund und Boden anerkennt."

Das bedeute, daß ein potentieller Investor mit der Gemeinde um "jeden Baum, die Feuerholzrechte, das Weiden der Ziegen und das Grab des Großvaters" verhandeln und dafür zahlen muß. Das gelte sogar in Ländern wie Nigeria, wo 1978 alles Land verstaatlicht wurde.

Folgerichtig schließt "The Economist", daß das Land in Afrika "eingezäunt werden muß und traditionelle Rechte auf Nutzung, Zugang und Beweidung ver-schwinden müssen." Denn Enteignungen sind die Voraussetzung sowohl für eine kommerzialisierte Landwirtschaft als auch für ein lohnabhängiges, diszipliniertes Proletariat.

Dabei wird vergessen, daß Landenteignungen absolut nicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Siedler beschränkt blieben. Vielmehr hat sich die Privatisierung von Land während der 70er und 80er Jah-re beschleunigt, weil die landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekte der Weltbank unter dem Schlagwort der "Modernisierung" nicht nur Traktoren, sondern auch neue klassenmässige Eigentumsverhältnisse in die ländlichen Gebiete eingeführt haben. Verstärkt wurde deren Entwicklung durch Enteignungskampagnen der Regierungen (für Infrastrukturmaßnahmen, Ölsuche etc.) und durch einen umfassenden Prozeß der Verstädterung.

Bis heute leben mindestens 60% der afrikanischen Bevölkerung von den von ihnen selbst angebauten Lebensmitteln, wobei die Arbeit meistens von den Frauen verrichtet wird. Selbst wenn sie in der Stadt leben, erwarten viele Afrikaner Unterstützung vom Land. Sei es im Falle eines Streiks etwas zum Essen, oder der Ort, an den man im Alter zurückkehren wird, oder wo man, wenn gar nichts mehr geht, ein Stück Land vom örtlichen Häuptling kriegt oder wenigstens eine Suppe von den Nachbarn oder der Verwandtschaft. Das Dorf ist Symbol einer gemeinschaftlichen Organisierung des Lebens, das, wenn auch angegriffen, sich noch nicht ganz aufgelöst hat. Umgekehrt übernehmen jene, die in die Stadt ziehen und immer noch große Verantwortung für die Zurückbleibenden - eine Verantwortung, die leicht zu einer Bürde wird. In Nigeria z.B. legen Dörfer oft zusammen, um einige Kinder zur Schule schicken zu können, in der Erwartung, daß diese, wenn sie die Diplome haben, den Leuten zuhause helfen werden.

"Das Dorf" stellt bis heute die Basis der Reproduktion in vielen afrikanischen Ländern dar, vor allem für das städtische Proletariat, das sich kaum den Lebensstil der Mittelklasse-Kleinfamilie leisten kann. Allerdings konkurriert selbst in der Mittelklasse die Kleinfamilie mit dem Dorf (vor allem dank der Frauen). Dieser Konflikt zwischen Stadt und Land ist Stoff vieler Erzählungen, in denen die anspruchsvolle Sippe ihre verstädterten Kinder mit zu vielen Erwartungen in die Korruption zwingt. In der Realität haben diese "unvernünftigen" Bedürfnisse einen Druck auf die städtischen Löhne ausgeübt, um einen

höheren Verbrauchsstandard sowohl im Dorf als auch in der Stadt zu gewährleisten, sodaß das Bewußtsein über den kulturellen und materiellen Wohlstand in der Welt in den letzten Winkel vorgedrungen ist.

Das Fortbestehen kommunaler Bande und das Fehlen einer Tradition der Lohnabhängigkeit hat viele Folgen für die politische Ökonomie in Afrika. Erstens ergibt sich daraus ein Klima von Ansprüchen an Wohlstand gegenüber der Gemeinschaft und dem Staat. Zweitens folgt daraus, daß die meisten afrikanischen Proletarier nie gelernt haben, die Gesetze des Kapitals als Naturgesetze anzuerkennen, selbst wenn jetzt die Bedürfnisse nach dem, was die industrielle Entwicklung bieten kann, ein wesentlicher Faktor der sozialen Veränderungen ist.

Die Afrikaner sind weder hilflose Opfer (der staatlichen Korruption oder der Naturkatastrophen) noch Vorkämpfer in rückständigen Stammesauseinandersetzungen. In Wirklichkeit werden auf den Feldern, in den Fabriken, auf den Märkten und in den Schulen, Kämpfe geführt, die nicht nur in ihrer Militanz kaum ihresgleichen in der "Ersten Welt" finden, sondern die auch höchst "modern" in ihren Inhalten sind. Ihr Ziel ist nicht die Bewahrung einer mythischen Vergangenheit, sondern die Neudefinition dessen, was Entwicklung für das Proletariat bedeutet: Zugang zum international produzierten Reichtum, aber nicht zum Preis, den das Kapital dafür verlangt.

Es gibt viele Beispiele für die Militanz und Modernität (vielleicht sogar "Post-Modernität") der afrikanischen Proletarier. Von der Weigerung, sich zählen zu lassen (in Nigeria ist die Idee einer Volkszählung immer noch nur ein Traum der Regierung), über den Widerstand gegen die Steuererhebungen, zum Widerstand gegen Landenteignungen (der oft in offenen Krieg mündet). Obwohl zum Beispiel in Nigeria das Land nationalisiert wurde, sind immer noch Verhandlungen mit den örtlichen Häuptlingen und Ausgleichszahlungen für Bäume und Früchte notwendig, bevor ein Stück Land tatsächlich von der Regierung genutzt werden kann. Schließlich ist der Widerstand gegen die Lohnarbeit weit verbreitet, gemessen an verlorenen Arbeitsstunden und Kampfformen, die man von einer Arbeiterklasse nicht erwarten würde, die gerade 20% der Bevölkerung ausmacht.

Die Weigerung der Proletarier, die Gesetze des Kapitals als Naturgesetze anzuerkennen, ist besonders groß in den neuen Generationen, die in einer Periode intensiver Befreiungskämpfe (1975 Guinea Bissau, 1976 Angola und Moçambique, 1980 Simbabwe) aufgewachsen sind und die "den Westen" vom Blickwinkel Soweto aus sehen. Diese Jugend ist der Grund für die Verzweiflung des Kapitals im letzten Jahrzehnt über die Disziplin und die Produktivität der Afrikaner.

Seit 1970, schon vor der Schuldenkrise, wächst die Erkenntnis im internationalen Kapital, daß Afrika ein Faß ohne Boden ist und daß die einzige Hoffnung für die Zukunft darin liegt, die Bevölkerung dramatisch zu vermindern. ("Afrika" meint dabei natürlich alles ausser Südafrika, auch wenn die Ereignisse, die zu der neuen "Stimmung" geführt haben, von Soweto zur Beendigung des Kolonialismus in Angola, Moçambique und Simbabwe, im südlichen Teil Afrikas stattgefunden haben). Vor Gericht steht "der Widerstand Afrikas gegen die Entwicklung", denn, so erzählt es das Wall Street Journal dauernd, Afrika sei die einzige Region der Welt ohne Wachstum in der Nachkriegsperiode. Die Treue der Afrikaner zu "ihren traditionellen Wei-sen", ein Deckwort für antikapitalistische Verhaltensweisen; die Forderungen nach Lebensstandard, vor allem in Ländern wie Nigeria oder Sambia, die in den 70ern einen Sprung im nationalen Wohlstand (aufgrund der Öl- und Kupferpreise) erlebten - all das muß zerstört werden, wenn irgendeine Form kapitalistischer Entwicklung in Afrika stattfinden soll.

Als Antwort auf diese "strukturellen politischen Probleme" hat das Kapital eine Politik der geplanten Unterentwicklung begonnen, bei der die Landfrage im Zentrum steht. In den 70er und 80er Jahren war Afrika die Region mit der geringsten Rate von Kapitalinvestitionen. Ausländische Hilfe und Exporte sind zusammengebrochen. Inzwischen sind die Gefahren der "Bevölkerungsexplosion" als ein Vorbote der Revolution zum Inhalt der Klagelieder geworden. Entsprechend erlebt Afrika, wie es der ehemalige Weltbankpräsident Clausen kürzlich ausdrückte, "die schlimmste Depression, die je ein Teil der Welt seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat". Das heißt vom Standpunkt des Kapitals aus nichts anderes, als daß Afrika das Gebiet ist, wo der größte Widerstand ge-gen Entwicklung zu gewärtigen ist.

Die Schuldenkrise als Produktivitätskrise des Kapitals

In diesem Gesamtbild muß die Schuldenkrise gesehen werden, die Anfang der 80er Jahre mehr als 25 afrikanische Länder betraf.

Es ist schwer zu messen, in welchem Ausmaß die Explosion der Schulden durch den Druck der Proletarier entstanden ist, die ihre Regierungen zwangen, Kredite bei fremden Banken aufzunehmen - oder durch das internationale Kapital herbeigeführt worden ist, um die afrikanischen Regierungen zu politischen Reformen zu bewegen. Sicher ist, daß die Schuldenkrise zur goldenen Gelegenheit für das nationale und internationale Kapital geworden ist, eine umfassende Reorganisierung der Klassenbeziehungen durchzusetzen, d.h. Arbeitskosten zu senken, die gesellschaftliche Produktivität zu erhöhen, die "sozialen Erwartungen" zurückzuschrauben, und insgesamt den Kontinent der tieferen Durchdringung mit kapitalistischen Verhältnissen zu öffnen, vor allem für den kapitalistischen Gebrauch des Landes.

Wie in anderen Teilen der Dritten Welt hat sich auch in Afrika die Krise in zwei Stufen entwickelt, die sich im mehr oder weniger direkten Eingreifen ausländischer Regierungen durch die internationalen Behörden unterscheiden. Es hat eine Arbeitsteilung zwischen dem Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank gegeben, nicht so sehr, um "harte" und "weiche" Maßnahmen zu verbinden, sondern um mit unterschiedlichen Ebenen proletarischen Widerstands, dem Schlüsselfaktor in der Dialektik von Entwicklung und Repression, umzugehen. Die erste Phase, etwa von 1980 bis 84, war von der "monetaristischen Politik" des IWF bestimmt. Ein Land nach dem anderen wurde zahlungsunfähig und zu Arrangements mit dem IWF gezwungen, d.h. zu Disposi-

tionskrediten zu infamen IWF-Bedingungen: Kürzungen in den Subventionen von Produkten und Programmen, Lohnkürzungen, Abbau des öffentlichen Sektors und massive Entwertungen, die in manchen Fällen die Wirtschaft regelrecht demonetarisierte. Aber 1984 war der Widerstand gegen weitere Maßnahmen zur Verarmung und der Haß auf den IWF so groß geworden, daß eine neue Strategie entwickelt und der Wärter ausgetauscht werden mußte: die Weltbank übernahm die Sache. Die zweite Phase seit 1984 hat die Form der Weltbank-"Entwicklung".

1984 gab die Weltbank bekannt, daß sie eine Milliarde Dollar aufbringen würde für die Länder südlich der Sahara, die ihr Rezept der "ökonomischen Rettung" annehmen und auf den Weg der wirtschaftlichen Reformen zurückkehren. Diese "spezielle Einrichtung für Afrika", die unter dem Namen "Strukturanpassungsprogramm" (SAP) zum Vorbild des Baker Plans wurde, entpuppte sich als das Vehikel für die so sehr bejubelte Einführung der freien Marktwirtschaft durch viele afrikanische Länder seit 1985.

SAP ist im Kern nichts anderes als die Formel von Milton Friedman für das Chile nach dem Sturz Allendes, die verlangt, alle Maßnahmen zum Schutz des Lebensstandards der Arbeiter zu beseitigen und diese zu zwingen, um zu überleben, im Wettbewerb mit den anderen Arbeitern der Welt zu arbeiten. So richten sich die Löhne nach den Verhältnissen auf dem internationalen Arbeitsmarkt - und die staatliche Repression verhindert, daß sie tatsächlich auf das "internationale Niveau" steigen.

SAPs verlangen viel Repression. In Chile bezahlten ihre Einführung 30.000 Arbeiter mit dem Leben. SAP bedeutet, daß ein Land gegen "wachstumsorientierte Kredite" die Liberalisierung der Importe, die Privatisierung der staatlichen Industrien, die Abschaffung aller Einschränkungen beim Währungstausch und bei den Warenpreisen, die Übernahme aller Unterprogramme und spätere Geldentwertungen akzeptiert; mit den Krediten diese Programme finanziert und export-orientierte Landwirtschaft und Industriesektoren aufbaut.

Wenn sich die Warenpreise, die Dienstleistungen und die Arbeitskraft "ihrem Marktwert anpassen" und wieder ausländische Waren auf den Märkten auftauchen, so versprechen die Kapitalisten und die Weltbank, wird jeder angespornt, mehr zu produzieren, ausländische Investitionen werden fließen, die Exporte werden steigen und harte Währungen werden eingenommen, so daß es schließlich zur Erholung kommt. Aber SAP bedeutet, daß Millionen von Afrikanern, die durchschnittlich bestenfalls 30 Dollar im Monat verdienen, nun amerikanische Preise für Waren und Dienstleistungen bezahlen müssen. Selbst die Preise einheimischer Lebensmittel erreichen ungeahnte Höhen, weil auf dem Land immer mehr Früchte angebaut werden, die nicht für den lokalen Gebrauch bestimmt sind.

SAPs sind das Werkzeug, um die afrikanischen Proletarier in den Weltmarkt zu integrieren, aber unter Bedingungen, die denen der Kolonialzeit nicht unähnlich sind. Sie sollen Erzeugnisse produzieren, die sie nicht verbrauchen können und für das, was sie kaufen, mit internationalen Preisen bezahlen zu einer Zeit, in der ihre Löhne nicht nur zusammengestrichen, sondern bei astronomischen Inflationsraten bedeutungslos geworden sind.

In dem Maße, wie ausländische Behörden (IWF, Weltbank, Geschäftsbanken) die Topmanager stellen, erscheinen die getroffenen Maßnahmen wie ein neues Kapitel in neo-kolonialen Beziehungen, wo die westlichen Banken und Behörden die Kolonialmächte in ihrer imperialistischen Rolle ersetzen. Einmal im Griff von IWF & Co, verliert jedes Land jeden Schimmer von ökonomischer oder politischer Unabhängigkeit: die Vertreter des IWF sitzen im Vorstand der Zentralbank, kein grösseres wirtschaftliches Projekt kann ohne ihre Zustimmung durchgeführt werden, scharenweise fallen ausländische Offizielle ein, um die Bücher zu kontrollieren. Keine Regierung kann, selbst wenn sie es wollte, einen politisch unabhängigen Weg einschlagen, weil sie alle paar Monate mit ausländischen Behörden über Zahlungspläne oder neue Kredite verhandeln muß. In gewissem Sinn kann deshalb von der Rekolonisierung Afrikas unter der Vorherrschaft westlicher Mächte gesprochen werden, die die Krise benutzen, um all das zurückzuerobern, was in Folge der antikolonialen Kämpfe verlorengegangen ist.

Die Krise und die auswärtige Hilfe waren dem dominierenden Teil der herrschenden Klasse in Afrika durchaus willkommen. Sie benutzten die Schulden, um sich von Zugeständnissen an "ihre Leute", zu denen sie nach der Unabhängigkeit gezwungen worden waren, zu befreien, und um die Militanz der jungen Generation einzudämmen. Dafür mußten sie selber ein paar bittere Pillen schlucken. Heutzutage ist es für die afrikanische herrschende Klasse ein anderes Geschäft, mit dem internationalen Kapital umzugehen, als noch zu Zeiten nach der Unabhängigkeit. Damals hatten sie es mit einer weniger einheitlichen kapitalistischen Front zu tun (die USA konkurrierte in Afrika mit den alten Kolonialmächten und der Sowjetunion); heute sind die wesentlichen Teile des internationalen Kapitals vereinheitlicht. Die nationalistischen Spiele, die die afrikanischen Führer damals noch betreiben konnten (öffentlich eigenen Weg und Pan-Afrikanismus vertreten, hinter verschlossenen Türen mit Südafrika verhandeln; Geld von "West" und "Ost" nehmen) sind heute nicht mehr möglich.

Seit 1986 hat sich die "Schuldenkrise" in Afrika in all ihrer mathematischen Logik entwickelt und zeigt zugleich, wie irreführend es ist, sie als eine Krise der Zahlen zu betrachten, wie es normalerweise geschieht. Die Zahlenspielereien sollen glauben machen, daß vom Standpunkt des Kapitals aus die "wirtschaftliche Hilfe" gleichbedeutend mit einer "Verminderung der Schuldenlast" sei. Aber für die meisten Länder haben die Schulden mit den Hilfsmaßnahmen von IWF und Weltbank dramatisch zugenommen, (z.B. stiegen die Schulden von Nigeria von 20 Milliarden Dollar nach der Einführung eines SAP auf 30 Milliarden). Der Grund für dieses scheinbar paradoxe Ergebnis ist einfach. Die Schuldenkrise ist nicht durch den grösseren oder kleineren Betrag bestimmt, der beglichen worden ist oder noch zu zahlen ist, sondern durch den Prozeß, den sie in Gang gesetzt hat: Lohnstopp; Zusammenbruch der lokalen Industrien, die nicht mit dem ausländischen Kapital (das die harten Währungen bereitstellt) verbunden sind; Verbot der Gewerkschaften; Ende der kostenlosen Schulen; drakonische Gesetze, die Arbeits- und soziale Kämpfe zu einem Akt der Wirtschaftssabotage erklären; das Verbot

militanter Studentenorganisationen - und vor allem die Privatisierung von Grund und Boden.

Neue soziale Kämpfe

Das chilenische Rezept ist zur Routine geworden: Studentenorganisationen müssen verboten, Gewerkschaften eingeschüchtert und in den Untergrund getrieben, Sicherheitskräfte müssen umgestaltet werden (gewöhnlich mit Hilfe zweifelhafter Ratgeber aus USA, Frankreich, Großbritannien und Israel). Die neue Gesetzgebung ist heute Standard. Zum Beispiel gibt es in Nigeria das Dekret 20 gegen "Wirtschaftssabotage" - das unter anderem die Todesstrafe für Streiks auf den Ölfeldern vorsieht - und Dekret 2, das Vorbeugehaft bis zu 6 Monaten erlaubt. Zunehmend wird die Todesstrafe als Waffe im "Krieg gegen den bewaffneten Raubüberfall", dem nigerianisch/ afrikanischen Gegenstück zum "Drogenkrieg", eingesetzt. In Bezug auf "freie Meinungsäußerung" ist auch nur an Nigeria zu denken, wo sogar bei Seminaren über das SAP, die von Nobelpreisträgern wie Soyinka gehalten werden, bewaffnete Polizei vor den Türen steht.

Aber keine dieser Maßnahmen konnte den Widerstand gegen die "Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung" beenden. Zur ersten schweren Störung der IWF-Politik kam es in Sambia im Dezember 1986, einige Monate nach der UNO-Konferenz zu Afrika. Die Sambische Regierung, Kenneth Kaunda unter Tränen, mußte dem IWF den Rücken zukehren, infolge massiver Anti-IWF-Aufstände in Nordsambia, dem Zentrum der Kupferlagerstätten. Dazu war es nach einer erneuten Runde von Preiserhöhungen und nach einer weiteren Abwertung des Kwacha gekommen (wie vom IWF gefordert). Es wurden die gewalttätigsten Proteste seit der Unabhängigkeit. Hausfrauen, Jugendliche, Arbeitslose gingen auf die Straße, stürmten Lagerhäuser, in denen sich Mais befand und bald wurde jeder Speicher zum Angriffsziel. Die Menge enteignete Fernseher, Stereoanlagen und sogar Autos, steinigte Polizisten, griff Regierungsstellen an und brannte (in Kalulushi) das Hauptquartier des Präsidenten nieder (daher die Tränen von Kaunda). Zehn Menschen sollen in den Tagen des Aufstandes getötet worden sein, aber am Ende mußte die Regierung den Maispreis herabsetzen und dem IWF mitteilen, daß sie nicht mehr länger den Anweisungen Folge leisten könnte.

Ähnlich gewalttätig und beständig war der Widerstand in Nigeria. Seit der frühesten Phase der Verhandlungen mit dem IWF gingen Studenten, Marktfrauen und Arbeiter auf die Straße und protestierten gegen das Ende der kostenlosen Schulbildung, gegen die für die Einschulung erforderlichen Steuerbescheinigungen, gegen das Einfrieren der Löhne, gegen neue Steuern und gegen die Streichung der Subventionen für Öl.

Und Nigeria war nicht allein. Anti-IWF-Proteste gab es in Zaïre, wo im Dezember 88 eine Gruppe von Frauen von Regierungstruppen zusammengeschossen wurde. Im Februar 89 wurden an der Universität von Kinshasa viele Studenten und Lehrer nach Protesten gegen die vom IWF inspirierte Erhöhung der Transportpreise, in deren Verlauf sie einen Regierungsbus übernommen hatten, erschossen oder verwundet. Auch in Ghana sind Konfrontationen zwischen Studenten und der Regierung an der Tagesordnung, seit der IWF-Deal in Kraft ist.

Große Aufstände und Rebellionen sind nur ein Teil des Widerstandes gegen Verarmungspolitik und SAP-Pläne. Ein täglicher Kleinkrieg findet statt: auf den Busbahnhöfen gegen die Erhöhung der Transportpreise, in den Suppenküchen, wo die Leute auf einem Stück Fleisch in der Suppe bestehen, ohne dafür Aufgeld zu bezahlen und auf den Märkten, wo die Menschen die Versuche der Regierung zurückweisen, "illegale" (nicht steuernzahlende) Verkäufer zu vertreiben. Entlang dieses Kleinkampfes gegen die IWF-Politik und ihre Resultate haben bewaffnete Raubüberfälle, Schmuggel und Kriege um Land explosionsartig zugenommen. Die letzte Entscheidung auf dem Pariser Gipfel der OECD, einen Teil der Schulden denjenigen afrikanischen Ländern zu erlassen, die ein SAP durchführen (bis zu 50% bei den ärmsten Ländern), ist eine Anerkennung der Macht dieser Kämpfe.

Aufhebung, Aufschub? Das Ende der Schuldenkrise

Jede Analyse muß scheitern, die nicht versteht, daß die Objekte der Schuldenkrise nicht die offiziellen Schuldner (Nationen, Banken, Firmen der Dritten Welt) sind, sondern die, die zuerst aus dem Kreditsystem herausfallen: das Proletariat. Dieses analytische Scheitern wird gerade in Afrika klar, wo die Vorstellung, ein Arbeiter der ländlichen Provinz Kano in Nigeria sei ein Schuldner des IWF, bloß lächerlich ist. Wenn man einmal begriffen hat, daß die Schuldenkrise gegen Nicht-Schuldner gerichtet ist, dann wird klar, warum sie chronisch geworden ist. Kein Kapitalist, weder innerhalb noch außerhalb Afrikas, will die Schuldenkrise beenden. Es geht darum, sie zu managen. Denn Schulden tun ihren Job als Teil des Kreditsystems, welches "die materielle Entwicklung der produktiven Kräfte und die Herstellung des Weltmarktes beschleunigen" soll.

Dennoch ist die Schuldenkrise ein sehr gefährlicher Weg, denn sie macht das Kapital auf zwei Ebenen verwundbar durch das Proletariat. Erstens stellen Schulden die Verbindung zwischen der Arbeit von Gestern und der zukünftigen Enteignung von Mehrarbeit dar. Die Nichtanerkennung der Schulden durch die Arbeiterklasse führt nicht nur zur finanziellen Katastrophe. Es würde auch ein die Existenz des Kapitals überhaupt infrage stellender Bruch zwischen seiner Vergangenheit und seiner Zukunft darstellen. Zweitens ermöglichen die Internationalisierung der Schuldenkrise und die mit ihr zusammenhängenden Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung auch die Perspektive einer weltweiten Zirkulation der Kämpfe, zunehmend einschließlich Osteuropas, der UdSSR und Chinas. Daraus folgt, daß unbeabsichtigt die Möglichkeit einer neuen Ebene materieller Solidarität des internationalen Proletariats geschaffen worden ist.

Silvia Federici

gekürzt aus: Midnight Notes Nr. 10, 1990

DER SCHUBER IST DA!

Wir haben übriggebliebene WILDCATs der zweiten Hälfte der "kleinen Serie" (43-49) gesammelt und in einen Schuber gesteckt. Von heute aus betrachtet waren das die Nummern, in denen sich neue Kämpfe niederschlugen (die Eisenbahner in Frankreich, die LehrerInnen in Italien, Rheinhausen, Türkei, USA, die Krankenhaus-Arbeiterinnen in Frankreich und der BRD, die Ford-Arbeiter in GB, schließlich die Metall- und Autoarbeiter in Frankreich ...) - ohne daß uns das immer so klar wurde. Und eben ohne genügend Klarheit an diesem Punkt haben wir andererseits versucht, gemeinsam und mit neuen Leuten unsere Erfahrungen in den 80er Jahren (Jobber-Inis, Sklavenhändler, Großbetrieb) so aufzuarbeiten, daß neue Vorstöße möglich wurden und werden (ArbeiterInnen-Netz, Versammlungen).

Wenn man diese Hefte heute liest, wundert man sich an manchen Stellen, wie vieles sich wie gründlich in dieser kurzen Zeit geändert hat. Zum Großteil sind aber die in diesen sieben Heften zusammengetragenen Materialien auch heute noch brauchbar, um die Koordinaten der weltweiten Kämpfe klarzuhaben (Südkorea, Brasilien, Türkei, Frankreich ...).

Ihr könnt den Schuber mit sieben Heften für 10 Mark (plus 2 Mark Porto) bei uns bestellen. In geringem Umfang können wir auch auf Sonderwünsche eingehen: wenn jemand ein Heft aus dem Schuber bereits hat, kann sie/er sich stattdessen auch eins von 38-42 wünschen - so lange wir noch Hefte haben, machen wir das. Zum Bestellen überweist 12 Mark aufs Konto und schreibt dazu "Schuber".

Inhaltsverzeichnis des Schubers:

WILDCAT 43 - Winter 87/88

Empörung in Rheinhausen
Der Weg in den Großbetrieb
Streik bei Mercedes im Baskenland
Wer hat Angst vor Cob(r)as / Italien
Eisenbahnerstreik in Frankreich
Südkorea (Teil II)
Brasilien - Arbeiter, Besetzer, Banditen
USA - Kampf gegen gespaltene Löhne
Streikwelle in der Türkei

WILDCAT 44 - Frühjahr 88

Militante Untersuchung in der weißen Fabrik
Interview mit zwei KrankenhausarbeiterInnen
BeschwerdeZentrum gegen die Psychiatrie
Bericht: Multinationale Arbeit in Hamburg
Erfahrungen aus einer Flüchtlingsinitiative
Vietnamesische Kontraktarbeiter in Polen
Europäische Migration - Thesen
Rheinhausen: Der Kampf als Spektakel
Euskaldunal 3 Jahre nach der Schließung

WILDCAT 45 - Sommer 88

Bewegungsversuche
in der Elektronikfabrik und beim Sklavenhändler
Überlegungen zu einem ArbeiterInnennetz
Gesundheitssektor
Streiks in England und in den USA
Umstrukturierung und Initiativen / BRD
Zehn Jahre gegen die Psychiatrie Teil II
Streikbewegungen in Westeuropa
Ford/Großbrit., Metallarbeiter in Paris

WILDCAT 46 - Winter 88

Diskussion über die IWF-Aktionstage
Jobberaktionen im Pressevertrieb
Interview: türk. Arbeiter über die Fabrik
Kämpfe in der "weißen Fabrik":
in Frankreich und England / in der BRD
Streik in der Behinderten-Fabrik
Die Oktoberrevolte in Algerien
Klassenkämpfe in Mexiko

WILDCAT 47 - Sommer 89

Widersprüche in der PflegerInnen-Bewegung
Hungerstreik bei vdo / Frankfurt
"Arbeiter haben keine Länder" (Interview)
ArbeiterInnenbewegung in der Türkei
Der 1. Mai in Kreuzberg

wildcat 48 - Herbst 89

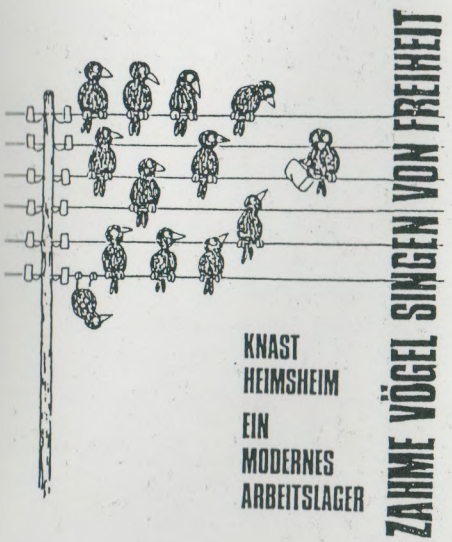
Streik bei Peugeot
Krise der Montagearbeit / Flexibilisierung
Tarifkampagne `90 / Der Arbeitsmarkt
Land ho - Warum arbeiten gehen?
Berlin: ArbeiterInnenversammlung
Die Kliniken nach dem Tarifvertrag
Bergarbeiterstreik in den USA
Euskadi: Frauen in ambulanten Diensten
Streik im Tegeler Knast
Theorie-Schnipfel: Der Klassenkampf

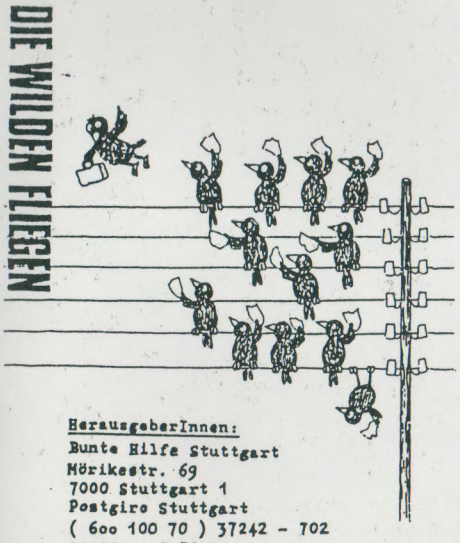
WILDCAT 49 - Februar 90

Arbeiterkampf in einer Berliner Fabrik
Nachschlag und Tarifverhandlungen
Übersiedler auf dem Arbeitsmarkt
Disk.: Klassenkampf, Gewerkschaft, Sozialismus
Zur Entwicklung in der DDR
"Der Löwe ist los" (Peugeot-Streik II)
Interviews: Arbeiterbewegung in der Türkei

Zur Zeit können folgende Bücher bestellt werden:

TheKla 5: Arbeiteruntersuchung, 7 Mark
TheKla 8: Reader 'Militante Untersuchung' 83-86, 7 Mark
TheKla 9: Mario Tronti, Erste Thesen, 9 Mark
TheKla 10: Zerowork, 12 Mark
TheKla 11: Jobber-Versuche, 7 Mark
TheKla 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse, 7 Mark
Rote Brigaden - Fabrikguerilla in Mailand, 10 Mark
ArbeiterInnenmacht gegen die Arbeit, 7 Mark





HerausgeberInnen:
Bunte Hilfe Stuttgart
Mörikestr. 69
7000 Stuttgart 1
Postgiro Stuttgart
(600 100 70) 37242 - 702
PREIS: 2,50 DM
1. Auflage, März 1990

Hängt die Arbeiterklasse nicht gleich an den Nagel, wenn der Klassenkampf schwieriger wird ...

Es gibt eine antikapitalistische Perspektive in Betrieben und Gesellschaft!

In der Zeitung der *FAU*, der *Freien ArbeiterInnen-Union*, kann man lesen, was in Deutschland (Ost wie West) gegen Staats- und Privatkapitalismus aus anarcho-syndikalistischer Sicht unternommen wird. Berichte aus aller Welt fehlen natürlich nicht.

Probeheft anfordern!
Jahresabonnement
(6 Ausgaben) für DM 12.- auf
Postgiro Hamburg 341979-208
(F. Mohrhof)
DA, Lagerstr. 27, 2000 Hamburg 36

direkte aktion
Anarchosyndikalistische Zeitung

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen/libertären Bewegung fördern und verbreiten und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sonderdruck: Nr.0-12 Auszüge: 10.-
ABO (4 Nrn.): 20.-DM
Förderabo (8 Nrn.): 50.-DM

Im Mai 1990 erscheint der SF genau **seit 10 Jahren.** Glückwunschtelegramme bitte als ABOs! Sollte es noch linksradikale Menschen geben, die ihn nie gelesen haben? Etwa, weil die realsozialistische Postzensur ihn nicht durchgelassen hätte? Fordert mit beigehefteter Antwortkarte ein Probeheft an oder schreibt direkt an

Redaktion Schwarzer Faden
c/o Trotzdem★Verlag
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

ak

Alle reden von der Krise der Linken. Wir auch.

Aber zugleich entwickelt sich in der marxistischen Linken eine Offenheit für Zusammenarbeit und streitbaren Dialog, die es jahrelang kaum gegeben hatte. Blicke über die Zäune der eigenen Schrebergärten sind angesagt. Dabei kommt mann/frau am ARBEITERKAMPF nicht vorbei.
Wir schreiben über Aktionen und Diskussionen der radikalen Linken; PDS — sozialdemokratische Falle oder positive Herausforderung; imperialistische Deutschlandpolitik und die Kampagne „Nie wieder Deutschland"; Kampf gegen den § 218; Faschisten und was man dagegen tun kann; Rassismus und Antisemitismus; politische Justiz und Haftbedingungen; Kriegspolitik und antimilitaristischer Kampf; Befreiungsbewegungen der Dritten Welt; soziale und nationale Konflikte in der UdSSR.

Der **ARBEITERKAMPF** erscheint vierwöchentlich als Zeitschrift des **KOMMUNISTISCHEN BUNDES** mit 40 Seiten im Zeitungsformat zu einem Preis von DM 5 pro Ausgabe. Er ist zu erhalten in allen linken Buchläden sowie in gut sortierten Zeitungsläden oder direkt bei der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36
Tel. 040 / 43 53 20
Der **ARBEITERKAMPF** kostet im Abonnement jährlich DM 60; halbjährlich DM 33 (Einzelbestellungen DM 5 + DM 1 Porto).
Kostenloses Probeexemplar bestellen!

Schwerpunkt: Dienstleistung

Politische Thesen

Interview mit einem Operator

Streiklichter

DDR

Das Fest ist zu Ende

Hausbesetzung in Ostberlin

Chausson - Arbeitermacht zwischen zwei Streiks

Schuldenkrise in Afrika

Bewegung in den Knästen